

KONVERSION

ZIVILE ARBEITSPLÄTZE STATT KRIEGSUNTERSTÜTZUNG



READER

Herausgegeben vom

Regionalen Bündnis für die Konversion des Kriegsflughafens Spangdahlem

KONVERSION

READER

2005

Impressum

Herausgeber:

Regionales Bündnis für die Konversion des Kriegsflughafens Spangdahlem

c/o: AG Frieden e. V., Friedens- und Umweltzentrum mit Weltladen, Pfützenstr. 1, 54290 Trier,
Tel.: 0651/994107, Fax: 9941018, E-Mail: agf-trier@t-online.de, Homepage: www.AGF-Trier.de.

Hier sind weitere Exemplare sowie Informationen zur Konversions-Kampagne erhältlich.

Eine kostenlose Downloadversion befindet sich auf www.AGF-Trier.de

Redaktion:

Richard Pestemer, Markus Pflüger, Maria Kronenberg, Herbert Kronenberg, Jo Afschrift (Gestaltung). Die uns freundlicherweise überlassenen Beiträge spiegeln die Meinung der jeweiligen AutorInnen wider und stimmen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion überein.

Titelbild: H. Kronenberg

Wir danken herzlich für die freundliche Überlassung von Bildmaterial und den Autoren für ihre Textbeiträge!

Der Konversionsreader und die Konversionskampagne sind Bestandteil des von der Evangelischen Kirche in Deutschland geförderten bundesweiten Projektes „Zur Veränderung anstiften – lokale Friedensarbeit stärken“ der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (www.lokale-friedensarbeit.de), AGDF, Blücherstraße 14, D-53115 Bonn, Tel.: 0228/24999-0, Fax: -20, E-Mail: agdf@friedensdienst.de, Homepage: www.friedensdienst.de.

1. Auflage Juli 2005, 400 Exemplare

INHALT

	Seite
I Militäranlagen und ihre Auswirkungen	7
II Konversion: Probleme und Chancen	27
III Ideen zur Konversion der Airbase Spangdahlem	49
IV Nachlese und Dokumentation	57
V Kritik an der weltweiten Kriegspolitik	67
VI Anhang.....	78

VORWORT

Viele wollen es nicht wahrhaben, und von anderen wird es nur ungern ausgesprochen: Die Airbase Spangdahlem dient der Vorbereitung und der Führung von Kriegen. Zuletzt wurde von hier aus zum Angriffskrieg gegen Irak geflogen, der viele Tausende von Todesopfern gefordert hat und immer noch fordert.

Es handelt sich bei der Airbase Spangdahlem also nicht um einen Schnellimbiss, der einige Arbeitsplätze bietet, sondern um eine tödliche Kriegsmaschinerie. Aktuell wird das Areal der Airbase und damit auch die Kriegsführungskapazität erweitert, gleichzeitig gibt es neue Kriegsdrohungen gegen den Iran. Niemand weiß, wie lange die Airbase mit ihrer aktuellen Besetzung wirklich bleiben wird.

Ein möglicher Teilabzug ist im Gespräch, aber auch die Kriegstrategien der USA und ihrer Verbündeten können jederzeit bedeutende Änderungen nach sich ziehen. Strategisch nützliche Verlagerungen zum Beispiel nach Osteuropa sind schon angedacht. Hinzu kommt, dass aufgrund der Entwicklung von Weltraumwaffen eine langfristige Sicherung der Airbase in den Sternen steht. Nur eines scheint also gewiss: der sogenannte wirtschaftliche Nutzen und das Arbeitsplatzangebot der Airbase gehen zurück. Trotzdem halten viele Politiker und Wirtschaftsvertreter an der gefährlich einseitigen Abhängigkeit vom Militär und der amerikanischen Außenpolitik fest.

Die Alternative heißt Konversion. In Bitburg beispielsweise verdoppelte die zivile Umwandlung des Militärflughafens die Arbeitsplätze von ehemals 600 auf 1200 zivile Arbeitsplätze. Die Konversionskosten haben sich inzwischen amortisiert.

Dieser Reader gibt Anregungen für ökologische und sozialverträgliche, also nachhaltige Alternativen für Spangdahlem. Anstatt Millionen Steuergelder in die Erweiterung von Militäranlagen zu stecken, könnten

umwelt- und menschenfreundliche Konversionsprojekte wie erneuerbare Energien, Freizeitanlagen und Tourismus finanziert werden. Damit die Region eines Tages befreit von der an blutigen Kriegen beteiligten Airbase, von schädlichem Lärm und Abgasen aufatmen kann, müssen echte Alternativen und lebenswerte Wirtschaftskonzepte entwickelt werden.

Unsere Kritik am Kriegsflughafen ist grundsätzlicher Art: Wir sind gegen Krieg als Mittel der Politik, und damit auch gegen weltweite Einsätze der Bundeswehr, ebenso wie gegen die weitere Militarisierung der Europäischen Union, wie sie aktuell durch die Verfassung bekräftigt und festgeschrieben werden soll. Konversion ist für uns ein wichtiger Schritt in eine andere Richtung. Wir wollen zivile Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention statt militärischer Interventionen und die dafür benötigte Kriegsmaschinerie, zu der die Airbase Spangdahlem gehört.

Dieser Reader fasst Ergebnisse der ersten Konversionskonferenz vom 20. Juni 2004 zusammen und bringt Hintergründe sowie weiterführende Texte und Gedanken zur zivilen Umwandlung des Kriegsflughafens Spangdahlem. Jetzt sind die Menschen vor Ort und besonders unsere Politiker in der Pflicht aktiv zu werden – denn: Konversion beginnt in den Köpfen. Konversion ist für Anwohner, Friedens- und Umweltbewegte immer wieder ein entscheidender Wahlprüfstein. Sind die Politiker und Parteien für die zivile Umwandlung der Airbase um nachhaltige und friedliche Arbeitsplätze zu schaffen oder sind sie für Militarisierung und Ausbau der Kriegsmaschinerie?

*Für das Regionale Bündnis für die Konversion des
Kriegsflughafens Spangdahlem:
Markus Pflüger, Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V.
Richard Pestemer, Vereinigung Bürger für Bürger,
Ortsbürgermeister in Neunkirchen/Hunsrück*

I MILITÄRANLAGEN UND IHRE AUSWIRKUNGEN

Im folgenden Kapitel werden verschiedene Militäranlagen und ihre Auswirkungen dargestellt, zuerst die Kriegsflughäfen Spangdahlem und Ramstein, dabei auch die Gefahren durch den Treibstoff JP8 und Uranmunition, und schließlich zum Vergleich der US-Truppen-Übungsplatz Grafenwöhr (Bayern).

ZIVILE ARBEITSPLÄTZE STATT
KRIEGSUNTERSTÜTZUNG!

(Einladungstext der Konversionskonferenz
auf Burg Dudeldorf 2004)



(Fotomontage: M. Pflüger)

Die Airbase schaffe und erhalte zahlreiche Arbeitsplätze und sei für die Region von großem wirtschaftlichem Nutzen - so der Tenor von Politikern aus CDU, SPD und FDP sowie von Wirtschaftsvertretern. Dafür fließen Millionen Euro an Subventionen aus der Landeskasse und von der rot-grünen Bundes-

regierung. Außerdem wird auch mit Kommunalgeldern Lobbyarbeit für den Erhalt des Kriegsflughafens organisiert.

Unbestritten hat die Airbase in Spangdahlem aber starke negative Auswirkungen für Bevölkerung und Umwelt der Region: die Gesundheit der Menschen in der Region wird durch Lärm und Schadstoffe geschädigt, (z. B. durch den unter Krebsverdacht stehenden hochgiftigen NATO-Treibstoff JP-8); der Verkehr nimmt zu; die Landschaft und Erholungsgebiete werden zerstört, worunter auch der Tourismus leidet; gewachsene Strukturen gehen verloren durch Enteignungen und die Umgestaltung weiter Landschaftsbereiche; die Lebensqualität sinkt. Hauptkritik von Friedensgruppen und Kriegsgegnern ist die Funktion des Kriegsflughafens. Er ist Startbahn für weltweite Kriege mit verheerenden Auswirkungen in den Kriegsgebieten wie zuletzt im Kosovo oder dem Irak.

Viele Menschen der Region stehen in wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Airbase und sehen keine Alternative. Doch sind die Arbeitsplätze nur ein Schein-Argument? Werden dadurch Nachteile verschleiert, Chancen für andere Bereiche wie Gastronomie, Tourismus und erneuerbare Energien verdeckt? Hinzu kommen Angebote der Landesregierung an die US-Regierung für einen Bombenabwurfplatz in Baumholder sowie Tieffluggebiete in Rheinland-Pfalz. Wie sehen die langfristigen Nachteile und Folgeschäden des „Flugzeugträgers Rheinland-Pfalz“ aus?

Welche Alternativen gibt es zum Kriegsflughafen?

Konversion könnte darauf eine Antwort sein. Konversion heißt Umwandlung militärischer in zivile Nutzung. Dabei sollen die Interessen der Bevölkerung und deren Arbeitsplätze sinnvoll berücksichtigt werden. Beispiele erfolgreicher Konversionen existie-

ren und zeigen, dass statt einer schädlichen einseitigen Ausrichtung auf das umstrittene Kriegshandwerk und dessen Zulieferer nachhaltige und ökologische Arbeitsplätze einer Region friedliche Impulse geben können. Langfristig machen sie die Region lebenswerter.

Der Bestand der US-Airbase Spangdahlem ist durch internationale Verträge und Vereinbarungen geregelt - diese werden von unseren gewählten Volksvertretern getroffen und sind daher veränderbar. Der Bestand der Airbase hängt außerdem von der aktuellen Kriegsstrategie der USA ab – auch die ist beeinflussbar, wie der aktuelle Wahlkampf in den USA zeigt, in dem Präsident Bush seine Kriegslügen teilweise zugeben musste und Kriegskritikern Chancen eingeräumt werden.

Die Konferenz will die grundsätzlichen Möglichkeiten und Chancen einer Konversion von militärischen Anlagen beleuchten und anhand gelungener Konversionskonzepte aus anderen Regionen Impulse für die Konversion der Airbase vor Ort geben.

Nicht ausgeblendet werden soll die Problematik eines zivilen Frachtflughafens, der vielen als das kleinere Übel erscheint, für

die Anwohner aber wieder mit erheblichen Emissionen und Einschränkungen verbunden wäre.

Eingeladen sind interessierte Bürger der Region, Friedensgruppen sowie an Konversion interessierte Landes und Kommunalpolitiker, Planer und Wirtschaftsvertreter. In Vorträgen sollen Informationen weitergegeben und anschließend diskutiert werden, um gemeinsam beispielhafte Perspektiven für eine ökologische und zivile Konversion des Kriegsflughafens Spangdahlem zu erarbeiten.

Veranstalter:

Regionales Bündnis für die Konversion von Militäranlagen:

- AG Frieden Trier,
- attac Bernkastel-Wittlich,
- BUND Rheinland-Pfalz und Kreisgruppe Bitburg-Prüm,
- Bündnis gegen Krieg Trier,
- Friedensgruppe Bitburg,
- Kulturverein Burg Dudeldorf,
- Katholische Studierende Jugend,
- Pax Christi Gruppe Wittlich und Trier,
- Vereinigung Bürger für Bürger.

FLUGZEUGTRÄGER RHEINLAND-PFALZ

Rheinland-Pfalz ist bekannt als US-Flugzeugträger, die Region mit der dichtesten Militärpräsenz in Europa und der größten US-Militär-community außerhalb den USA. Mit dem Ausbau von Ramstein und Spangdahlem soll das trotz der Schließung anderer Standorte auch so bleiben.

Ohne Rücksicht auf die Anliegergemeinden werden diese Kriegsflughäfen jetzt ausgebaut. Der Bund hat mit der US-Air-Force einen Umzugsvertrag für die Airbase Frankfurt-Main unterschrieben – Ramstein und Spangdahlem nehmen die Kriegsmaschinerie von Frankfurt auf, damit der zivile Fughafenwahnsinn weiter expandieren kann. Ramstein ist zusammen mit Spangdahlem das europäische Zentrum des US-Nachschubs und logistische Drehscheibe für US-Kriege der letzten Jahre und zuletzt wichtig für den Irakkrieg und die aktuelle Besatzung des Landes. Sie gehören als die zwei größten Kriegsflughäfen Europas zum Eckpfeiler der aggressiven Politik, wie sie im Nationalen Sicherheitskonzept der Bush-Regierung formuliert ist. Sie dienen auch den NATO-Militärs – in Ramstein ist das Hauptquartier der Alliierten Luftstreitkräfte in Nordeuropa, hier trainieren Soldaten aus über 14 Nationen den Krieg, von hier aus führen sie Krieg

Aktueller Stand der Airbase Spangdahlem mit Ausbau und Folgen.

Erweiterungsabsichten der US - Airbase Spangdahlem sowie Überlegungen zur weiteren Nutzung (Stand 2004/aktualisiert 15.05.05)

Hans Günther Schneider, Anwohner in Binsfeld, Kreisvorsitzender BUND Bitburg-Prüm

Im Jahre 1989 war die Airbase Spangdahlem knapp 800 ha groß. Eine Erweiterung um 15 ha wurde durch eine Bürgerinitiative verhindert. Schon damals zeigte man den LandbesitzerInnen Baupläne, in denen die heutige Erweiterung (um ca. 80 ha) zu erkennen war.

war von Abzugsplänen der US-Truppen aus Europa die Rede. Dessen ungeachtet kannten weder die AnwohnerInnen noch LandbesitzerInnen die Baupläne. Aktuell deutet alles darauf hin, dass die 72 Kampfflugzeuge (A10/ F16// 52th Tactical Fighter Wing) vermutlich in die Türkei (Osttürkei) verlegt werden. Letztes Jahr (Herbst 2004) wurde eine Kampffliegerstaffel von ca. 30 F16 mit insgesamt 1000 Mann Militärpersonal in die Osttürkei verlegt.

Auf etwaige Bedenken und Einwände wurde beschwichtigend oder ausweichend „geantwortet“. Da auch die Kommunalpolitik nach anfänglicher Skepsis schnell ohne Wenn und Aber dem Ausbau zustimmte, hatten die AnwohnerInnen kaum eine Möglichkeit den geplanten Ausbau zu verhindern oder aber Verbesserungen zu erzwingen. So wurden denn schließlich 30 LandbesitzerInnen enteignet.

Der Ausbau der Airbase rückt indessen



(Foto: H.-Günther Schneider)

Ehemals Weiden, jetzt enteignetes Land

Als im Jahre 2001 von Seiten des Bundes der für die Erweiterung notwendige Landankauf begann, war dies für alle AnwohnerInnen und LandbesitzerInnen sehr überraschend. Dies deshalb, weil es in den Jahren zuvor so gut wie keine diesbezüglichen Veröffentlichungen gab.

Ein politisches Interesse, die betroffenen BürgerInnen möglichst lange im Unklaren zu lassen, bestand allerdings. Schon damals

ca. 100 Meter an den Ort Binsfeld heran, so dass die Militärflugzeuge nur noch 400 Meter vom Ortsrand aufgestellt werden. Die weiteren Planungen zielen auf eine Gesamterweiterung bis zu über 1000ha ab. Offen ist noch ab wann und bis wann diese nächste der Erweiterung (insgesamt drei) durchgezogen wird.

Die Abgasstrahlen der Großflugzeuge weisen in einer Entfernung von 450 Metern immer noch eine Geschwindigkeit von 54 Stundenkilometern auf. (Windstärke 5)
Da die Flugzeuge (C5 Galaxy, C17 Glo-

BAUM FÜR DEN FRIEDEN

(TV 19. 11. 2002)

Protest gegen Airbase-Ausbau in Binsfeld

BINSFELD. (red) Mit einer Baumpflanz-Aktion wurde in Binsfeld gegen den Ausbau der Airbase Spangdahlem und den drohenden Irakkrieg protestiert. Der „Friedensbaum“ wurde auf einer Wiese, die für die Flughafenerweiterung von Enteignung bedroht ist, gesetzt. Hier erklärte Grundstücksbesitzer Günther Schneider: „Der Apfelbaum steht für eine Welt, ohne Lärm und giftige Abgase wie vom NATO-Treibstoff JP-8, die uns hier krank machen.“ An den „Friedensbaum“ wurden Wünsche in Form von Friedenstauben angeheftet. Im Anschluss beschlossen die Protestierer, die Unterschriftenaktion gegen Irakkrieg und Flughafenerweiterung bis Ende November fortzusetzen. Dann sollen die Unterschriften Gemeindevertretern sowie Landes- und Bundesregierung überreicht werden.

bemaster, C135 Boeing 707, C141 u. a.) mit dem Heck in Richtung Ortschaft stehen, werden sie ihre Abgase bis in die Wohnzimmer der Ortsbewohner hineinpusten.

Zudem steht der von den US-Militär eingesetzte Treibstoff JP-8 in dem Verdacht hochgradig giftig und somit gesundheitsschädlich zu sein.

Eine weitere menschenverachtende Baumaßnahme ist die Errichtung eines Flugzeug-Teststandes mit der Heckrichtung der dort aufgestellten Großraumflugzeuge in Richtung Linsbachtal, wodurch

die Abgase und der Triebwerkslärm ins 600 Meter weit entfernte Binsfeld transportiert wird.

Die Binsfelder Schule und der Binsfelder Kindergarten liegen auch in der Reichweite der Abgasstrahlung.

Aus heutiger Sicht ist der Ausbau der US-Basen Spangdahlem, Ramstein, Grafenwöhr usw. unnötig und bedeutet eine immense Umweltzerstörung sowie Geldverschwendung. Allein der Ausbau der Airbase Spangdahlem – Lärm- und Immissionsmaßnahmen nicht inbegriffen – wird der in in Angriff genommene Ausbau vermutlich 200

Mill. Euro kosten. Diese Gelder stammen aus Bundesmitteln, sprich Steuergeldern. Gelder womit zivile und nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Dennoch, die Abzugsdiskussion ist im vollen Gange.

Die Schließung von einigen US-Militärstützpunkten ist bekannt. Aber welche geschlossen ist nicht klar. Auch Spangdahlem könnte komplett geschlossen werden.

Zumindest wird die Airbase Spangdahlem wird unseren Informationen zufolge in ihrer Truppenstärke erheblich verkleinert werden. Außerdem werden zukünftig aus Kostengründen die Familien nicht mit nach Europa ziehen, was bedeutet, dass das regionale Kaufkraftvermögen des US - Airbasepersonal sinken wird, zumal sich die US-Soldaten innerhalb der Basis autark mit aus den USA importierten Waren und Dienstleistungen (Einkaufszentren, Autowerkstätten, Diskotheken, Restaurants, ...) versorgt werden

Die Besatzung von ca. 5000 US-SoldatInnen und 10 000 Zivilisten (Familienangehörige) im Vorjahr wurde nach Recherchen der BIEGAS um die Hälfte reduziert. Vermutlich sind in Spangdahlem noch 3000 US-Soldaten und 6000 Zivilisten stationiert. Es sollen 640 deutsche Zivilangestellte auf Spangdahlem beschäftigt sein, wovon Ende März 2005 alle Zeitverträge – vermutlich bis zu 100 - gekündigt worden sind.

Nach einem möglichen zukünftigen Abzug der US-Kampfflugzeuge Spangdahlem wird eine Nachschubtruppe von vierhundert Personen verlegt werden. Das wird dann der „große Wirtschaftsfaktor



Foto: H.- Günther Schneider

Binsfeld, ein Dorf unter extremer Belastung



(Foto: H. - Günther Schneider)

Nahe dem Dorf: ein neuer runder Treibstofftank

US-Militär“ sein, der die Entwicklung der Region dann noch einige Jahre länger blockieren wird, wie in den letzten 50 Jahren.

Der vermutlich wahre Grund für den Ausbau ist die Verlegung des zivilen Nachtflugverkehrs nach von Frankfurt nach Spangdahlem.

AKTUELLE UND ZUKÜNFTIGE MILITÄRSTRATEGISCHE BEDEUTUNG

- Aktuell außerhalb der USA die wichtigste und größte US-Kampffliegereinheit (Kriegsführung Naher und Mittlerer Osten sowie Gesamtasien)
- Ramstein/Kaiserslautern (24 000 US-Amerikaner) dient als Nachschub und Zentralbasis sowie Militärhospital
- In Zukunft wird Spangdahlem als Treibstoff-Nachschubbasis, sowie Munitionslager einschließlich Atomwaffen dienen

ALTERNATIVVORSTELLUNGEN:

- Sofortiger Stop aller geplanter Erweiterungen
- Umwandlung der militärischen in zivile Arbeitsplätze, was mit einem Bruchteil der Ausbaugelder möglich wäre
- Niemand wird als Terrorist geboren, sondern er wird dazu gemacht
- Die derzeitigen Kriege werden wegen der weltweiten Verknappung der nicht erneuerbaren Energieressourcen und der Wasserreserven und weltweiter Absatzmärkte geführt: Unserer Meinung nach kann eine flächendeckende Energiewende (Wind, Wasser, Solar, Bioenergie) dazu führen, dass eine regionale Selbstversorgung möglich wird, d. h. die vorgeblichen Kriegsführungsgründe ausscheiden

Weitere Informationen: www.biegas.de

Airbase Ramstein - größter US-Luftwaffenstützpunkt außerhalb der USA

Klaus Wirtgen, Friedensinitiative Westpfalz (FIW)



Die Ramstein Airbase ist der größte Stützpunkt der US-Luftwaffe außerhalb der USA und das Hauptquartier der United States Air Forces in Europe (USAFE) sowie NATO-Basis. Sie liegt unmittelbar östlich von Ramstein, rund 10 Kilometer westlich von Kaiserslautern in Rheinland-Pfalz, Deutschland.

Die US-Luftwaffe nutzt den Stützpunkt hauptsächlich als europäische Drehscheibe für Fracht-, Munitions- und Truppentransporte sowie als Ziel von Evakuierungsflügen, da sich im nahen Landstuhl das größte US-amerikanische Krankenhaus außerhalb der USA befindet. Unter Frachttransport ist dabei auch Munitionstransfer zu verstehen. Die Ramstein Airbase hat eine Start- und Landebahn mit 2830 m Länge. Rund 35 000 Militärangestellte und 6.000 Zivilisten arbeiten auf der Basis.

Im Jahre 1994 verließen die letzten hier stationierten Kampfflugzeuge (F-16) den Stützpunkt. Nach der Schließung der Rhein-Main Air Base im Rahmen des Rhein-Main Transition Program zum 31. Dezember 2005 wird die Ramstein Airbase zum wichtigsten europäischen Stützpunkt für den Lufttransport der US-Streitkräfte. Auch die Ein- und Ausreise aller in Europa stationierten US-Soldaten und ihren Angehörigen wird dann über Ramstein abgewickelt.

Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, soll unter anderem die bestehende Startbahn verlängert, eine zweite 3.600 Meter lange Bahn gebaut und ein neues Passagierterminal errichtet werden. In dem luftrechtlichen Genehmigungsverfahren nach § 6 des Luftverkehrsgesetzes für die Erweiterung des Militärflugplatzes Ramstein hat die Wehrbe-

reichsverwaltung West die Genehmigung zur Erweiterung und zum Betrieb des Militärflugplatzes Ramstein erteilt und die sofortige Vollziehung angeordnet. Die 13 000 Einwendungen aus der Bevölkerung wurden ignoriert. Derzeit wird eine 377,5 ha große naturschutzrelevante Fläche überformt und zerstört. Das entspricht der Größe von etwa 539 Fußballfeldern (100 m x 70 m).

Nach Abschluss der Arbeiten wird niemand kontrollieren können, wer und was zu welchem Zweck über Ramstein wohin geflogen wird. Faktisch fühlen sich die US-Militärs in unserer Region weiterhin als Besatzer und betrachten den Flugplatz und ihre umliegenden Militäreinrichtungen als extraterritoriale Gebiete. Den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. 9. 1990 haben auch die USA unterschrieben. Darin steht in Art. 7(2): „Das vereinte Deutschland hat dem gemäß volle Souveräni-



(Foto: Arbeiter fotografie)

Demonstration gegen Atombomben in Ramstein am 20. 3. 2004

tät über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“

Nun ist es an der Bundesrepublik Deutschland, das fortgesetzte Besatzergehebe der US-Streitkräfte auf seinem Staatsgebiet nicht länger hinzunehmen und alle Handlun-

gen zu verbieten, die der Vorbereitung und Führung weiterer Angriffskriege dienen.

Sämtliche 150 US-Atombomben auf deutschem Boden sind nur in Rheinland-Pfalz gelagert, das obwohl sich die Bundesrepublik als Mitunterzeichner des Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrages verpflichtet hat, „Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen“ (Art. II)

Auf der US-Airbase Ramstein befinden sich 130 Atombomben, 90 davon sind für die US-Air Force, 40 für die deutsche und andere NATO-Luftwaffen vorgesehen. Die in Europa vorhandenen US-Atombomben gehören alle zum Typ B 61, der in folgenden Varianten mit veränderbarer Sprengkraft (kt = Kilotonnen) verfügbar ist:

- B 61-3: 170 kt Sprengkraft,
- B 61-4: 45 kt Sprengkraft,
- B 61-10: 10/ 80 kt Sprengkraft

Die Variante B 61-10 besteht aus einem umgewandelten Sprengkopf der Pershing II-Rakete, hätte also vertragsgemäß schon längst abgezogen werden müssen.

Zur Erläuterung: Die erste von der US-Air Force am 6. 8. 1945 über Hiroshima abgeworfene Atombombe „Little Boy“ hatte eine Sprengkraft von 13 Kilotonnen des herkömmlichen Sprengstoffes Trinitrotoluol (TNT) und kostete über 100 000 Menschen das Leben.

Für alle B 61-Atombomben in Europa gilt das gleiche Waffenlagerungs- und Sicherheitssystem (Weapons Storage and Security System/WS3). Die Bomben sind im Innern einzelner Flugzeugschutzbunker (Protective Aircraft Shelters/PAS) in unterirdischen Waffenlagerungsgrüften (Weapons Storage Vaults/WSV) untergebracht. Eine WSV fasst bis zu vier in einem Stahllift hängende Atombomben. Der Lift ist in den Boden des PAS abgesenkt und wird nur bei Wartungsarbeiten an den Atombomben hochgefahren - oder zum Anbringen der Bomben am Trägerflugzeug, das sich dann natürlich auch im PAS befindet.

Auf dem Flugplatz Büchel gibt es 11 WSV, die maximal 44 Bomben fassen. Auf der US-Airbase Ramstein sind 55 WSV für maximal 220 Bomben vorhanden. Hier wird eine WSV zu Trainingszwecken genutzt.

Zum Waffenlagerungs- und Sicherheitssystem WS3 gehören 14 Waffenwartungs-Last-



(Foto: Arbeiterfotografie)



Widerspruch zum Kriegsflughafen

wagen (Weapons Maintenance Trucks/WMT), die je nach Bedarf den betreffenden Flugplätzen zugeteilt sind.

Auf der Airbase Ramstein wurde bei der 86th Wing's Equipment Maintenance Squadron ein Team aus 21 Atombomben-Spezialisten gebildet, das in bestimmten Zeitabständen auf den verschiedenen Flugplätzen Wartungsarbeiten an den Bomben durchführt - in einem Wartungslastwagen (WMT), der zu diesem Zweck im Flugzeugschutzbunker (PAS) geparkt wird. Es wurde festgestellt, dass während der Wartungsarbeiten an einer teilweise demontierten Atombombe die Gefahr einer nuklearen Katastrophe besteht, wenn ein Blitz in den PAS einschlägt und dabei die Bombe zündet. Man kann nur hoffen, dass angeordnete Abschirmungsmaßnahmen wenigstens diese Gefahr beseitigt haben.

Der Lufttransport der Atombomben innerhalb Europas wird mit den maroden

C-130 Hercules-Transportern durchgeführt, die in Ramstein stationiert sind. Für viele dieser Maschinen hat die US-Air Force Startverbot angeordnet, weil zwischen Rumpf und Tragflächen gefährliche Risse aufgetreten sind. Die 90 Atombomben auf der Airbase Ramstein, die für die US-Air Force vorgehal-

ten werden, sind für die F-16 des 52nd Fighter Wing bestimmt, die in Spangdahlem stationiert ist.

Quellen: www.netzwelt.de, Luftpost Februar und April 2005 der BI Landstuhl gegen Fluglärm, Bodenlärm und Umweltverschmutzung e.V. (www.westpfalz-journal.de), Klärgemeinschaft gegen den Ausbau der Air Base Ramstein GbR

Geheimniskrämerei und Korruption beim Ramstein-Ausbau?

GEFAHREN DURCH KEROSIN-PIPELINE, TANKLAGER UND URANHALTIGE MATERIALIEN

Maria Kronenberg, AG Frieden e.V.

Seltsames tut sich beim Ausbau der Airbase Ramstein – Seltsames, bei dem unsere Politiker irgendwie mit verstrickt zu sein scheinen.

Auffällig war schon, dass beim Rückbau des alten Tanklagers und der Kerosin-Pipeline die rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad (SPD) bei der Beantwortung einer kleinen Anfrage der Opposition (Drs.14/3277) zwar auf bestehende Sicherheitsauflagen der Aufsichtsbehörden hinwies, aber keine Auskunft darüber gab, welche Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Mensch ergriffen wurden und vor allem, wie deren Durchführung kontrolliert werden sollte. Seltsam!

Seltsam geht es weiter: Bei der Sitzung des Rechtsausschusses 2005 wurde erstmals bekannt, dass es immer noch keine Schlussrechnung für die Bauarbeiten am Passagierterminal des Militärflughafens gibt, das bereits 2001 fertig gestellt war. Bei diesen Arbeiten soll es durch kriminelle Machenschaften zu etwa 5,5 Millionen Euro Schaden gekommen sein. Es gibt auch Vorwürfe wegen Vorteilsnahme. Zumindest ungewöhnlich ist, dass der Anwalt, der die Untersuchung im Hinblick auf strafrechtlich relevante Sachverhalte durchführt - vom Finanzministerium

beauftragt ist, das die Aufsicht über den Landesbetrieb hat, dessen Mitarbeiter teilweise selbst zu den Beschuldigten gehören. Seltsam!

Ein weiteres Beispiel für Geheimniskrämerei um die Gefahren der Airbases ist der Umgang mit der Strahlenbelastung durch uranhaltige Materialien und Munition an US-Flugplätzen in Ramstein und Spangdahlem. Weder das Bundesverteidigungsministerium noch die US-Streitkräfte konnten bisher das Informationsdefizit ausräumen.

Es bleibt bei den Gefahren und möglichen Belastungen für die Bevölkerung und die Beschäftigten, zum Beispiel bei der geplanten Reparatur oder Verarbeitung von kontaminiertem Schrott im Bereich des Industrial Centers Kaiserslautern. Auch eine Gefährdung des Grundwassers kann nicht ausgeschlossen werden.

All das muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die Landesregierung nichts tat zur Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger in Ramstein und Spangdahlem bei ihrem Kampf gegen Fluglärm, Gesundheitschäden und Umweltgefährdungen. Obwohl das Oberverwaltungsgericht in Koblenz in den Eilverfahren auf einen möglichen Nachbesserungsbedarf in Sachen Lärmschutz hingewiesen hatte, sorgte sie nicht einmal für die

sofortige und gebührenfreie Zustellung der Widerspruchsbescheide gegen den Ausbau der Airbases.

Stattdessen werden Tatsachen geschaffen, denn: Je weiter der Bau erst mal fortgeschritten ist, umso unwahrscheinlicher wird es dass das OVG Teile des Genehmigungsbescheids wieder zurücknimmt. Das Innenministerium setzte eins drauf und sieht keinen Anlass, das Verhalten der Verwaltung bezüglich der Widersprüche gegen den Ausbau der Airbases Ramstein und Spangdahlem zu bewerten. Auch die Entscheidung darüber, den Widerspruchsführern die Verwaltungsgebühren zu erlassen, überlässt die Landesregierung der

Bundesbehörde, so das Innenministerium in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Landtag RLP (Drs. 14/3391).

Was gibt es noch alles zu verbergen beim Ausbau der Airbase Ramstein? Weshalb diese seltsamen Vorgehensweisen? Durch kleine Anfragen im Landtag und durch Anträge im Rechtsausschuss von Bündnis 90/Die Grünen wurden diese Ungereimtheiten wenigstens öffentlich zur Sprache gebracht. Doch bis heute lassen es Landesregierung und US-Militär an Transparenz fehlen – eine Aufklärung oder gar Beseitigung der Gefahren und Missstände steht sowieso noch aus.

Airbase Ramstein: Fluglärm, Bodenlärm und Umweltverschmutzung

EIN BRIEF DER BÜRGERINITIATIVE GEGEN FLUGLÄRM, BODENLÄRM UND UMWELTVERSCHMUTZUNG E.V. AN VERANTWORTLICHE POLITIKER, STAND AUGUST 2004

(Foto: Arbeiterfotografie)



Vor der Einfahrt zur Airbase

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrer Aufgabe gehört auch, sich für das Wohl und Wehe der gesamten Bevölkerung, also nicht nur Ihrer Wähler, einzusetzen. Nüchtern stellen wir fest, dass Sie beim Thema „Fluglärm, Bodenlärm und Umweltverschmutzung durch Schadstoffausstoß“ dieser Pflicht nicht gerecht werden. Viel zu wenig haben Sie sich mit dieser Materie auseinandergesetzt, um das Geschehen mit seinen negativen Folgen vernetzt zu erfassen.

Einseitig nehmen die meisten von Ihnen vielmehr eine Haltung pro Militär ein, aus welcher Ihre Bejahung für den Ausbau des Flugplatzes Ramstein und das Hinnehmen der ständigen Übungsflüge von Hercules-Maschinen, Kampffjets und Hubschraubern resultiert. Sie argumentieren mit dem Wirtschaftsfaktor, den Arbeitsplätzen und Vermietungen, ohne auch hier genau analysiert zu haben. Dass sich dafür aber weniger Industrie – vor allem mittelständische Betriebe – in unserer Region ansiedeln, die Arbeits-

plätze von der Bevölkerung mit unerträglichen, krankmachenden Immissionen erkauft werden, durch die von den Amerikanern bezahlten hohen Mieten sich viele Deutsche eine solche Wohnstatt nicht mehr leisten können und sich der Tourismus in unserer Gegend nicht genügend entfalten kann, interessiert nicht! Ebenso wenig, dass die Immobilien durch die Beeinträchtigungen nur den „halben Verkehrswert“ erzielen und junge Leute in der Region keine Berufs- und Lebensperspektive haben werden.

Hätten Sie sich zum Vergleich mal kundig gemacht, was man der deutschen Wirtschaft seit Jahrzehnten an Umweltvorschriften, -gesetzen und -kosten auferlegt, dann würden auch Sie begreifen, warum wir gegen dieses „amerikanische Gesamtunterfangen“ sind. Damit Sie endlich erkennen, welchen zusätzlichen Gefahren die Bevölkerung hier ausgesetzt ist, übergeben wir Ihnen unsere Abhandlung über den Treibstoff JP8.

Sollten Sie trotzdem weiterhin das Tun der Amerikaner gutheißen, können Sie doch für die hier Lebenden viel gutmachen, indem auch Sie gegen die oben erwähnten ständigen Übungsflüge Stellung beziehen und deren Verlegung aus unserer Region verlangen.

Außerdem sollten Sie konsequent auf Schutzwände gegen den Bodenlärm bestehen. Dadurch würde der einheimischen Bevölkerung schon eine große Immissionsbelastung erspart bleiben, ohne Auswirkung auf Wirtschaftsfaktor, Arbeitsplätze und Vermietungen.

Spätestens seit der Wiedervereinigung waren die kommunalen Verantwortlichen unserer Region verpflichtet, alles zu unternehmen, um mehr Wirtschaft – vor allem Mittelstand – hier anzusiedeln. An Hinweisen hat es nicht gefehlt. Doch das verlangt permanente Anstrengung, Können und das richtige Miteinander. Da war es doch einfacher, sich auf die Amerikaner zu verlassen und „sich im Sessel zurückzulehnen“. Gerade im letzten Jahrzehnt wäre es möglich gewesen, sich von den Amerikanern unabhängig zu machen, wenn man nur gewollt hätte. So aber geht man devot betteln, dass sie bleiben.

Welch ein Versagen und welch eine Verantwortungslosigkeit gegenüber der gesamten Bevölkerung!

*Mit verantwortungsvollem Gruß,
der Vorstand: Doris Emrich, Karl Fleischmann,
Peter Schäfer, Mark Vautz*

Treibstoff JP-8, die große geleugnete Gefahr

BÜRGERINITIATIVE GEGEN FLUGLÄRM, BODENLÄRM UND UMWELTVERSCHMUTZUNG E.V.



Es ist nicht nur der unerträgliche krankmachende Flug- und Bodenlärm, verursacht durch den Flugplatz Ramstein und den Hubschrauberplatz Landstuhl, welcher unsere dicht besiedelte Region Kaiserslautern (Stadt und Land) ständig heimsucht, sondern dazu kommt auch noch der verwendete, gefährliche und krankmachende Flugzeugtreibstoff JP-8! (Das gleiche gilt für die Airbase Spangdahlem – Anmerkung der Redaktion)

Wer soll es denn besser wissen, als der Hersteller Chevron USA selbst, nach dessen Angaben JP8 unter anderem als karzinogen, also krebserzeugend für Mensch- und Tier, und mutagen, also erbanlagenverändernd für Tiere ausgewiesen wird! Wenigen ist bekannt, dass inzwischen das Pentagon einen Zusammenhang zwischen dem Golfkriegssyndrom und JP-8 sieht. Deshalb wurde eine Forschungsgruppe ins Leben gerufen. Dieser JP-8-Treibstoff ist ein Gemisch von organischen flüssigen Stoffen, so genannten Kohlenwasserstoffen. Die gewünschten chemischen und physikalischen Eigenschaften werden durch Variationen des Gemisches und Beimengung von Zusätzen, den so genannten Additiven erzielt.

In der JP-8-Zusammensetzung erkennen wir 50 % Parafine mit 1,0 % n-Nonan und 3,0 % n-Oktan, 33 % Naphthene und 17 % Aromaten mit 0,8 % Benzol, 1,0 % Toluol, 1,0 % p - Xylol, 3 % m - Xylol, 1,4 % o - Xylol,

1,4 % 1,3,5 Trimethylbenzol, 2,8 % 1,2,4 Trimethylbenzol, 1,0 % 1,2,3, Trimethylbenzol und 0,2 % 2-Methoxyäthanol. Diese Mischung allein ist nicht gerade gesundheitsfördernd, dazu kommen die Additive, von denen die wichtigsten Detergenzien und Dibrom-Ethan sind. Diese JP-8-Additive sind hochgiftig, krebserzeugend und ein Wassergefahrstoff. Da im Zivilbereich verboten, wundert es nicht, dass die Verwendung vom Militär bestritten wird.

Doch wir wissen aus langer Erfahrung, dass das Militär leugnet und lügt! So wird immer wieder darauf hingewiesen, dass im Strahltriebwerk der Einsatz von Dibrom-Ethan sinnlos sei. Was ist aber mit den vielen hoch verdichteten Kolbenmotoren, die nach wie vor Bleitetraethyl und Dibrom-Ethan benötigen, um die Schmiereigenschaften für die Kolbenauflflächen und Zündungsverzögerung des Treibstoffes sicherzustellen? Schadstoffquellen ergeben sich durch das Verbrennen von JP-8, der Verdunstung von JP-8, das Ablassen von JP-8 und das Versickern von JP-8, bedingt durch den Flugplatz Ramstein und den Hubschrauberplatz Landstuhl. Wir können davon ausgehen, dass über unserer Region Kaiserslautern und Umgebung jährlich durch Starts und Landungen sowie Übungsflüge zwischen 90.000 t und 100.000 t Treibstoff JP-8 verbrannt werden. Daraus resultiert eine Abgaswolke von etwa 1,25 – 1,40 Milliarden m³: In dieser sind enthalten: H₂O, CO, CO₂, NOX, HC, SO₂, Ruß, Brom, Aerosole und Metalle. Das alles bekommen wir als Schadstoffe zusätzlich von oben.

Jährlich werden derzeit allein in Ramstein 330 Mio. Liter JP-8 verfüllt, so die Prestelle des US Militärflughafens. Unterstellen wir sorgfältigen Umgang von US Militärs mit Treibstoffen und Gefahrngut, unter Berücksichtigung deutscher Gesetze und Vor-

schriften, kann man trotzdem von einem Verlust von 0,1 % ausgehen. Das sind 330 000 Liter JP-8 flüssig, wobei die leichtflüchtigen Bestandteile sehr schnell bei Siedepunkten von 32° C in die Gasphase übergehen, die höher siedenden Bestandteile werden unter anderem zu Aerosolen oder haften sehr lange in flüssiger Form an Oberflächen von Gebäuden, Böden, Pflanzen, Haut, Lunge usw...

Dies ist der Hauptgrund der so effektiven Schwächung des Immunsystems bei Mensch und Tier. Wir wissen nicht, wie es unter dem Flughafen Ramstein aussieht, doch überkommt uns eine schreckliche Ahnung. Aus den Herstellerdaten wissen wir, dass rund die Hälfte der angesprochenen 30 000 Liter JP-8 im Jahr als Hochsieder anfallen. Der größere Teil davon versickert in unserer Region Kaiserslautern im Boden und gelangt ins Grundwasser. Auch passiert es immer wieder, dass JP-8 in niedriger Höhe abgelassen wird. Dies wird natürlich geleugnet. Dieses Versickern und Ablassen von Treibstoff ist die schlimmste, gefährlichste und nachhaltigste Schädigung von Mensch, Tier, Landschaft, Böden und Grundwasser.

Deshalb wird es immer wichtiger zu wissen, aus welchen Brunnen das Trinkwasser kommt. Ein Abkochen sollte jetzt schon selbstverständlich sein. Die Ethnologin Marion Hahn war an Multiple Chemikalien Sensitivität, verkürzt MCS, schwer erkrankt. Sie hat gekämpft und geforscht und sieht als Ursache den amerikanischen Nato-Treibstoff JP-8. Gestützt werden diese Erkenntnisse durch Forschungen und Veröffentlichungen von Prof. Dr. Wassermann. Danach leben die meisten MCS-Kranken in der Nähe von militärischen Einrichtungen, auch entlang den Nato-Treibstoff-Pipelines CEPS.

Durch all das Gesagte wird belegt, warum in unserer Region weitaus mehr Menschen als im Bundesdurchschnitt an Allergien und Krebs leiden, sowie überdurchschnittliche Schäden an Bronchien, Lungen und Nieren beobachtet werden. Hinzu kommen die vielen psychisch Kranken, Herz- und Kreislaufgeschädigten.

Auslöser all dieser Erkrankungen ist ein geschwächtes Immunsystem. Mitverantwort-

lich ist der physikalische Schadstoff Lärm. In vielfältiger Form müssen die Menschen dieser Region auch diese Geisel ertragen. Verantwortungslos und zum Teil wider besseres Wissen leugnen und verdrängen verantwortungslose Politiker in Bund, Land und Kommunen die großen Risiken und gesundheitlichen Gefahren die von den US-Stützpunkten Ramstein und Landstuhl ausgehen. Sie ignorieren, dass sich die Wohn- und Lebensqualität in der Region drastisch verschlechtert hat, die Immobilien an Wert verlieren, viele junge Leute keine Perspektiven haben und Bürger wegziehen, weil sie hier nicht mehr leben können. Sie bejahen die Verlegung der US-Airbase Frankfurt nach Ramstein, obwohl sich Flug- Bodenlärm und Schadstoffausstoß fast verdoppeln.

Sie argumentieren mit Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir sind sicher, dass keine Arbeitsplätze von Dauer für deutsche Arbeitnehmer entstehen werden. Im Gegenteil: am 30. 9. 1990 waren es noch 8 348. Diese haben sich auf die Hälfte reduziert und werden noch weiter abnehmen. Wirtschaftsblind reden die Politiker von einem großen Wirtschaftsfaktor. Angeblich haben die Amerikaner 1,3 Milliarden US-Dollar der örtlichen Wirtschaft zufließen lassen. Dabei kommt die daraus resultierende Kaufkraft den eigenen „Commisaries“ zugute und nur zum kleinen Teil deutschen Geschäften. Steht erst das große, in der Planung ausgereifte Einkaufszentrum auf der US-Airbase Ramstein, bleiben noch viel weniger Dollars in deutschen Geschäften. Weshalb dann betteln unsere zuständigen Landes- und Kommunalpolitiker, dass die USA ihre Truppen im Lande belassen?

Obwohl die USA richtigerweise mit dem Gedanken spielt, aus weltpolitischen und finanziellen Gründen die Besatzung in Deutschland zu „beenden“, versprechen unsere Politiker großzügig teuerste Modernisierung von US-Wohnungen und schließen Übungsgelände für Bombenabwurf in Baumholder, verbunden mit Tieffluggenehmigungen nicht mehr aus. Deutscher Politik fehlt es hier an Weitsicht und Verantwortungsbeusstsein für die Bevölkerung. Die Politik hat sich an die Alimentation durch das Mili-

tär gewöhnt. Gleichzeitig ist man tief besorgt über die Vergreisung und Verarmung dieser Region und die Abwanderung der Jugend.

Das Vorhandensein der US-Airbase Ramstein verhindert eine zivile wirtschaftliche Entwicklung dieser Region. Diese Fehlentwicklung wird durch die Ausbaugenehmigung festgeschrieben. Wir haben hervorragende Universitäten in unserem Umfeld und können ihr Potenzial für eine Zukunftsentwicklung nicht nutzen. Hier in dieser Region werden auf Grund von politischem Versagen, ökonomische Ängste geschürt und dadurch die Bevölkerung „weich geklopft“, eine weltweit einmalige Lärm- und Schadstoffmüllkippe zu akzeptieren. Welch eine Heuchelei! Für weitere Informationen steht Ihnen gerne ein Experte zur Verfügung!

*Der Vorstand: Doris Emrich, Karl Fleischmann,
Peter Schäfer, Mark Vautz*

HINTERGUNDINFORMATIONEN:

Marion Hahn, *Umweltkrank durch NATO-Treibstoff*, Buch und gleichnamiger Artikel in Wissenschaft und Frieden 2001, siehe: www.biegas.de / JP-8

Treibstoff auf dem Prüfstand TV vom 22. 1. 2003

UMWELTMINISTERIUM SOLL AUSWIRKUNGEN VON MILITÄRISCHEM KRAFTSTOFF ÜBERPRÜFEN (TV VOM 22.11.2002)

MAINZ/SPANGDAHLEM. (win/har)
Das Mainzer Umweltministerium wird sich auf Beschluss des Kabinetts mit dem Gefahrenpotenzial des umstrittenen Treibstoffs JP-8 beschäftigen. JP-8 wird von den amerikanischen Streitkräften und der Bundes-Luftwaffe benutzt und steht im Verdacht, Krebs erregend zu sein.

Das vermutlich gesundheitsgefährdende Flugbenzin JP-8 hat in dieser Woche in Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau des US-Stützpunktes Spangdahlem für Wirbel gesorgt (der TV berichtete). Hintergrund: Unweit der Gemeinde Binsfeld sollen Stellplätze für Großraum-Transportmaschinen sowie zwei Triebwerks-Teststände entstehen. Unter anderem werden dann die Abgase von so genannten „Power runs“ (Triebwerkstests unter Volllast) bis in die nahe gelegene Ortschaft geweht. Grund: Die Transportmaschinen werden so abgestellt, dass die Turbinen-Enden Richtung Binsfeld zeigen.

Die Diskussion um JP-8, das von der Air-Force und anderen Nato-Streitkräften verwendet wird, sei verwirrend, sagte der Koordinator der Landesregierung für die Verlagerung der US-Airbase Rhein-Main nach Spangdahlem und Ramstein, Jörg Berres, am Donnerstag im Wirtschaftsausschuss des Landtages. Er verwies auf eine Auskunft der Bundesregierung vom 25. Juni 2001. Darin wird davon ausgegangen, dass die umstrittenen Zusatzstoffe dem Treibstoff zugesetzt wurden, als er noch bleihaltig gewesen sei. In der Drucksache des Bundestages erklärt das Bundesverteidigungsministerium, dass das hochgiftige 1,2-Dibromethan „ausschließlich dem verbleiten Ottokraftstoff für Kolben-

JET FUEL 8

Der NATO-Treibstoff Jet Fuel 8 ist die militärische Version des zivil genutzten Treibstoffs Jet Propellant A 1, das durch Zusatzstoffe wie Benzene, Tulole, Xylene und Naphtene z.B. Dibromethan und Dihylen glycol monomethylether für den universellen militärischen Einsatz entwickelt wurde und hochgiftig ist. JP-8 wurde seit 1980 erstmals getestet und wurde seit 1990 bei den Streitkräften der NATO inklusive Bundeswehr eingeführt. JP-8 ist ein Sinnbild der weltweiten Kriegspolitik: es ist an jedem Ort, bei jeder Temperatur, in jeder Maschine einsetzbar und zum Schutz der eigenen Soldaten explosionsgehemmt - das „Dreamfuel der NATO“ steht aber im Verdacht Krebs und MCS (Multiple Chemikalien Sensibilität) auszulösen und ist für alle, die damit in Berührung kommen oder durch eingeatmete Emissionen und Aerosole krank werden ein Alptraum. Die Menschenverachtung und so genannten „Kollateralschäden“ der Kriegsmaschinerie beginnen hier vor Ort.

Rund 9,4 Milliarden Liter JP-8 verbraucht allein die US-Air-Force nach eigenen Angaben jährlich. Der direkte Umgang mit dem Kraftstoff ist nur mit Schutzkleidung erlaubt. In Spangdahlem wird JP-8 dadurch gewonnen, dass die Zusätze dem Jet A 1 aus der Pipeline zugesetzt werden, die durch die Eifel läuft und unter anderem den luxemburgischen Flughafen Findel versorgt. Teilweise wird JP-8 auch gebrauchsfertig von den Raffinerien geliefert.

Markus Pflüger

triebwerke raffinerienseitig zugesetzt“ wurde. „Flugturbinenkraftstoff wurden beziehungsweise werden weder bleihaltige Verbindungen noch 1,2-Dibromethan zugesetzt“, heißt es in der Antwort auf eine kleine Anfrage der PDS. Damit widersprechen die Militärs der Ansicht des Kieler Toxikologen Professor Otmar Wassermann, der die Verwendung von 1,2-Dibromethan (EDB) für möglich hält.

Für die Frage, ob JP-8 die Gesundheit gefährdet, ist es nach Expertenansicht ohnehin ohne Belang, ob der Treibstoff EDB enthält oder nicht. Vor allem die Kohlenwasserstoffe sowie die chemischen Verbindungen der Naphtalene und der Benzole sind nach Auffassung von Wissenschaftlern im Stande, genetische Schäden anzurichten, wie zum Beispiel das Verursachen frühkindlicher Leukämie. In Tierversuchen hat sich der Verdacht einer Krebs erregend Wirkung von JP-8 bestätigt. Wissenschaftliche Forschungen in Bezug auf die gesundheitlichen Auswirkungen von JP-8 bei Menschen sind noch nicht abgeschlossen. Nachzulesen sind diese Aussagen auf den Materialsicherheits-Datenblättern der Hersteller des Kraftstoffes.

Staatssekretär Günter Eymael erklärte vor dem Ausschuss, dass die Standorte Ramstein und Spangdahlem wohl zur Disposition stünden, sollte die Verlagerung der Frankfurter US-Airbase Rhein-Main in die Pfalz und die Eifel nicht gelingen.

Angesichts der ihrer Ansicht nach im Verlauf der Woche deutlich gewordenen Zuständigkeitsprobleme zwischen den Landesministerien fordern die CDU-Landtagsabgeordneten Elfriede Meurer und Michael Billen, den „Zwist um die Zuständigkeit“ zu beenden. Es müsse gehandelt werden, und zwar koordiniert mit dem Bundesumweltministerium, fordern die Abgeordneten. Die Menschen in der Region seien verunsichert. „Ein wissenschaftliches Gutachten stelle einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Flugzeugtreibstoff JP-8 und Krebs sowie Organschädigungen her“, heißt es in der CDU-Pressemitteilung. Eine Überprüfung der gesundheitlichen Risiken durch JP-8 fordert auch die Bündnis 90/Grüne-Bundestagsabgeordnete Ulrike Höfken. „Die Aussagen von Wissenschaftlern, dass es sich bei JP-8 um eine Krebs erregende Substanz handelt, müssen ernst genommen und überprüft werden“, fordert Höfken. Laut Aussagen der Bundestagsabgeordneten müsse auch der Schutz der Menschen überprüft werden. „Der Abstand von nur 500 Metern zwischen Flugzeugen und Wohnhäusern erscheint nicht ausreichend“, schreibt Höfken.

Weitere Texte zum NATO-Treibstoff:
www.biegas.de

Vergiftungen und Strahlenschäden durch Uranmunition

BÜRGERINITIATIVE GEGEN FLUGLÄRM, BODENLÄRM UND UMWELTVERSCHMUTZUNG E.V.

In Presse, Funk und Fernsehen wird in letzter Zeit über Strahlenschäden im früheren Jugoslawien, im Irak und über das so genannte Golfsyndrom berichtet. Was ist damit gemeint und was haben wir in Deutschland, insbesondere in der Westpfalz (aber auch um Spangdahlem, Anm. der Redaktion), davon zu erwarten?

Die Fakten sind wie folgt:

Natürliches Uran ist ein Element, das in der Erdrinde vorkommt. Es hat die Ordnungszahl 238 und besteht im Wesentlichen aus den Isotopen Uran 238, Uran 235 und Spuren von Uran 234. Dieses Uran ist radioaktiv d. h., es wird energiereiche Strahlung ausgesandt. Um die Zeiträume zu charakterisieren in der eine solche Strahlungsintensität abnimmt, spricht man von Halbwertszeiten. Für Uran 238 beträgt diese Zeit, in der sich die Strahlungsleistung halbiert, 4,5 Milliarden Jahre. Das im natürlichen Uran vorhandene Uran 235 ist spaltbar d. h., es zerfällt in andere Isotope und Elemente unter Abgabe von energiereicher Strahlung und Neutronen.

Reichert man natürliches Uran mit Uran 235 an, erhält man spaltbares Material. Eine Kernspaltung läuft kontrolliert in Kernkraftwerken oder unkontrolliert in Atombomben ab. Aus diesem Grund schwankt die Zusammensetzung von angereichertem Uran für Uran 238 zwischen 10 und 97 % und Uran 235 zwischen 3 und 90 %. Der Anreicherungs-effekt aus natürlichem Uran geschieht durch Membrandiffusion oder Gaszentrifugation. Nach einer kontrollierten und unkontrollierten Kernspaltung oder Abreicherung bleibt Uran mit der Zusammensetzung 99,797 % Uran 238 und 0,202 % Uran 235 übrig. Man nennt es „Depleted Uranium“, kurz D. U. Dieses abgereicherte Uran wird wegen seiner hohen Dichte im Flugzeugbau, Schiffsbau,

Panzerung von militärischen Fahrzeugen, als Abschirmung gegen Gammastrahlen und als Härtungszusatz von Geschosshüllen benutzt.

Diese so genannten D. U.-Geschosse besitzen Charakteristika, die für die Rüstungsindustrien sehr attraktiv sind:

- D.U. ist für die Atomindustrie nur mit hohen Kosten end zu lagern. Deswegen gibt man es billig an Wiederverwender ab.
- D.U.-Geschosse haben eine hohe Durchschlagskraft und sind daher besonders zum Durchbrechen von Stahl- und Betonpanzerungen geeignet.
- D.U. ist brennbar. Beim Durchschlagen einer Panzerung entzündet es sich und setzt bei der Verbrennung hochtoxische und radioaktive Stoffe frei. Es bilden sich Partikel von Uranoxid, die eingeatmet werden können oder durch Wunden in den Körper gelangen.
- Ist D.U. erst im Körper, wirkt es dort zweifach: in Körperflüssigkeiten ist Uranoxid wasserlöslich und wirkt dadurch toxisch, zum Teil ist Uranoxid wasserunlöslich, sitzt dadurch im Körper fest, wird sogar angereichert und kann über lange Zeit seine radioaktiven Eigenschaften entfalten.

Partikel und Stäube entstehen nicht nur beim Zerplatzen der Geschosse, sondern auch beim Verschießen der Geschosse und bei defekten Geschossen. Die Stäube kommen auf die Haut, werden eingeatmet oder über die Nahrungskette aufgenommen. Hauptzielorgane der toxischen Wirkung sind die Nieren und die Leber. Hauptkontaminationsobjekte aus der Vergangenheit waren Panzer und Flugzeuge, die im Kosovokrieg und in den beiden Irakkriegen eingesetzt wurden. Eben-

falls verseucht sind die mit Urangranaten und Uranbomben beschossenen Gebäude, Flächen und Menschen in diesen Regionen und natürlich auch Soldaten. Es sind längst Untersuchungen bekannt über erkrankte Menschen aus diesen Regionen und den dort eingesetzten Soldaten.

Am bekanntesten ist das so genannte ‚Golfsyndrom‘ amerikanischer Soldaten. Es gibt Untersuchungen, die belegen, dass, nachdem Amerikaner und Briten im ersten Golfkrieg Uranmunition verschossen haben, weite Teile des südlichen Iraks durch radioaktive Strahlung verseucht sind. Die Strahlungsintensität stieg zum neunfachen des natürlichen Pegels an. Dieselben Phänomene sind im ehemaligen Jugoslawien nach dem Kosovokrieg beobachtet worden. Man kann davon ausgehen, dass sich im Irak nach dem zweiten Krieg die Krebs- und Missbildungsraten noch weiter erhöhen, weil vor allem die ferngesteuerten Laserbomben als D.U.-Munition zum Zerstören von Kellern und Bunkern eingesetzt wurden. Da diese bevorzugt in Stadtbereichen lagen, sind die Folgen für die Zivilbevölkerung noch gar nicht absehbar. Es gilt als gesichert, dass der Kontakt mit D.U.-Munition zu folgenden Krankheitsbilder führt:

- Zusammenbruch des Immunsystems
- Infektionskrankheiten
- Aids-ähnliche Erscheinungen
- Funktionsstörungen von Nieren und Leber (Morbus Günter)
- Leukämie und Störungen des Knochenmarks
- Genetisch bedingte Missbildungen bei Menschen und Tieren
- Fehl- und Frühgeburten

Diese Erkenntnisse sind belegt durch Untersuchungen an der irakischen Bevölkerung und weisen Ähnlichkeiten mit dem so genannten ‚Golfsyndrom‘ auf, wie sie bei US- und britischen Soldaten und deren Kindern beschrieben werden. Die genetischen Missbildungen irakischer, amerikanischer und britischer Kinder gleichen sich. Gleichzeitig stiegen die Leukämie-, Krebs- und Missbildungsraten von Neugeborenen. Es gibt

außerdem Untersuchungen, die davon sprechen, dass in diesen Waffen nicht nur Uran, sondern auch sonstige Spaltprodukte aus Atommeilern „verarbeitet“ wurden, z. B. Plutonium. Dieses Element übertrifft Uran an Strahlungsintensität und Toxizität noch bei weitem. Der Einsatz von solchen Waffen ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Wie immer in solchen Fällen leugnen und schwindeln Politiker und Militärs. Der ehemalige deutsche Verteidigungsminister verwechselte in seinen Unbedenklichkeitserklärungen Alpha- und Betastrahlung. Ist ja auch nur ein zwanzigfacher Wirkungsunterschied bei gleicher Dosis. Natürlich fragen die USA als Großmacht niemanden, halten sich weder an die Genfer Konvention noch an die Haager Landfriedensordnung. Dass auf Grund des inzwischen untersuchten Golfsyndroms selbst die USA wissen, welche Büchse der Pandora sie geöffnet haben, merkt man daran, dass es inzwischen für amerikanische Panzersoldaten ein Handbuch für Umgang mit Uranmunition gibt und beim Handling dieser Munition Schutzanzüge zwingend vorgeschrieben sind. Heimlich unterstützt die BRD Serbien bei der Suche und Vernichtung von uranhaltiger Munition. Sorgfältig wird jeder Fund kartographisiert, ausgegraben und entsorgt. Saudi-Arabien hat die USA gezwungen, allen nach dem ersten Golfkrieg in der Wüste vergrabenen strahlenden und uranvergifteten Militärschrott wieder auszugraben und außer Landes zu schaffen.

Für uns hier besteht die Gefahr, dass nach Deutschland zurück-geführtes kontaminiertes Militärmaterial (Flugzeuge, Panzer, etc....) Vergiftungen und Strahlungsbelastungen von Mensch, Tier und Umwelt verursachen. Es ist zu untersuchen, ob in Baumholder mit D.U.-Geschossen geübt wurde. Es ist durch verantwortliche Politik sicherzustellen, dass es in Baumholder, Ramstein, Spangdahlem, Sembach und anderen Standorten kein solches kontaminiertes Militärmaterial gab und gibt. Am besten wäre es die US-Panzerdivisionen, die zurzeit noch im Irak stationiert sind, direkt in die USA zu verlegen. Die Vorstellung, dass tausende verstrahlte und Krebs fördernde Panzer durch

die BRD bzw. durch die Westpfalz rollen, ist apokalyptisch. Arbeitsplatzsicherung in Kaiserslautern oder anderen Standorten durch Reparatur amerikanischen Militärmaterials muss sehr kritisch betrachtet werden. Es könnten für deutsche Arbeitnehmer sehr „befristete“ Arbeitsplätze sein. Wussten Sie, dass Rheinland-Pfalz die höchsten Krebsraten in der BRD aufweist?

Für weitere Informationen steht Ihnen gerne ein Experte zur Verfügung!

*Der Vorstand: Doris Emrich, Karl Fleischmann,
Peter Schäfer, Mark Vautz*

Weitere Informationen zum Thema:
www.uranmunition.de

Hier können unter „Broschüren und Artikel“ zahlreiche Hintergrundartikel und die Broschüre der DFG-VK „Uran-Geschosse, Eine neue Massenvernichtungstechnologie“ gelesen und runter geladen werden.

Widerstand gegen den Truppenübungsplatz Grafenwöhr, Oberpfalz

*RAINER KNOLL, „ZUSAMMENSCHLUSS UMWELTBEWUSSTER BÜRGER“ (ZuB)
GRAFENWÖHR*

Wir haben uns vor mehr als 10 Jahren gegründet. Ziel war und ist es, sich immer dann einzumischen, wenn unsere Gesundheit und vor allem die unserer Kinder und unsere Umwelt bedroht wird. Hauptsächlich ist für diese Bedrohung in unserem Raum die US-Armee auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr verantwortlich. Von hier gehen einerseits Belastungen durch den Übungsbetrieb aus, wie z. B. Schießlärm, Staub und JP8-Abgase. Andererseits behindert der Truppenübungsplatz in seiner jetzigen Existenz und vor allem durch geplante Erweiterungsmaßnahmen die Entwicklungschancen der gesamten Region.

Der Truppenübungsplatz Grafenwöhr liegt in der Nördlichen Oberpfalz in der Nähe von Bayreuth und ist der größte europäische NATO-Truppenübungsplatz. Er wird von der US-Armee verwaltet und betrieben. Die nördliche Oberpfalz ist durch diesen Truppenübungsplatz (TÜ) praktisch monostrukturiert und militarisiert. Die US-Armee ist größter

Arbeitgeber weit und breit, momentan ca. 2000 deutsche Arbeitnehmer mit gerade mal 8 Auszubildenden, und hat bis in die Gegenwart immer Priorität besessen, wenn es um Entscheidungen von struktureller und wirtschaftlicher Bedeutung ging. Als Beispiel möchte ich ein Schreiben des Bundesvermögensamtes erwähnen, dass der am östlichen Rand des TÜ gelegenen Stadt Auerbach bei der Ausweisung eines Gewerbegebietes vorgeschrieben hat, keine Ansiedlung von Betrieben zuzulassen, die empfindliche Technik herstellen. Damit wolle man vermeiden, dass Schadenersatzforderungen wegen Erschütterungen, Lärm, etc... gestellt werden können.

Seit geraumer Zeit herrscht in politischen Kreisen in dieser Region nun eine Art Goldgräberstimmung. Die US-Armee hat vor dem Irakkrieg Pläne verlauten lassen, zusätzlich eine Sofort-Eingreif-Brigade in Grafenwöhr stationieren zu wollen. Hierzu sollen aus verschiedenen zu schließenden Standorten in Deutschland - hauptsächlich aus Hessen -

Truppen samt zivilem Gefolge nach Grafenwöhr verlagert werden. Für dieses Projekt, das unter dem Namen „efficient basing east“ geführt wird, sollen 1 Milliarde Euro investiert werden. So sollen neben Modernisierungen von Schießbahnen vor allem Truppenunterkünfte nach amerikanischem Standart ausgebaut und ca. 800 neue Wohnhäuser im „built to lease“-Verfahren gebaut werden. Dies bedeutet, dass zivile Investoren bauen sollen und die US-Armee mietet dann diese Häuser an.

Sofort wurden Planungen innerhalb des Truppenübungsplatzes von deutschen Behörden im Auftrag der US-Armee durchgeführt. Vorfinanziert mit jährlich 50 Millionen von der bayerischen Staatsregierung wird mittlerweile auch schon gebaut. Die so genannte New Town, also die 800 Häuser, die auf grüner Wiese aus dem Boden gestampft werden sollen, wurden unter Umgehung von geltendem deutschen Recht geplant. Ohne Beteiligung der Öffentlichkeit, ohne Raumordnungsverfahren, ohne Prüfung möglicher negativer Auswirkungen in diesem ländlichen Raum, wie beispielsweise eine immense Steigerung des Verkehrsaufkommens.

Die lokale Politik vernahm dies mit unkritischem Wohlwollen. Einmal wurde gar von einem „Marshall Plan“ für die Region geschwärmt. Offenbar war man der Meinung, alle dunklen Ahnungen seien damit ausgesessen und vom Tisch. Ausgehend von verschiedenen Presseberichten aus USA, aber auch vom ZuB, boten ganz andere Pläne der US-Militärs Anlass zu höchst unwillkommener Sorge. Berichtet wurde von negativen Einschätzungen hoher US-Militärs bei verschiedenen Anhörungen im amerikanischen Kongress: Er sei zu klein, zu nahe an ziviler Bebauung, für die Luftwaffe ein Alptraum, da sie nicht fliegen und bomben kann, wie und wann sie will, und vor allem ein Stichwort machte die Runde, nämlich „encroachment“, also sinngemäß die Behinderungen des Übungsbetriebes durch Umweltvorschriften.

Ferner ist trotz sicherlich massiven Verhinderungsversuchen durch die US-Armee der größte Teil des TÜ unter Fauna und Flora

Habitatsschutz der EU gestellt worden. Dies ist etwas, was amerikanische Militärs offenbar hassten wie die Pest.

Mittlerweile pfeifen die Spatzen vom Dach, was wir vom ZuB schon seit Monaten immer wieder warnend publizieren: Trotz aller Beruhigungsspielen der Amerikaner, trotz aller mantrahaften Beteuerungen offensichtlich wenig wissender deutscher Politiker aller Couleur, dass die Brigade erst bestimmt, dann wahrscheinlich und jetzt hoffentlich nach Grafenwöhr komme, zeichnet sich nun das Gegenteil ab.

Gerade jene Truppen, die aus Hessen nach Grafenwöhr kommen sollten, sind mittlerweile im Irak und kommen danach nicht nach Grafenwöhr! Wie für Interessierte seit langem bekannt, sollen zudem Truppen mit schwerem Gerät, wie Artillerie und Panzer, aus Deutschland abgezogen werden. Gerade jene Truppen also, die hauptsächlich in Grafenwöhr geübt hatten. Mittlerweile sprechen sogar hohe amerikanische Militärs davon, dass mindestens 50 % der in Deutschland stationierten Truppen von einer Stärke von ca. 80 000 Mann abgezogen werden sollen.

Ferner sind seit langem Pläne bekannt, dass die gesamte US-Armee umstrukturiert werden soll. General James Jones, Oberkommandierender für die US-Streitkräfte in Europa und für diese Umstrukturierung federführend, möchte überhaupt keine großen US-Basen mehr, sondern nur noch kleine, möglichst in Krisennähe gelagerte mobile Einheiten. Aus Kostengründen sollen die Truppen im 3-Monatsrhythmus ausgetauscht werden. Dann könne man nämlich auch das gesamte zivile Gefolge in den USA lassen, also gerade jene Amerikaner, die z. B. in der geplanten New Town bei Grafenwöhr wohnen sollten.

Auch vom amerikanischen Verteidigungsminister hört man Töne, die den Bestand der amerikanischen Standorte in Deutschland wackeln lassen. Sie seien „Relikte des kalten Krieges“ und für heutige Bedürfnisse der readiness, also der immer währenden Einsatzbereitschaft, ungeeignet.

Dies alles wird von politischer Seite, angefangen von den Bürgermeistern, bis hin

zu Bundespolitikern offenbar gänzlich und völlig verantwortungslos ignoriert. In zahlreichen Presseartikeln haben wir vom ZuB immer wieder auf diese Entwicklung hingewiesen. Wir haben Anfragen an die bayrische Staatsregierung gestellt, was sie denn beispielsweise für Pläne habe, den Niedergang der Region zu verhindern, sollte die US-Armee abziehen. Antwort: Sie habe keine, in der Annahme, das werde schon nicht passieren.

Unsere Forderung nach sofortigem Bau- und Planungsstopp auf dem Truppenübungsplatz, zumindest bis zur Klärung der zukünftigen Pläne der US-Militärs, blieb bislang ungehört. Damit drohen leichtfertig Millionen deutscher Steuergelder verschwendet zu werden, denn die Planungskosten tragen wir, und die Investitionen die die US-Armee finanziert hat, müssen bei Rückgabe der Liegenschaft gemäß NATO-Truppenstatut bei weiterer militärischer Nutzung zurückerstattet werden! Das dürfte auch die Erklärung dafür sein, warum die US-Armee ihren Planungsauftrag an die deutschen Behörden nicht stoppt. Warum auch, sie tragen ja kein Risiko! Interessant dürfte in diesem Zusammenhang sein, was in den als „geheim“ eingestuften Überlassungsvereinbarungen steht, die uns bislang leider vorenthalten werden.

Der ZuB hat auch beantragt, das Bundesvermögensamt möge es endlich unterlassen, weiterhin mit Privatinvestoren Mietverträge für die US-Armee mit 10-jähriger Mietgarantie abzuschließen. Denn Vertragspartner ist somit die Bundesrepublik Deutschland! Gehen die Amis, zahlen am Ende wir die Miete für leerstehende Häuser, die in dieser ländlichen Region dann den gesamten Wohnungsmarkt kollabieren lassen werden, und Nachmieter sind beileibe nicht in Sicht.

Da unsere Mahnungen und Anträge bislang – halt wie so oft, und vor allem zu Unrecht – ungehört geblieben sind, haben wir beim Bundesrechnungshof eine Überprüfung wegen leichtfertiger und unverantwortlicher Verschwendung von Steuergeldern beantragt. Eine Prüfung wurde uns zugesagt, aber leider bekommt man aus rechtlichen Gründen kein Prüfungsergebnis mitgeteilt.

Trotz allem scheint nicht zuletzt unsere stetige Information der Öffentlichkeit erste Wirkung zu zeigen. So ist der Hauptinvestor der New Town, sehr zum Schrecken der Brigaden-Befürworter abgesprungen, das Projekt hängt jetzt Gott sei Dank in der Luft.

Was gilt es nun zu tun?

Die Politik muss sich endlich ihrer Verantwortung bewusst werden. Sie muss trotz des zu erwartenden massiven Aufschreis in der Bevölkerung endlich über Pläne für eine Zeit nach der US-Armee nachdenken. Es wird kein neuer Arbeitsplatz oder gar Ausbildungsplatz geschaffen, wenn nicht endlich über Konversion, über eine Nachnutzung, ja sogar über ein aktives Hinausdrängen der US-Armee nachgedacht wird. Denn wie lange soll man die Hinhaltetaktik der Amerikaner noch erdulden? Bis zu wie vielen abgebauten, ausgelagerten, oder durch US-Bürger ersetztten Arbeitsplätzen will man ehrfürchtig um die Gunst der Amerikaner betteln? Wer übernimmt die Verantwortung gegenüber unseren Kindern, die wegen dieser unseligen Monostrukturierung keinen Ausbildungsplatz finden, weil sich in einem Quasi-Kriegsgebiet keine Betriebe niederlassen wollen? Glaubt man wirklich noch, dass die viel beschworenen amerikanischen Freunde bei ihren Entscheidungen das Wohl der Region Nördliche Oberpfalz berücksichtigen werden?

Die Antwort auf diese Frage ist ganz eindeutig NEIN. Die Amerikaner machen ausschließlich das, was ausschließlich ihren Plänen nutzt. Deshalb stellen wir folgende Forderungen:

- Sofortiger Bau- und Investitionsstopp auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr
- Sofortige Konversionsplanungen
- Sofortige Planungen über eine zivile Zukunft der monostrukturierten und militarisierten Nördlichen Oberpfalz.

Und dafür erbitten wir auch Ihre Unterstützung.

Aktueller Stand der Erweiterung des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr aus Sicht des „Zusammenschluss umweltbewusster Bürger“ (ZUB)

Momentan ist es recht ruhig geworden um die öffentliche Diskussion oder Berichterstattung bezüglich der geplanten Stationierung einer weiteren Brigade nach Grafenwöhr. Die wenigen Nachrichten, die öffentlich werden, können nicht verwirrender und widersprüchlicher sein.

Es wurde berichtet, es solle auf jeden Fall das zivile Gefolge, also die Familien der US-Soldaten, nach USA zurückkehren. Dies entspricht ja auch den Planungen von Gen. James Jones, Oberkommandierender der US-Streitkräfte in Europa und zuständig für die Umstrukturierung. Ungeachtet dieser Tatsache gehen in Grafenwöhr die Planungen unverändert weiter. Zwar ist für die geplante New Town, eine komplette Stadt für die US-Familien auf grüner Wiese, der Investor abgesprungen, das Projekt aber offiziell noch nicht gekippt worden. Die Frage, wer denn da eigentlich noch wohnen soll, wenn die Familien zurück in USA sind, bleibt unbeantwortet. Angeblich soll nun wieder von der ausführenden Firma ein neuer Investor gefunden worden sein. Wer, das wird geheim gehalten, bis „alle Verträge unter Dach und Fach“ seien. Sehr mysteriös, und ähnlich wie bei dem bereits abgesprungenen Investor, den wir vom ZuB nach einer Recherche als unseriöse Luftnummer bezeichnen.

Mittlerweile sind auch die Optimisten und Befürworter einer Erweiterung des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr etwas leiser geworden. Zu undifferenziert, zu widersprüchlich sind die Nachrichten, die tröpf-

chenweise aus USA kommen. Bemerkenswert ist z. B. die Tatsache, dass nunmehr seitens des Pentagon nur noch davon gesprochen wird, dass eine Stryker-Einheit nach Europa kommen soll. Dies als Ersatz für die ca. 70.000 Mann, die Rumsfeld aus „Old Europe“ abziehen will. Eine Stryker-Einheit hat wohl Brigadenstärke (ca. 3000 Mann) und eben die Stryker-Fahrzeuge, also gepanzerte, leichte Kampffahrzeuge. Offiziell nicht zur Kenntnis genommen scheint aber zu werden, dass mehrere Standorte mit dieser, oder zumindest Teilen dieser Einheit liebäugeln. In Deutschland eben nicht nur Grafenwöhr – so hieß es einmal gerüchteweise, diese Brigade komme komplett nach Grafenwöhr, sondern beispielsweise auch Baumholder. Diese Variante erscheint aus US-Sicht auch logisch, denn Baumholder liegt nahe zu Ramstein. Damit würde auch ein wesentliches Kriterium einer Stryker-Einheit erfüllt, nämlich die hohe Mobilität und schnelle Verfügbarkeit.

Auffallend ist die letzte Berichterstattung über diese Stryker-Einheit und Truppenabzug. So wurde kürzlich einfach vergessen, dass z. B. das Südlager Vilseck des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr von dem Truppenabzug stark betroffen sein wird. Bezüglich einer Ersatzstationierung der Stryker-Truppe kein Wort. Dies ist deshalb bemerkenswert, da in Vilseck eine komplette US-Stadt steht, die immer leerer wird. Hier hätte die Einheit locker Platz in modernen Wohneinrichtungen, gebaut nach US-Standards.

II KONVERSION: PROBLEME UND CHANCEN



*„Schwerter zu Pflugscharen!“
Skulptur vor dem UNO-Gebäude New York*

WAS IST KONVERSION?

Konversion heißt Umwandlung.

Hier ist mit Konversion die Umwandlung militärischer in zivile Nutzung bzw. Güter gemeint. Es gibt verschiedene Konversionsarten:

- **Liegenschaftskonversion** (z. B. Kasernen als Handwerkerpark, Bunker für Champignonzucht oder als Pferdestall umnutzen)
- **Industrie/Produktionskonversion** (z. B. Solarzellen oder Loks statt Waffen, Panzer)
- **Wissenskonversion** (z. B. Kriegsprävention als neues Forschungsziel)
- **Waffenkonversion** („Schwerter zu Pflugscharen“)
- **Humankonversion** (Soldaten und Airbase-Beschäftigte werden umgeschult, arbeiten in anderen zivile Arbeitsfeldern)
- **Finanzkonversion** (z. B. ländliche Entwicklung und zivile Arbeitsplätze statt Ausbaugeländer, Kindergärten statt Eurofighter).

Siehe auch: www.bicc.de (Internationales Konversionszentrum Bonn)

Kompletter Abzug statt Verlagerung nach Osteuropa gefordert

Zur Diskussion steht der (Teil)Abzug des US-Militärs aus Deutschland nach Osteuropa, beispielsweise nach Polen. Ein kompletter Abzug würde begrüßt, eine Verlagerung wird aber abgelehnt, denn eine Verlagerung des Kriegsflughafens inklusive seiner

negativen Auswirkungen ist nicht das Ziel der angestrebten Konversion. Im Folgenden dokumentieren wir einen Bericht des Besuchs zweier Airbase-Gegner aus Polen, die von der Einrichtung einer neuen US-Airbase bedroht sind.

„Einfach wüst und schockierend“ TV am 30. 3. 2004

TRIER/SPANGDAHLEM. (red) Auf Einladung der Bürgerinitiative Erweiterungsgegner Airbase Spangdahlem (BIEGAS) und der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier (AGF) kamen zwei polnische Friedensaktivisten aus Poznan zu Besuch.

(Foto: Richard Pestemer)



Besuch aus Polen bei der BI gegen die Airbase-Erweiterung

Agnieszka Mroz und Krzysztof Krol, Mitglieder der Anti-Kriegskoalition Poznan, haben von Plänen des US-Militärs erfahren, Airbases in Polen zu errichten. Sie wiesen darauf hin, dass 70 Prozent der Polen gegen den Irak-Krieg und die polnische Beteiligung waren. „Einfach wüst und schockierend“ sei der Blick auf die Bauarbeiten zur Erweiterung von Spangdahlem, berichten sie beim Rundgang um die Airbase. „So soll das in Zukunft auch bei uns in Polen aussehen, wenn die US-Regierung eine Airbase bei Poznan mit 600000 Einwohnern bauen lässt? So wollen wir nicht leben, täglich direkt mit todbringenden Maschinen konfrontiert“, sagte Mroz.

„Die Politiker in Polen erzählen uns, dass mit den US-Basen auch Jobs und Geld nach Polen kommen. Aber sie verschweigen, welche Belastungen durch Fluglärm und Umweltzerstörung auf uns zu kommen“, ergänzte Krol.

„Die Mehrheit der Polen wird den Bau von US-Airbases ablehnen, wenn sie das genauer wissen.“ Die USA planen die Verla-

gerung von Militäranlagen nach Osteuropa. Günther Schneider von der BIEGAS erläutert die Gesundheitsschäden von Emissionen, Treibstoffen, Munition und Radar: „Der benutzte Nato-Treibstoff JP-8 ist besonders gefährlich, allein beim Start eines kleinen Kampffjets werden 500 Liter davon verbraucht!“

Der direkt an der Airbase wohnende Schneider warnt: „Kinder werden durch Dreck und Lärm gestört, ihr Verhalten wird sich ändern, die Landwirtschaft geschädigt. Menschen können nicht mehr dahingehen, wo sie wollen, und viele werden wegziehen. Mein Großvater wurde für den Bau der Airbase enteignet, ich für die Erweiterung. Die Regierung macht mit den Menschen, was sie will. Den Widerstand gegen die Airbase und einseitige Abhängigkeit zu beginnen sei das Beste: „Die Airbase dient nicht nur der Übung, sie ist Ausgangspunkt für den Krieg, wie im Kosovo und im Irak.“

Abschließend unterstrichen die polnischen Gäste: „Wir brauchen diese lebensfeindlichen Kriegsflughäfen weder in Deutschland, noch in Polen, noch sonst wo auf der Welt.“

Richard Pestemer von der BIEGAS, Initiator des Besuchs, freut sich über die Gegeneinladung: „Gerne werden wir dieses Jahr nach Poznan fahren und die Polen in ihrem Kampf gegen Kriegsflughäfen unterstützen



(Foto: Markus Pflüger)

Polnische AirbasegegnerInnen bei der Demo am 20. 3. 04 in Ramstein

„Hier nicht und nirgendwo“-Für die FREIE HEIDE!

ZUM WIDERSTAND GEGEN DEN LUFT-BODEN-SCHIEßPLATZ (BOMBODROM) IN DER KYRITZ-RUPPNER HEIDE BEI WITTSTOCK. UNTER AUSGIEBIGER VERWENDUNG VON DOKUMENTEN DES BUNDESTAGES UND DER BÜRGERINITIATIVE „FREIE HEIDE“

von Richard Pestemer



„Ohne Zeitverzug ist die Bundesregierung aufgefordert, auf einen künftigen Luft-/Boden-Schießplatz in Wittstock (Brandenburg) zu verzichten und eine zivile Nutzung zu ermöglichen.“ Dieser fraktionsübergreifende Antrag – eingebracht von 23 SPD-, 33 Grünen- und 2 PDS-Abgeordneten – liegt dem deutschen Bundestag laut einer Pressemeldung des Bundestages seit dem 15. März 2005 als Drucksache 15/4792 vor. Weiter heißt es: „Die Parlamentarier weisen darauf hin, dass seit 1992 der Streit um eine militärische oder zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide währe. Das Bundesverteidigungsministerium beabsichtige, auf dem Gelände einen Luft-/Boden-Schießplatz einzurichten. Geplant seien bis zu 1700 Einsätze pro Jahr mit Übungsbomben und -munition.“

Eine breite Bürgerbewegung habe sich den Plänen der Bundesregierung von Anfang an widersetzt. Die Klagen etlicher Anrainergemeinden hatten bisher die Inbetriebnahme des Platzes verhindert. Ein Ende des Rechtsstreites sei nicht absehbar. Die Landtage und Landesregierungen von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern argumentieren weiter, der geplante Luft-/Boden-Schießplatz sei für die Einsatzbereitschaft der

Luftwaffe und die Sicherheit Deutschlands keineswegs unverzichtbar. Das Übungsaufkommen sei seit 1992 massiv zurückgegangen. Der Bedarf für einen neuen Platz und die Belastungen für die beiden bisherigen Übungsplätze in Nordhorn (Niedersachsen) und Siegenburg (Bayern) seien „drastisch“ reduziert worden.

Die Antragsteller weisen zudem darauf hin, Luft-/Boden-Einsätze und militärischer Tiefflug riefen eine „erhebliche und überdurchschnittliche Belastung“ für die betroffene Bevölkerung hervor. Zudem müsse bedacht werden, dass die wesentliche Entwicklungschance der Region in einem naturnahen Tourismus bestehe. Die Ungewissheit über die Zukunft der Heide sei ein wachsendes Investitionshemmnis und blockiere damit die Regionalentwicklung.



(Foto: BI FREIE HEIDE)

„Dahinter liegt die FREIE HEIDE“

Diese Blockierung einer eigenständigen Regionalentwicklung erfolgte massiv schon zu Zeiten der inzwischen verblichenen DDR. Das Gelände zwischen Wittstock, Rheinsberg und Ruppin wurde schon ab 1950 vom damaligen sowjetischen Militär schrittweise

besetzt, die Eigentümer zwangsenteignet, ein Artillerieschießplatz und Bombenabwurfplatz eingerichtet. Dieses Bombodrom hatte eine Fläche von 144 km² (entspricht 1/6 Berlins) und erreichte 20 km in Nord-Süd und maximal 10 km in Ost-West-Ausdehnung. Im persönlichen Erleben der Menschen in der Nachbarschaft des Bombodroms ging der 2. Weltkrieg praktisch noch Jahrzehnte weiter.

Nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung hatten die Menschen, die in der Nähe des Bombodroms leben, die große Hoffnung, dass nach dem Abzug der sowjetischen Truppen endgültig Schluss sei mit den militärischen Belastungen. Sie sahen sich aber bald schon, 1992, bitter getäuscht, weil die Bundeswehr Pläne aus ihren Schubladen holte, mit der Zielsetzung, das ehemalige sowjetische Bombodrom“ weiterhin militärisch zu nutzen.

In dem Protest gegen diese Absichten wurde im Frühjahr 1994 von 14 anliegenden Gemeinden gegen die militärische Weiternutzung geklagt, die sie mit ihrem grundgesetzlich verankertem Planungsrecht begründeten. Sie bekamen in der ersten und zweiten Instanz Recht, weil der deutsch-deutsche Einigungsvertrag, auf den sich die Bundeswehr berief, kein ausgehandeltes und festgeschriebenes Weiternutzungsrecht für die NATO und die Bundeswehr vorsah.

Die Bundeswehr kann sich auf die grundgesetzliche Aufgabe der Landesverteidigung berufen und im Rahmen eines von ihr angestrebten Planungsverfahren mittels des „Landbeschaffungsgesetzes“ einen Truppenübungsplatzes einrichten.

Nach Auffassung der regionalen Bürgerbewegung, die in bislang über 90 Protestveranstaltungen mehr als 150.000 Menschen für eine FREIE HEIDE mobilisierte, käme dies aber

einer Festschreibung des zu DDR-Zeiten erlittenen Unrechtes gleich.

Entscheidend für einen greifbar nahen Erfolg der Bürgerbewegung ist die Tatsache, dass weit über die Friedensbewegung hinaus die Mehrheit der Bevölkerung in der Weiternutzung des Bombodroms keinerlei Vorteile erblicken kann. Die in Eifel-Mosel-Hunsrück gebetsmühlenartig beschworenen Argumente „dass Militär Arbeitsplätze schaffe und erhalte“ greift in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg überhaupt nicht. Denn in der Bürgerbewegung haben sich viele Mittel- und Kleinunternehmer engagiert, die sich vor allem von einer zivilen Nutzung der ehemaligen sowjetischen Militäranlagen einen touristischen Aufschwung der wirtschaftlich arg gebeutelten Region erhoffen: dass endlich blühende Landschaften im Osten der Republik entstehen!



(Foto: BI FREIE HEIDE)

Demonstration gegen Bombodrom in der FREIEN HEIDE

Konversion in Brandenburg

ROLAND VOGT: FRIEDENSARBEITER IN STAATSDIENSTEN

Mitbegründer der Bürgerinitiative FRELe HEIDe im Kyritz-Ruppiner Land gegen einen Luft-Boden-Schießplatz der Bundeswehr in der Nachfolge des ehemals sowjetischen "Bombodroms" und seit 1994 Konversionsbeauftragter im Wirtschaftsministerium des Landes Brandenburg,

Roland Vogt hielt auf der Konversionskonferenz "Airbase Spangdahlem" (Burg Dudeldorf, 20. Juni 2004) ein umfangreiches mit Details gespicktes Referat über seine Erfahrungen mit der zivilen Umnutzung von ehemaligen sowjetischen Militäranlagen. Als Beitrag zum vorliegenden Reader sandte er uns mehrere Reden zu, die er zu verschiedenen Anlässen zu der im Bundesland Brandenburg erfolgreich durchgeführten Konversion hielt. Aus diesen Reden haben wir die wichtigsten seiner Aussagen im O-Ton zitiert, um den LeserInnen aufzuzeigen, wie in Brandenburg teilweise belastete militärische Hinterlassenschaften Schritt für Schritt in „blühende Landschaften“ sowie prosperierende Standorte für Wohnen, Verwaltung und Technologie umgewandelt wurden. Vorab werden einige wesentliche Grunddaten, entnommen der Broschüre "Zehn Jahre Konversion in Brandenburg, 2001, zum besseren Verständnis der Aussagen von Roland Vogt, vorangestellt.

Zehn Jahre Konversion im Land Brandenburg: die Grunddaten

Brandenburg war wie kaum eine andere Region in Deutschland während des "Kalten Krieges" vom Wettrüsten gezeichnet: 1989 wurden acht Prozent der Landesfläche – das sind rund 230 000 ha, eine Fläche ungefähr so groß wie das Saarland – militärisch genutzt.

Die sowjetischen Stationierungstruppen, auch Westgruppe der Truppen (WGT) genannt, nutzten nach 1945 zum großen Teil die Standorte, die schon der ehemaligen Wehrmacht gedient hatten.

Mit dem Beitritt der Nationalen Volksarmee zur Bundeswehr am 3. Oktober 1990 und dem vollständigen Abzug der WGT bis 1994 wurden 160 000 ha Konversionsfläche in das allgemeine Vermögen des Bundes überführt und standen mehr oder weniger von heute auf morgen für eine nichtmilitärische Nutzung zur Verfügung.

Die Bilanz nach einem Jahrzehnt Konversion (2000): rund 82 000 Hektar werden heute zivil genutzt oder dafür vorbereitet.

Knapp 1,5 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln wurden von der Landesregie-

rung Brandenburg in Konversionsvorhaben investiert. Private Investoren haben noch einmal den gleichen Betrag eingesetzt. Besonders hervorzuheben ist die Förderung durch die EU.

Einen besonderen Beitrag zur erfolgreich verlaufenen Konversion hat bisher die Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung geleistet. Seit ihrer Gründung 1994 schreibt die Gesellschaft schwarze Zahlen.

Die Konversion ist allerdings noch lange nicht bewältigt, weil es schwierig ist, die verbliebenen Flächen und Projekte – vor allem in kleinen Orten – wirtschaftlich sinnvoll zu verwerten, weil Rückbau und Renaturierung an Bedeutung gewinnen, die Verwertung von Forst- und Forstfreiflächen dringlicher wird, und weil die Kampfmittelräumung nach wie vor eines der gravierendsten Probleme darstellt.

Aber die bisher noch nicht verwerteten entwicklungsbedürftigen Liegenschaften beinhalten auch ein erhebliches Potenzial zur Einbindung von beschäftigungslosen Personen, da es etwa bei Rückbau, Abriss und Beräumung, Separierung und Entsorgung von Abfallmaterialien sowie Maßnahmen zum Natur- und Landschaftsschutz um besonders beschäftigungsintensive Arbeiten handelt.

Mit der Bundeswehrstrukturreform stehen in vielen deutschen Kommunen wieder

große Veränderungen an. Die brandenburgische Landesregierung fordert daher den Bund auf, ein Bundeskonversionsprogramm einzurichten, das geeignet ist, die Auswirkung der Abrüstung auf die kommunalen Finanzen zu begrenzen und Folgenutzungen aufgebender Bundeswehrstandorte zu erleichtern.

Konversion in Verfassungsrang

Im Artikel 40, Absatz 5 der Verfassung des Landes Brandenburg heißt es: "Das Land wirkt darauf hin, dass militärisch genutzte Liegenschaften verstärkt einer zivilen Nutzung zugeführt werden."⁽²⁾

Konversion im Land Brandenburg soll⁽²⁾

- marktwirtschaftlich und ordnungspolitisch verantwortungsvoll
- demokratisch kontrolliert
- sozialverträglich
- ökologisch
- den Zielen der Raumordnung
- eigenständige Regionalentwicklung fördernd und

in gerechtem Ausgleich der Interessen gestaltet werden (gem. Leitlinien für „Konversion im Land Brandenburg“ 1992).

Was haben wir in den 10 Jahren seit dem Abzug der ehemaligen sowjetischen Streitkräfte erreicht?⁽²⁾

- In vielen früheren Garnisonsstädten entstand durch Konversion preisgünstiger Wohnraum
- Kasernen wurden zu Behördenzentren, Schulen, Universitäten, Fachhochschulen und Studentenwohnheimen umgebaut
- Auf ehemaligen Militärflächen sind Gewerbegebiete sowie Technologie- und Gründerzentren entstanden. Besonders hervorzuheben sind der Biotechnologie-Park in Luckenwalde und das Technologie- und Gründerzentrum auf dem Gelände der ehemaligen Panzerkaserne in Neuruppin. Bis heute haben sich auf dem Bio-Tech-Campus in Luk-

kenwalde, das früher ein SS-Straflager war und danach von den sowjetischen Streitkräften genutzt worden ist, 40 Firmen mit rund 400 Arbeitsplätzen angesiedelt.⁽¹⁾

- Große Teile früherer Truppenübungsplätze wurden teilweise zu auch für Wanderer offenstehenden Natur- und Landschaftsschutzgebieten.
- Auf ehemaligem Militärgelände entstanden tatsächlich "blühende Landschaften", z. B. im Bundesgartenschau-Park Potsdam-Bornstedter Feld, der mit seiner Biosphärenhalle eine Attraktion für Besucher aus nah und fern geworden ist

Ein interessanter Sonderfall ist die Kyritz-Ruppiner-Heide. Hierzu steht in der Koalitionsvereinbarung: "Die Koalitionspartner werden sich weiterhin für eine zivile Nutzung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Kyritz-Ruppiner-Heide einsetzen."⁽³⁾

Unser Minister Junghanns (CDU) hatte bereits im April dieses Jahre (2004) eine länderübergreifende Arbeitsgruppe Nordbrandenburg-Südmecklenburg initiiert. Sie hat sich das Ziel gesetzt, die Zurückweisung eines Luft-Boden-Schießplatzes, den die Bundeswehr nutzen will, durch beide Landesregierungen und die regionale Unternehmerschaft zu festigen und konstruktive Alternativen zu entwickeln. Im Zentrum der Anstrengungen steht die Abwehr von Schäden für den Tourismus als wichtigstem Wirtschaftszweig der Mecklenburger Seenkette und der Brandenburger Kultur- und Erholungslandschaft zwischen Rheinsberg, Neuruppin und Wittstock.⁽³⁾

Aber wir müssen auch die Schattenseiten und die Rückschläge auf uns wirken lassen⁽¹⁾:

- Es gibt nach wie vor in einigen Ortseinfahrten kilometerlange Russenmauern; es gibt nach wie vor Geisterstädte. Manche haben originelle Zwischennutzungen erlebt, nachdem Filmproduzenten die phantastischen Möglichkeiten echter Trümmerkulissen entdeckt hatten. So entstand in der

Geisterstadt Krampnitz der millionenschwere Film „Stalingrad“. In Jüterbog hat Roman Polanski den Film „Der Pianist“ gedreht.

- Es gab Gemeinden, wo sich jahrelang überhaupt nichts bewegt hat. Wir merken das durch Orts- und Problemkenntnisse und wenn trotz dringender Probleme kein Förderantrag gestellt wird. Aber auch da gibt es manchmal positive Wendungen, wie z. B. in Stahnsdorf, wenn eine der ersten Amtshandlungen eines neugewählten dynamischen Bürgermeisters darin bestand, mit Hilfe von EU- und Landesfördermitteln...eine heruntergekommene Kaserne in unmittelbarer Nähe der Stadtverwaltung abreißen zu lassen.
- Besonders schmerzlich war der Abbruch des Projekts Cargo Lifter (moderne Zeppeline). Die Menschen rund um den Standort wollten teilhaben an der Entwicklung einer neuen faszinierenden Verkehrs- und Logistiktechnologie. Dann die Pleite. Der Fall ist m. E. nicht hinreichend aufgearbeitet, was dazu beiträgt, dass möglicherweise nicht die richtigen Lehren daraus gezogen werden. Heute beherbergt die Haupthalle von Cargo-Lifter die Touristenattraktion „Tropical Island“.

Wo stehen wir heute⁽²⁾?

Der Aufbauphase, die die ersten 10 Jahre der Konversion in Brandenburg geprägt hat, folgte seither die Rückbauphase. Nach wie vor gilt, dass die Richtlinie des Wirtschaftsministeriums dem Rechnung trägt, indem für Rückbau und Renaturierung ein Schwerpunkt gebildet worden ist. Wir hoffen, dass wir die Richtlinie im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung in den verbleibenden Jahren der laufenden Förderperiode, also 2005 und 2006, verlängert bekommen.

Wenn (EU-)Konversionsförderung keine Priorität (mehr) hat, dann ist sie immer noch möglich, z. B. im Rahmen anderer Zielsetzungen. Es dürfte aber schwer werden, das zu

vermitteln. Intern ist schon zu hören: Ab 2007 ist es mit der Konversion sowieso vorbei.

Mein Vorschlag, seit ich von dem Problem weiß, ist: **Lobbyarbeit, Lobbyarbeit, Lobbyarbeit**

Was gibt es sonst an neuen Bedingungen für Konversion auf Bundesebene?⁽³⁾ Möglicherweise werden zeitgleich mit der Standortschließungsliste des Bundesministers der Verteidigung aus dessen Haus Briefe an die Länder versandt, mit denen zu „Konversionsarbeitsgruppen“ jeweils zwischen betroffenem Land und zuständiger Liegenschaftsverwaltung des BMVg, eingeladen wird. Sonst ist über flankierende Maßnahmen des Bundes zu den Standortschließungen nichts bekannt und wohl auch nichts zu erwarten.

Wir dürfen Konversion „made in Brandenburg“⁽²⁾ getrost als Referenzprojekt für Länder auf der ganzen Welt verstehen, die durch Abrüstung, Truppenabzug oder militärische Umstrukturierung mit dem Problem der zivilen Umnutzung konfrontiert werden. Der Gedanke des Referenzprojektes setzt allerdings voraus, dass wir nicht zulassen, dass uns die Brandenburger Erfolgsstory kaputtgeredet wird.

Wir arbeiten als Lead-Partner in einem Konversionsnetzwerk rund um die Ostsee mit. Näheres dazu unter www.conver.net.

P.S: Die Broschüre „Zehn Jahre Konversion im Land Brandenburg“ kann über das Ministerium für Wirtschaft, Referat Konversion, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, Tel.: (0331) 8661 796, Fax: (0331) 8661 724 oder mw@brandenburg.de bezogen werden.

Titel der Reden von Roland Vogt aus denen zitiert wird:

(1) „Landgewinn im Frieden-10 Jahre nach dem Truppenabzug“ zum Konversionssommer 2004, 14. Mai 2004 im Ratsaal des Alten Rathauses in Frankfurt (Oder)

(2) „Konversion im Land Brandenburg unter besonderer Berücksichtigung touristischer Entwicklungspotenziale“

(3) „Konversion unter neuen Bedingungen“, Redebeitrag zur Abschlussveranstaltung des Konversionssommer 2004 in Prenzlau (20. Oktober 2004)

Der Konversionsbeauftragte im O-Ton: (1), (2), (3) hinter den Zitaten verweist auf die Quelle

Arbeitsplätze durch Konversion,

VON ANNE RIEGER, 2. BEVOLLMÄCHTIGTE IG METALL WAIBLINGEN

Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, die die Krieg führenden Nationen im Krieg verbrauchen, ein Bruchteil des Geldes, das sie mit Handgranaten und Giftgasen verpulvert haben, wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen, sowie die Katastrophe der Arbeitslosigkeit in der Welt zu verhindern. (...) Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu Essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -traditionen zu machen. Albert Einstein

Kriegsmaschinen statt Arbeitsplätze

Anlässlich der Bekanntgabe von Standortschließungen der Bundeswehr, wies Minister Struck jegliche Verantwortung für den Erhalt von Arbeitsplätzen weit von sich:

„Ich sage das noch einmal, es ist nicht Aufgabe des Verteidigungsministeriums Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten (...). Es ist nicht unser Auftrag, struktur- und wirtschaftspolitische Förderung zu betreiben (...) Oberstes Ziel bleibt für mich: wir müssen die Bundeswehr so an den Auftrag anpassen, dass sie in die Lage versetzt wird, ihre Aufgaben gut zu erfüllen“

(„Wir verschaffen uns Luft für Investitionen“, Interview von Verteidigungsminister Peter Struck anlässlich der Vorstellung der Planungsweisung „Umsetzung von Entscheidungen zur Weiterentwicklung der Reform der Bundeswehr“, 21. 3. 2003).

An anderer Stelle sagte er, was die Aufgaben der Bundeswehr sind: „Wir gewährleisten, dass die Bundeswehr leistungsfähig und damit Deutschland außenpolitisch handlungsfähig bleibt.“ Die Bundeswehr dient also der militarisierten Außenpolitik und niemand darf der Illusion aufsitzen, die Bundeswehr

oder irgendeine andere Armee der Welt, sei eine staatliche Institution um Arbeitsplätze zu erhalten oder zu schaffen. Es geht immer in aller erster Linie um ihren Auftrag. Und der Auftrag einer Armee lautet, Maschinen zu entwickeln und gemeinsam mit Menschen so aufzustellen und zu organisieren, dass sie andere Menschen umbringen können. Nur darum geht es: es geht um keinen einzigen Arbeitsplatz.

Wenn viele Menschen für Kriegsvorbereitungen gebraucht werden, werden viele Menschen von unsern Steuergeldern dafür bezahlt, wenn weniger gebraucht werden, weil die Maschinen es alleine können, das Töten automatisiert wird, werden weniger Menschen dafür bezahlt. Wenn es einem also um Arbeitsplätze für Menschen geht, braucht man verlässliche Partner. Das sind die Menschen einer Region oder eines Betriebes, die an sozial nützlicher und ökologisch sinnvoller Wertschöpfung und entsprechenden nachhaltigen Arbeitsplätzen interessiert sind.

Auf eine Armee und ihre Zulieferer kann man sich nicht verlassen, weil ihr Auftrag sich schnell ändern kann, wie wir es ja zur Zeit mit der deutschen Armee erleben. Noch bis in die neunziger Jahre galt sie als Armee der Verteidigung mit einem riesigen Panzerheer. Heute kann niemand mehr die Augen davor verschließen, dass sie umgebaut und aufgerüstet wird in eine Interventionsarmee, die außerhalb Deutschlands, außerhalb des NATO-Gebietes, Tausende Meilen entfernt am Hindukusch und all over the world agieren soll.

Auch die US-Armee, die Spangdahlem zu ihrem Kriegsflughafen auserkoren hatte und die einen Vertrag von 600 Mio. Euro bis 2005 vereinbart hatte, schaut nun gen Türkei mit ihren Truppen. Und die Arbeitsplätze, auf die viele gebaut haben, können morgen weg sein.

Eine Armee, ihre Soldaten und Zivilbe-

schäftigten, die Beschäftigten ihrer Großzulieferer, der Rüstungsunternehmen, das ist schon rein ökonomisch gesehen, kein Unternehmen wie jedes andere. Die Gewerkschaft sieht das so: „Es geht nicht an, dass das Arbeitnehmerinteresse an Frieden gegen das Interesse an sicheren Arbeitsplätzen gegeneinander ausgespielt wird. Für die IG Metall gilt: Wir wollen beides: Frieden und sichere Arbeitsplätze für die Menschen“ (Arbeitsprogramm Rüstungskonversion, Schriftenreihe der IG Metall Nr. 125, 1991). Die Friedensbewegung sieht es in großen Teilen auch so.

Lucas Aerospace

In dem zu mehr als 50 Prozent von Rüstungsaufträgen abhängigen britischen Luftfahrtunternehmen sollten Mitte der 70er Jahre umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Beabsichtigt war in diesem Zusammenhang die Schließung einer von siebzehn Tochterfirmen. Grund genug für die Belegschaftsvertreter sich Gedanken über Maßnahmen zur Verteidigung der Arbeitsplätze zu machen. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute befragten die Belegschaft, was ihrer Meinung nach mit den vorhandenen Kapazitäten produziert werden könne und dabei von gesellschaftlichem Interesse wäre.

Die Reaktion war erstaunlich: In kurzer Zeit lagen 150 Produktideen vor, die mit den im Unternehmen vorhandenen Geräten und Qualifikationen hätten hergestellt werden können. Bessere, billigere medizinische Geräte, verbesserte und billigere künstliche Nieren waren genauso darunter wie verbrauchsgünstige Automotoren, neue Heizsysteme oder der berühmt gewordene Straßen-Schienen-Bus.

Unter den gesellschaftlich nützlichen Produktionsvorschlägen befinden sich neuartige Energiespeicher, Wärmepumpen mit einem hohen Wirkungsgrad, ein Universal-Antriebsaggregat für verschiedene Fahrzeugtypen mit um 50 Prozent verringertem Treibstoffverbrauch und erheblich geringerer Lärmentwicklung, ferngesteuerte Roboter und Tiefseeforschungsgeräte. Die Gewerkschafter trennten die Produktvorschläge in sechs größere Produktionsbereiche, die jetzt

in sechs Bänden zusammen gefasst sind, jeder mit ungefähr 200 Seiten. Sie enthalten spezifische Details, wirtschaftliche Berechnungen und sogar Entwurfszeichnungen.

Wer die Pläne der Lucas-Beschäftigten studiert, wer die Geschichte ihrer Entstehung kennt, wer weiß, dass die meisten Ideen von einfachen ArbeiterInnen unter Beratung einiger Ingenieure entwickelt wurden – der kommt nicht umhin: Die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Güter ist möglich. Demokratische Kontrolle und die Produktion können um ein Vielfaches effektiver, nützlicher, billiger, menschen- und umweltfreundlicher gemacht werden. Da die Unternehmensleitung jegliche Zusammenarbeit verweigerte, stellten engagierte Arbeitnehmer Prototypen einiger Alternativprodukte in Eigenarbeit her. Trotz der Aktivitäten konnte die Blockadepolitik der Geschäftsleitung nicht durchbrochen werden. Keines der vorgeschlagenen Produkte ist auf den Markt gekommen. Doch der Maßstab des Erfolges muss vorrangig an der Ausgangsforderung selbst angelegt werden, und die bestand in der Verteidigung der Arbeitsplätze.

Tatsächlich wurde von 1975 – 1981 keine einzige Entlassung ausgesprochen. („Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod“, Hrsg: Freimut Duve, rororo aktuell, Hamburg 1982). Der Lucas-Plan wurde zu einem Beispiel dafür, dass Alternativen zur Rüstungsproduktion möglich sind und hatte Signalwirkung für die Gründung von Arbeitskreisen zu alternativer Produktion.

Teure Rüstungsarbeitsplätze

Schon in den 70er Jahren wurde wissenschaftlich nachgewiesen, dass ein Arbeitsplatz in der Rüstung ein vielfaches anderer Arbeitsplätze kostet: „Les Aspin, Abgeordneter im amerikanischen Repräsentantenhaus und als konventioneller Kritiker des Pentagon bekannt, veröffentlichte (auf das damalige Stichjahr 1972 bezogen) die Aufstellung, wie viele Arbeitsplätze mit 1 Mrd. Dollar pro Bereich geschaffen werden können:

- | | |
|------------------|-----------------------|
| • in der Rüstung | 35 000 Arbeitsplätze |
| • im Bauwesen | 76 000 zweimal soviet |

- im Gesundheitswesen 77 000
- im Bildungswesen
(Lehrer) 100 000 dreimal soviel
- im Öffentlichen Dienst
132 000 Arbeitsplätze“

(Albrecht, U., „Rüstung und Inflation“, Blätter für Deutsche und Internationale Politik, 1973, Heft 1, S.16-25).

Die DFG-VK hat erst kürzlich berechnet:

- Ein Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie kostet den Steuerzahler ca. 130 000 Euro, eine Gymnasiallehrerin dagegen verdient 52 000 Euro brutto.
- Die Kosten des Baus eines Eurofighters betragen 108 Mio. Euro, das entspricht 2 300 Jahresgehältern für Erzieherinnen.
- Der Bau eines U-Bootes 212A kostet 460 Mio. Euro, das entspricht 10 000 Jahresgehältern für Altenpflegerinnen.
- Der Bau einer Fregatte kostet 124 Mio. Euro, das entspricht 14 000 Jahresgehältern für Lehrerinnen.

Würden entsprechend den Forderungen aus der Pisa Studie in unseren Schulen die Klassenstärken auf ein Niveau gesenkt, wie es in Finnland oder Kuba üblich ist, müssten zusätzlich 230 000 Lehrer und Sozialarbeiter eingestellt werden. Das entspricht der geplanten Personalstärke der Bundeswehr.

Für den Transport von Kriegsgerät und Soldatinnen und Soldaten, für ihre Verlegung in andere Erdteile, ist der Bundesregierung kein Euro zuviel. Für die Auslandseinsätze der Bundeswehr steht Strucks Truppe 1,4 Mrd. Euro Jahr für Jahr zur Verfügung. Damit gibt die Bundesregierung für Auslandseinsätze der Bundeswehr in einem einzigen Monat soviel aus, wie die notwendige Erneuerungsrate für Spielplätze eines ganzen Jahres in ca. 25 Großstädten beträgt. Arbeitsplätze würden dadurch ebenso geschaffen wie durch die Produktion von Hüftgelenken. Die Kosten eines einzigen Eurofighters entsprechen 20 000 Hüftgelenken. Diese will bekanntlich der Vorsitzende der Jungen Union den älteren Menschen in Zukunft vor-enthalten. Das ist infam und inhuman und

nebenbei noch kontraproduktiv für Arbeitsplätze.

Kommunale Friedenspolitik Bremen

In Bremen standen von 1990 – 2000 25,6 Mio. Euro zur Verfügung, um die Umwandlung von Rüstungs- in zivile Arbeitsplätze zu fördern. Als Zentrum der Rüstungsindustrie in Norddeutschland (Marineschiffbau, Marineelektronik, Teile für Tornado, A400M Airbus, Eurofighter) war Bremen besonders von dem Strukturwandel betroffen, der durch den Abrüstungsprozess während der 90er Jahre ausgelöst worden war. 1989 waren 16 % der Arbeitsplätze des verarbeitenden Gewerbes direkt und indirekt sowie 9 % direkt rüstungsabhängig. Im Vergleich zu seinem Anteil am Bruttoinlandsprodukt war Bremen zu diesem Zeitpunkt das rüstungsabhängigste Bundesland. Ein Gutachten der EU-Kommission betrachtete fast 30 000 Arbeitsplätze in Bremen als bedroht (einschließlich der Beschäftigten in den Kasernen und der Rüstungsforschung).

Das Land Bremen entwickelte in den frühen 80er Jahren das „Wirtschaftspolitische Aktionsprogramm“. Es wurde von 40 Mio. Euro im Jahre 1983 auf über 300 Mio. Euro im Jahr 1999 ausgeweitet. Mit Zuschüssen u. a. aus dem EU-Strukturfonds erhöhte sich das Programmvolumen beträchtlich, der daraus gespeiste Fonds bediente 25 individuelle Förderprogramme. Dazu zählte auch das „Bremische Konversionsprogramm“, das der Senat 1992 beschloss. Es wurde durch die EU-Gemeinschaftsinitiative KONVER kofinanziert. In diesem Rahmen wurde von 1992 – 2000 ein Konversionsbeauftragter Prof. Wolfram Elsner ernannt, sowie ein „Beraterkreis Bremisches Konversionsprogramm“ und eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe gebildet. Es wurden 60 betriebliche Konversionsprojekte, 12 konversionsrelevante infrastrukturelle Projekte sowie einige Ausgründungen, Beschäftigungsgesellschaften und individuelle Existenzgründer gefördert. Die meisten hatten einen betrieblichen Konversionsbeauftragten, einige betriebliche Konversionsrunden.

„Fast ein Drittel der Rüstungsbeschäftigten, die zwischen 1992 und 2000 – statisch gesehen – ihren Rüstungsarbeitsplatz

verloren“, wurden „durch innerbetriebliche Konversion in den zivilen Bereich übergeführt (...) eine fast 15 %-ige Konvertierung der rüstungsabhängigen Arbeitsplätze von 1990 bis zum Jahr 2000. In zehn Jahren und Zeiten, in denen sich der Arbeitsplatzabbau im gesamten Verarbeitenden Gewerbe deutlich beschleunigt hat, wurden 30 % der statistisch verschwundenen Rüstungsarbeitsplätze aktiv konvertiert. Hierdurch hat sich die Rüstungsabhängigkeit der befragten Unternehmen deutlich reduziert. Der Anteil der direkt rüstungsabhängigen Arbeitsplätze an der Gesamtbeschäftigung im verarbeitenden Gewerbe des Landes hat sich von 9 % im Jahr 1989 auf 5 % im Jahr 1997 reduziert“, (W. Elsner, „Konversion als lokale Industriepolitik“ in „Rüstungsstandort Bremen“, Mai 2003, IGM Bremen oder Internet).

Auch Unternehmen, die sich nicht um Konversionsmittel beworben hatten, betrieben Konversion. Eine ehemalige Marinewerft konvertierte ohne öffentliche Förderung die Hälfte ihres Produktionspotentials in nicht militärische Märkte. Hierzu zählen Luxusyachten und schnelle Fähren.

„Insgesamt war dieser industriepolitische Ansatz in dem Sinne erfolgreich, dass er einen beträchtlichen Anteil der Produktion, des F&E-Potentials und der Beschäftigung während der neunziger Jahre aufrechterhalten und in der Region halten konnte, der ansonsten mit erheblicher Wahrscheinlichkeit vernichtet worden wäre.

Während die Produktivität und der steigende Wettbewerbsdruck die Unternehmen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre dazu veranlasst hat, Entlassungen sowohl im zivilen als auch militärischen Bereich vorzunehmen, war das Ergebnis für die Region insoweit positiv, als eine diversifizierte, innovativere und nachhaltigere industrielle Struktur entstanden ist, sich die Anzahl der Unternehmen stabilisiert hat und sich die regionalen Netzwerkstrukturen verbessert haben.“ (Elsner, siehe oben).

Die Bedingungen, die zur Konversion führten, ergaben sich nicht von selbst, da Unternehmen nicht automatisch mit einer

Diversifikations- oder gar Konversionsstrategie auf drastisch schrumpfende Märkte reagieren. Ihr spontanes Reagieren ist abwarten, alle Optionen offen halten bis hin zur dual-use-Strategie. Auf neuen zivilen Märkten waren sie oft mit dem Problem konfrontiert, dass die Märkte für Umwelt-, Transport oder Kommunikationstechnologie bereits von jungen kleinen oder mittelgroßen Unternehmen bedient wurden.

Im Rahmen der Konversionsförderung wurde den Unternehmen verlässliche, mittelfristige, koordinierende Unterstützung, die auf Umstrukturierungsplänen basierte und zwischen den Unternehmen und den öffentlichen Akteuren abgestimmt war, angeboten. Obwohl das Bremer Projekt ein kleines Programm war, wurde es insbesondere in dem Zeitraum zwischen 1990 und 1995 gerne angenommen (Elsner).

Bitter ist, dass in Bremen innerhalb von 10 Jahren 25,6 Mio.. Euro für Konversion zur Verfügung standen. 35,9 Mio.. Euro schwer ist dagegen allein der neueste Rüstungsauftrag für die Region (taz, 8. 7. 2002). Deutlich zeigt sich auch in Bremen, Konversion ist technisch und ökonomisch möglich und sinnvoll, aber sie muss politisch gewollt sein. Das wird nur mit Druck derjenigen möglich, die an dauerhaften, nachhaltigen ökologisch sinnvollen und sozial nützlichen Arbeitsplätzen interessiert sind: die Beschäftigten einer Region selber.

Die Bedingungen in Bremen waren u. a. deswegen so gut, weil dort bereits in den 70er Jahren ein Netzwerk von Arbeitsgruppen entstanden war, das sich mit der Konversionsproblematik und alternativer Produktion befasst hatte. Inspiriert von den Beschäftigten von Lucas Aerospace hatten diese Gruppen zahlreiche Vorschläge für neue zivile Produkte ausgearbeitet.

So war das Netzwerk gut vorbereitet, als 1990 eine neue breitere gesellschaftliche Debatte um Konversion begann. Noch heute arbeitet der IG Metall Arbeitskreis „Alternative Produktion“ in Bremen. Im Februar 2004 wurde ein gewerkschaftliches Bildungsseminar zur „Alternativen Produktion“ durchgeführt, zu Themen wie

- Regenerative Energie (z. B. Fotovoltaik, Solarkollektoren, etc.)
- Neue Antriebe für Fahrzeuge (z. B. Elektrizität, Wasserstoff, Pressluft).

Loks statt Leos

Als der Rheinmetall-Konzern beschloss, seine Panzerfertigung in Kiel einzustellen und zu verlagern, erstritten Belegschaft, Betriebsrat und der Arbeitskreis „Alternative Produktion“, dass der Lokbau in Kiel blieb. Der Übergang zur Vossloh Schienenfahrzeugtechnik führte dazu, dass kein Rüstungsarbeiter arbeitslos wurde. Die damalige Panzerhalle wurde zur Mehrzweckhalle umfirmiert. Liegenschaften, Halle und Arbeitnehmer wurden zivil genutzt bzw. beschäftigt.

Auch in Baden-Württemberg entwickelte sich in einem Betrieb, der im Telekommunikationsbereich für die Bundeswehr produzierte, ein IGM-Arbeitskreis Alternative Produktion aus Ingenieuren, Entwicklern und Vertriebsleuten. Im KIT (Kaufleute, Ingenieure, Techniker) wurden, gemeinsam mit der Belegschaft, über 100 Vorschläge entwickelt, die, als es zum verstärkten Arbeitsplatzabbau kam, auf mehreren Betriebsversammlungen eine Rolle spielten.

Die Öffentlichkeitsarbeit der IG Metall mit Flugblättern, offenen Briefen, Berichten und Fragen auf den Betriebsversammlungen hatten die Ergebnisse des Arbeitskreises zum betriebspolitischen Thema gemacht. Es entstand ein großes Protestpotential gegen den geplanten Arbeitsplatzabbau, der dadurch verzögert und verringert wurde. Einzelne Vorschläge wurden im Konzern, später auch im konkreten Betrieb realisiert.

Der Arbeitskreis Windkraft der IG Metall hat im Juni 2003 gemeinsam mit anderen einen Branchenworkshop zum Thema Windkraft durchgeführt. Ziel war die Sicherung und Entwicklung von Arbeitsplätzen in der Zukunftsbranche und ein Sprachrohr der Beschäftigten in der Branche aufzubauen und den Erfahrungsaustausch zwischen den Betriebsräten zu organisieren.

Diese Beispiele, wie auch andere zeigen, dass es immer einer politischen Basis-Bewe-

gung bedarf, um der Konversion eine Stimme zu geben. Eine breite politische Basisbewegung entstand bisher aber immer erst, wenn es um den Abbau von Arbeitsplätzen ging.

Rüstungsarbeitsplätze-teuerste Arbeitsplätze

Rüstungsminister Peter Struck geht da anders vor, Arbeitsplätze durch Konversion sind nicht sein Ding. Für die Verlegung Deutscher Truppen, damit „die Sicherheit der Bundesrepublik (...) auch am Hindukusch verteidigt“ werden kann, hat er 60 Airbusse Typ A400M bestellt für 8,3 Mrd. Euro unserer Steuergelder. Nur zwei Kriegstruppentransporter weniger – und das Problem kostenloser Schulbücher wäre gelöst, Rüstungskonversion inbegriffen. Denn Handbücher für einen einzelnen Airbus kosten allein 390 000 Euro, Werkzeugsatz für Wartung und Bordwerkzeug 125 000 Euro. Im letzteren sind laut Vertrag Werkzeugbox, Trittleiter, Radwechselsatz und ein Set zum Öl nachfüllen. Leicht verdientes Geld für die Rüstungskonzerne. Konversion plus Umschulungsmaßnahmen betroffener Ingenieure und Facharbeiter könnten statt solcher Profite sinnvoll finanziert werden.

Wenn der Staat Steuermittel für soziale Bereiche ausgibt, so sind dies zu über 90 % Löhne und Gehälter. Bei der Beschaffung von Waffen wird weniger als die Hälfte der Ausgaben für Löhne und Gehälter verwendet. Der Aufwand für Arbeitsmittel, Rohstoffe und Energie ist sehr hoch, dazu kommt noch die Gewinnspanne für die Unternehmen. Ginge es nur um die Schaffung von Arbeitsplätzen, müssten LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen, Steuerfachleute und Pflegekräfte eingestellt werden.

Trotz Sparmaßnahmen in fast allen anderen Haushaltsbereichen bleibt der Rüstungsetat fast unangetastet. Der drittgrößte Posten im Bundeshaushalt, z. Zt. 24,4 Mrd. Euro, wird für Waffen und Soldaten ausgegeben. Um die teuren Waffenkäufe möglich zu machen, werden andere Kosten bei der Bundeswehr reduziert. Kasernen werden geschlossen, die Zahl der Soldaten reduziert. Trotzdem sieht die langfristige Planung der Bundeswehr ab 2007 eine Erhöhung des Bun-

deswehretats um 1 Mrd. Euro vor. Kritiker gehen aber davon aus, dass das für die ehrgeizigen Pläne nicht reichen wird!

Konversion – schrittweise und nachhaltig

Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Abrüstung nicht unmittelbar zu Einsparungen und Konversion nicht 1 zu 1 zu zivilen Arbeitsplätzen führt. Denn es gibt nicht nur eine gigantische Anzahl von Soldaten und Soldatinnen, sondern auch von zivilen Angestellten bei der Bundeswehr und nicht zuletzt Hunderttausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in der Rüstungsproduktion tätig sind. Auch an die gesamten Zulieferer und Gewerbetreibenden, die von der Bundeswehr und Rüstungsfirmen mit ihren Arbeitsplätze abhängen, müssen wir denken. Hier von jetzt auf gleich ohne Alternativen den Hahn abzudrehen, würde für die Betroffenen zu massiven Verwerfungen führen. Das hieße auch die Binnennachfrage weiter zu schwächen.

Deswegen brauchen wir ein umfassendes nachhaltiges Rüstungs- und Standortkonversionsprogramm, das auf mehrere Jahre angelegt ist. Es muss sicherstellen, dass die bisher im Militär- und Bundeswehrebereich Tätigen nicht in die Arbeitslosigkeit gestürzt werden, dass die im militärischen Sektor erworbenen Kompetenzen für zivile Zwecke nutzbar gemacht werden, und dass die durch Abrüstung frei werdenden Mittel für andere öffentliche Investitionen genutzt werden.

Die Gewerkschaften fordern zur Belegung der öffentlichen Infrastruktur ein 20 Mrd. Investitionsprogramm. Finanziert werden könnte es durch die Erhebung einer Vermögenssteuer von 1 Prozent auf Vermögen von über 500 000 Euro, aber auch durch die schrittweise Kürzung von Geldern für Militärgüter der neuen weltweiten Interventionsarmee. Eine solche Politik würde zu mehr gesellschaftlicher Wohlfahrt führen; denn wenn die Ressourcen nicht mehr in die Rüstung und Militärtechnik gesteckt werden, dann werden zusätzliche Werte für die Menschen geschaffen, die auch gesellschaftlich genutzt werden, wie z. B. Umweltschutz, Öffentlicher Nahverkehr, Bildung und Kinderbetreuung, Schulen, Krankenhausbetten,

Infrastrukturen für Tourismus und vieles mehr. Dies ist bei Rüstungsgütern gerade nicht der Fall, hier können wir von Glück reden, wenn sie nicht genutzt werden. Hinzu kommt zum anderen, dass im zivilen Bereich investierte Mittel zu mehr Arbeitsplätzen führen als in der Rüstungsindustrie.

Es ist leider immer noch so: Kaum etwas ist derzeit so profitabel, wie der Rüstungsproduktion. Auch Prof. Bontrup weist nach, dass die Preisbildung, als eine Art Vehikel-Funktion bei der Realisierung von überproportional hohen Rüstungsprofiten verantwortlich zeichnet. Die sogenannten Selbstkostenpreise garantieren den Rüstungsanbietern, dass sie ihre vorkalkulierten bzw. tatsächlich entstandenen Kosten vom Staat, aufgrund einer Nachfrageverpflichtung der produzierten Rüstungsgüter, einschließlich eines Profitaufschlages auf die Kosten erstattet bekommen (Bontrup, Preisbildung bei Rüstungsgütern, 1986). Außerdem sehen sich die staatlichen „Kunden“ in strategischen Sektoren nur einem Lieferanten gegenüber, was zu hohen Preisen führt. Auch die Stückkosten steigen, weil der militärische Verlust auf ein Mindestmaß beschränkt werden soll – es also nicht zur Massenproduktion kommt. Dieser friedenspolitische Vorteil in diesem Mordgeschäft ist ökonomisch gesehen für den Staat eben ein Nachteil.

Diese Profite finden sich folglich nicht in den Taschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder. Sie können den Konsum und die Nachfrage nicht beleben. Hingegen wäre die Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt auch ökonomisch sinnvoll, weil die Nachfrage angekurbelt und dadurch die Konjunktur belebt wird. Wäre es also nicht vernünftiger, sozialer, umweltfreundlicher, beschäftigungswirksamer statt eines neuen militärischen Transportflugzeuges 572 Berufsschulen zu bauen und statt 180 Eurofighter 250.000 Sozialwohnungen?

Berufe der Beschäftigten

Heute ist überall in der Wirtschaft lebenslanges Lernen angesagt. Zwei- bis dreimal im Leben muss heute jeder einen neuen Beruf erlernen, lassen uns die Industriebosse ständig wissen. Wäre es da nicht sinnvoll

- für einen Ingenieur, der Eurofighter konstruiert, umzulernen und z. B. ein hochqualifizierter Ausbildungsingenieur an einem Berufschulzentrum oder im Umweltschutz zu werden?
- für einen Piloten eines militärischen Transportflugzeuges komplizierte Aufträge in einem besser ausgestatteten Technischen Hilfswerk zu übernehmen oder auch etwas ganz anderes zu machen, z. B. als hochqualifizierter Architekt gut durchdachte Sozialwohnungen zu entwerfen und zu bauen?
- wenn ein Koch auf einem Kriegsschiff, Koch in einem Kindergarten würde und dabei neueste ernährungswissenschaftliche Erkenntnisse für die Nahrung unserer Kinder berücksichtigen könnte?

Die Industrie sucht ständig hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Warum sie nicht aus der Rüstungsindustrie nehmen?

Freilich, das Umlernen kostet Geld – aber Geld ist genug da! Geben wir es für Konversionsprogramme statt für Hochrüstung aus. Dies ist kein Selbstläufer. Konversion ist kein plötzlicher Schritt, kein Schritt von heute auf morgen, sondern es bedarf eines nachhaltigen, langfristigen Umbau-Programms, das staatlich unterstützt wird.

Schritte könnten sein: Entlassung von Soldaten altershalber aus der Armee und keine Wiederbesetzung dieser Soldaten- und Offiziersstellen. Jedes Jahr verlassen 20.000 die Bundeswehr. Umschulung und Weiterbildung in Bereichen wie z. B. Spitzentechnologien in Umwelttechnik und Erneuerbare

Energien, Müllvermeidung und –verwertung. Biomasse-Heizanlagen erweisen sich für finanzschwache öffentliche Haushalte als zu teuer, der Anteil der Solar- und Windenergie an der Energieproduktion kann die drohende Ölkrise nicht auffangen.

Weitsichtige Bundespolitik würde schon jetzt - um sich an der Sicherung der Energie mit Waffengewalt nicht zu beteiligen - in jede Hochtechnologie investieren, die Energie sparen hilft und sie bezahlbar macht.

Wir brauchen Kümmerer zur Energiereduzierung und Konversionsworkshops, sowie eine gesellschaftliche Debatte über Rüstungs- und Standortkonversion. Sie betrifft nicht nur die Bundeswehr und die Rüstungsproduzierenden Konzerne sondern auch die mit der Logistik befassten Firmen, wie z. B. die Bremer Lagerhaus Gesellschaft, die Rüstungsgüter verschifft, die verdeckte militärische Grundlagenforschung an Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. Sie betrifft die Kooperationsverträge der Bundeswehr mit Krankenhäusern, die BW-Fuhrpark-Service GmbH mit der privaten Fahrzeugflotte der Bundeswehr, die LH Bundeswehr Bekleidungsgesellschaft, das Konsortium TIS (das aus der Deutschen Telekom, IBM und Siemens Business Services), das das 6,5 Mrd. Euro teure Herkules Projekt, die geplante Auslagerung des Computer- und Telefonsystems der Bundeswehr betreiben wird und natürlich die *g.e.b.b.*, die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb, die die Bundeswehr von allen Aufgaben entlasten soll, die nicht militärische Kernaufgaben sind.

Gelungene Konversion: Energielandschaft Morbach

RICHARD PESTEMER, VEREINIGUNG BÜRGER FÜR BÜRGER

Basisdaten:

- US-Munitionslager Morbach/Hunsrück
- 1957 bis 1995 größtes Munitionslager (145 ha) in Zentraleuropa
- Westernpark? Nein Danke-Energieland-schaft!

In Rheinland-Pfalz zählt die Umwandlung des ehemaligen US-Munitionslager Morbach im Hunsrück in eine "Energielandschaft" zu den Erfolgsgeschichten in Sachen gelungener Konversion. Von 1975 bis 1995 war Morbach mit seinen 145 ha das größte Munitionslager in Zentraleuropa. Während des Irakkrieges unter der Ära von Bush sen. wurde von dort der Hauptteil der Bombenfracht auf den Irak herangeschafft.

Ursprünglich wurde nach der endgültigen Auflösung des US-Munitionslagers im Jahr 1995 im Zuge neuer strategischer Vorwärtsüberlegungen des Pentagons von der Einheitsgemeinde Morbach die Anlegung eines Western-Vergnügungsparks geplant.

Diese Planungen wurden schließlich verworfen und stattdessen wurde eine großangelegte "Energielandschaft" mit derzeit 14

Windkraftanlagen plus 500 qm Photovoltaikmodulen installiert. Morbach mit seinen ca. 8000 Einwohnern kann dank der Energielandschaft die Stromversorgung von 13 000 Haushalten gewährleisten. Zudem werden jährlich durch die saubere Wind- und Sonnenenergie 25 000 Tonnen des klimaschädlichen Kohlendioxyd eingespart. Kurzum: Die Einheitsgemeinde Morbach hat sich innerhalb Rheinland, welches weitgehend von Energieimporten so auch vom AKW Cattenom abhängig ist, zum regionalen Stromexporteur entwickelt.

Die Installation der Energielandschaft hat kurzfristig Arbeitsplätze im Umweltbereich Windenergie geschaffen, wirkt sich aber auch mittel- und langfristig im Bereich "Sanfter Umwelttourismus" positiv aus. Es ist geplant, in Zusammenarbeit mit dem Umweltcampus von Birkenfeld der Fachhochschule Trier ein Infocenter "Tourismus und Umweltcenter" auf dem Gelände der Morbacher Energielandschaft zu installieren. Von Umweltfachtagungen in Morbach dürfte der regionale Tourismus nachhaltig profitieren.

Neben den schon vorhandenen Windkraft- und Photovoltaikanlagen sollen Biomasseprojekte (Biogas, Holzpelletierung/ Klärschlamm, ...) realisiert werden.

Diese Zukunftspläne tragen dazu bei, dass regional der neue ausschließlich aus erneuerbaren Energien bestehende "Neue Energiemix" mit der Biomasse als Grundlast den "alten Energiemix" mit Atomenergie, Kohle und Erdöl als nicht erneuerbare Grundlast ablösen wird. Die "Konversion" spricht Umwandlung des alten hin zum neuen Energiemix konkretisiert sich in der Symbolik "Schwerter zu Pflugscharen". Kriege um die Aneignung von nicht erneuerbaren und klimazerstörenden Energieträgern zu führen



Energielandschaft Morbach

wird schlicht und ergreifend sinnlos und absurd. Es werden zudem Arbeitsplätze in der Region geschaffen und die regionale Wertschöpfung fließt anders als bei den Petro-Dollars nicht in die Taschen von Großkonzernen und Ölscheichs.

(Foto: R. Pestemer)



Wind

(Foto: Einheitsgemeinde Morbach)



Biogas

(Foto: Einheitsgemeinde Morbach)



Solar

Wind plus Photovoltaik

- 14 Windräder mit je 2 MW plus 5 000 qm Photovoltaikmodule: Stromversorgung von 13 000 Haushalte (28,5 MW)
- 136 Millionen KW Primärenergie-Einsparung (Kohle, Öl, Erdgas, Kernenergie)
- Einsparung 25 000 Tonnen Kohlendioxyd
- Morbach ist regionaler Stromexporteur

Sanfter Umwelttourismus

- Geplant: Infocenter „Tourismus und Umweltschutz“ (provisorisch vorhanden)
- Weitere Forschung: Stoffstromanalyse in der Region: Biogas / Holz-Pellettierung / Klärschlamm....
- Grundlast neuer Energiemix: Biomasse / Wasser plus Wind / Sonne

Neuer Energiemix aus Wind, Biogas und Solar

Boomtown Bitburg

Konversion der US Air Base Bitburg

VON LUDWIG KEWES, EßLINGEN/EIFEL

(Foto: Herbert Kronenberg)



Konversionsgebiet Bitburg

Der folgende Artikel gibt einen kurzen Überblick über den Verlauf und der Ergebnisse der Konversion auf dem früheren Flugplatz der US-Streitkräfte in Bitburg.⁽¹⁾

Der Flugplatz Bitburg feiert 1993 sein 40jähriges Bestehen. Es soll einer der letzten militärischen Feiern dort werden. Schon zur gleichen Zeit tauchen wegen der Abrüstungsverhandlungen in Wien sowie einer Prioritätenliste der rheinland-pfälzischen Landesregierung Gerüchte auf über eine bevorstehende Schließung der US Air Base Bitburg. Nach Dementis der amerikanischen Streitkräfte bis zur letzten Minute gibt Innenminister Zuber am 30. 6. 1993 bekannt, dass diese den Flugplatz zum Oktober 1994 verlassen würden.

Während die einen das lang ersehnte Ende von Fluglärm und Umweltverschmutzung feiern, sitzt der Schock zunächst tief bei vielen Politikern, Arbeitnehmern, Firmen und überhaupt Menschen in der Region, die in irgendeiner Weise von der Anwesenheit des Militärs profitieren. Auch in dieser Zeit hat Deutschland schon Wirtschaftsprobleme, und

es ist zunächst keinerlei Lösung in Sicht, was auf und mit dem Flugplatz passieren soll. Doch schon bald beginnt man, daran zu arbeiten.

Erste Aktivitäten

Ende 1993 erhält die Hamburger Immobilienfirma Angermann den Auftrag, ein Nutzungskonzept für das Flugplatzgelände zu erstellen und es zu vermarkten. Schon in diesem Konzept wird das Areal in zwei Bereiche aufgeteilt: Der gewerbliche Teil umfasst Handwerk und Gewerbe, Hotels, Sport- und Freizeiteinrichtungen, besonders Motorsport, auch auf einem Teil der Landebahn. Der fliegerische Teil ist relativ klein. Vorgesehen ist Luftfahrt mit kleinen Flugzeugen. Das Gelände wird Großinvestoren auf internationaler Ebene erfolglos angeboten.

Nach langen Diskussionen wird im März 1994 der Zweckverband Flugplatz Bitburg gegründet. Darin vertreten sind die Kommunen, auf deren Gemarkung der Flugplatz liegt, nämlich Bitburg, Röhl und Scharfbillig, ferner die Verbandsgemeinde Bitburg-Land und der Kreis Bitburg-Prüm. Im Zweckverband werden Planung und Vermarktung des Flugplatzes entscheidend vorangetrieben.

Am 30. September 1994 endet nach 42 Jahren die Geschichte der US-Streitkräfte auf dem Flugplatz Bitburg mit einer Feierstunde.

Internationaler Verkehrsflughafen

Am gleichen Tag wird zwischen der Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Flugplatz Bitburg – EBFB – und dem Bund ein Vertrag über die zivile Nutzung des fliegerischen Teils (ca. 190 ha) des Flugplatzes geschlossen. Die im Mai 1994 gegründete EBFB (Gesellschafter: die Bitburger Brauerei, die Bauunternehmen Marder und Reichle sowie der

Flugsportverein Bitburg) erhält unentgeltlich den unter NATO-Reservestatus stehenden Teil zur Nutzung, muss aber für die Instandhaltung sorgen.

Ebenfalls an diesem Tag stellt die EBFB ihren Plan vor, zur Schaffung möglichst vieler Arbeitsplätze in Bitburg einen internationalen Verkehrsflughafen zu bauen und fordert die finanzielle Beteiligung der öffentlichen Hand.

Vermarktung – aber wie?

Nachdem die Bemühungen um einen Großinvestor gescheitert sind, entschließen sich die Verantwortlichen, das Gelände kleinteilig zu vermarkten. Bereits im Dezember 1994 machen 67 Unternehmen, überwiegend aus der Region, Angebote für 80 ha.

Im Oktober 1994 findet in Bitburg eine Konversionskonferenz unter Beteiligung von Bund, Land, Kommunen sowie Vertretern von Wirtschaft und Arbeitnehmern statt. Noch gehen die Interessen weit auseinander: Der Bund als Liegenschaftseigentümer möchte einen möglichst hohen Verkaufserlös erzielen, ist aber angewiesen auf Erschließung und Schaffung einer neuen Infrastruktur, damit überhaupt eine Vermarktung stattfinden kann. Die kommunale Seite ist auf eine hohe finanzielle Beteiligung von Bund und Land angewiesen, um neben der Bauleitplanung überhaupt die Grundlagen für die Ansiedlung von Unternehmen schaffen zu können.

Zu dieser Zeit haben dank aktiver Arbeitsmarktpolitik und nicht zuletzt auch der Aufnahmefähigkeit des Luxemburger Arbeitsmarktes viele der 600 Zivilbeschäftigten des Flughafens einen neuen Arbeits-

platz gefunden; ferner wird ein Teil von der Air Base Spangdahlem übernommen. Die Housing Bitburg bleibt bestehen.

Das Bitburger Modell

Nach anhaltenden heftigen Diskussionen werden schließlich im Bundeskanzleramt in Bonn die Weichen für das so genannte Bitburger Modell gestellt, das sich bis heute als sehr erfolgreich erwiesen hat. Im Juli 1995 wird in einem städtebaulichen Vertrag die Kooperation von Bund, Land und Zweckverband Flugplatz Bitburg geregelt. An den erwarteten Gesamt-Erschließungskosten des Flugplatzgeländes in Höhe von 36,7 Millionen DM beteiligt sich der Bund mit 50 % und das Land mit 45 %. Der Zweckverband hat 5 % zu übernehmen. Damit beteiligt sich zum ersten Mal der Bund finanziell an der Konversion eines militärischen Geländes. Weiterhin erweist sich als positiv, dass neben dem Zweckverband auch der Bund über Jahre mit einem Büro auf dem Flugplatz vertreten ist, so dass die notwendige Abstimmung bei der Vermarktung erheblich erleichtert ist.

Fliegerische Nutzung

Während es so auf dem gewerblichen Teil Schritt für Schritt vorwärts geht, kommt die fliegerische Nutzung nur langsam voran. Nach Anhörung der kommunalen Seite, die sich mehrheitlich für die Einrichtung eines Verkehrsflughafens mit 24-Stunden-Betrieb ausspricht, lehnt die Landesregierung im Juni 1995 dieses Vorhaben ab; sie begrüßt allerdings die Nutzung der ehemaligen Air Base als Verkehrslandeplatz. Nachdem Zweckverband und Land sich bereit erklärt haben, die



Ein ehemaliger Bunker wird zum modern gestalteten Schreinereibetrieb



(Fotos: Herbert Kronenberg)

Kosten des Genehmigungsverfahrens weitestgehend zu übernehmen, stellt die EBFB im Oktober 1996 den Antrag auf zivile Mitbenutzung des Militärflugplatzes als Landeplatz mit Tag- und Nachtbetrieb. Während ein Teil der Bevölkerung diese Pläne in der Hoffnung auf viele Arbeitsplätze begrüßt, fürchten andere um Nachtruhe und Gesundheit. Der neu gegründete Verein „Bürger gegen Nachtflug“ macht Öffentlichkeitsarbeit und sammelt 2000 Einwendungen gegen die Landeplatzpläne.

Im Mai 1998 erteilt die Bezirksregierung Trier die Genehmigung für einen Verkehrslandeplatz, allerdings nur im Sichtflugverkehr mit Flugzeugen bis zu 14 t Abfluggewicht und der weiteren Beschränkung auf sechs Nachtflugbewegungen. Die Genehmigung für Instrumentenflug mit größeren Maschinen scheitert bis auf Weiteres an finanziellen Gründen sowie Problemen mit der benachbarten US Air Base Spangdahlem. Gegen die Genehmigung gehen zwei Kläger mit Unterstützung der Bürgerinitiative und vieler Einzelpersonen gerichtlich vor. Einem ersten Erfolg beim Oberverwaltungsgericht Koblenz folgen Niederlagen beim Bundesverwaltungsgericht Berlin und nach Rückverweisung in Koblenz. Die 1998 erteilte Genehmigung wird nach jahrelangem Verfahren und erneuten Gutachten schließlich im Februar 2003 rechtskräftig. Zuvor, nämlich im Mai 2002, haben die Kreise Bitburg-Prüm, Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich und Daun, die Stadt Trier, die Industrie- und Handelskammer Trier sowie die Handwerkskammer Trier die Flugplatz Bitburg GmbH als Betreiber des Verkehrslandeplatzes gegründet, während sich die EBFB als stiller Gesellschafter in die zweite Reihe zurückgezogen hat.

Erfolgreiche Gewerbeansiedlung

Anfang 1998 sind bereits 100 Unternehmen mit über 600 Vollzeitarbeitskräften auf dem Flugplatz angesiedelt. 80% der Gewerbeflächen sind veräußert.

Im Jahr 2004 haben auf 150 ha 1.200 Arbeitnehmer eine Beschäftigung bei 160 Unternehmen der verschiedensten Branchen

gefunden. Da ein weiterer Vermarktungsbedarf besteht, sollen zusätzliche 55 ha Gelände erschlossen werden, die ursprünglich als Ausgleichsflächen geplant waren. Der dazu erforderliche städtebauliche Vertrag wird im Juli 2004 geschlossen mit der folgenden Verteilung der Kosten in Höhe von 9,2 Mio. Euro: Bund 50%, Land 40%, Zweckverband 10%.



(Foto: Herbert Kronenberg)

Neuansiedlung: Europäisches Berufsbildungswerk

Auf dem fliegerischen Teil sind mittlerweile ein Flugzeugbauer und eine Hubschrauberfirma insolvent. Die Ansiedlungspläne eines Jet-Lackierers haben sich zerschlagen. Ein Flugplatzfest beschert der Stadt Bitburg ein Minus von 40 000 €. Die Zahl von 2000 Flugbewegungen im Jahr 2003 wirft ein Licht auf Notwendigkeit und Bedeutung des Verkehrslandeplatzes Bitburg.

Fazit

Bei aller Kritik an einzelnen Punkten ist die Konversion auf dem Flugplatz Bitburg dank des Engagements der Beteiligten eine Erfolgsgeschichte – mit Ausnahme der fliegerischen Nutzung.

Eine wesentlich ausführlichere Darstellung der Jahre 1993 – 1998 findet sich in dem Buch „Flugplatz Bitburg, Militärstandort und Wirtschaftsfaktor einer Region“, Hrsg.: Zweckverband Flugplatz Bitburg, Bitburg 1998.

Konversion in Nordrhein-Westfalen

INFORMATIONEN UND BEISPIELE ENTNOMMEN DEM GLEICHNAMIGEN FILM, UNS FREUNDLICH ZUR VERFÜGUNG GESTELLT DURCH DAS BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION (BICC) STAND OKTOBER 2001,
ZUSAMMENFASSUNG: MARIA KRONENBERG, AG FRIEDEN E.V.

- **Wegberg- Wildenrath**

früher: britische Airbase, 520 ha Gelände, 600 zivile Arbeitsplätze

heute: Bahnkompetenzzentrum, hauptsächlich Schienenfahrzeug-Testgelände mit 6,6 km langem Testweg, wird international genutzt, außerdem Gewerbegebiet mit Ansiedlung von Anlagentechnik und einer Ausbildungsstelle für Schweißtechnik, bisher insgesamt 12 Unternehmen mit 480 Arbeitsplätzen, weitere werden erwartet.

- **Wuppertal- Elberfeld**

früher: Kasernen, 54 ha Gelände

heute: Technologiepark, vor allem Automobilzulieferungsbetrieb mit großem repräsentativem Gelände, weiterer Ausbauschritt: Forschung und Technologie der Gesamthochschule Wuppertal mit passendem Wohnraum und Erholungspark; bis zu 2000 neue Arbeitsplätze.

- **Deilinghofen bei Hemer**

früher: englische Kasernen, 27 ha Gelände

heute: Gewerbepark. 17 ha und die darauf bestehenden Gebäude überwiegend genutzt von metallverarbeitender Industrie, 10 ha vermarktet zur Ansiedelung weiterer Betriebe.

- **Köln- Ossendorf**

früher: Kaserne der belgischen Streitkräfte, 60 ha Gelände

heute: reines Wohngebiet für 4000 Menschen mit Kindergärten, Jugendzentrum und attraktiver Grünfläche. Blockheizkraftwerk, mit dem kostengünstig und ökologisch Heizungswärme und Strom erzeugt wird. Durch Abriss, Bau und Unterhaltung viele Aufträge an regionale Wirtschaft.

- **Detmold-Hohenlohe**

früher: britischer Fliegerhorst, 56 ha Gelände
Situation nach Abzug: 2000 Wohnungen leer, gewerbliche Räume Mangelware

heute: Nutzung der Gebäude für zur Einrichtung verschiedener Schulen und für Einzelhandel. Neubau eines Psychiatrischen Zentrums zur gemeindenahen Betreuung der Patienten, Ansiedlung von Kunststoff-Industrie und die Einrichtung eines Museums für Kunstdrachen in einer Flugzeughalle, das Besucher aus ganz Deutschland anzieht.

- **Detmold- Innenstadt**

früher: Kaserne der englischen Streitkräfte, 3,4 ha Gelände

heute: Gebäude umgebaut für Fachhochschule für Bauingenieurwesen Lippe und Neubau einer Grundschule. Weitere Planungen stehen noch aus.

- **Kevelar-Den Heyberg**

früher: Munitionsdepot mit 325 Bunkern, 150 ha Gelände, 100 zivile Arbeitsplätze



Traberbahn auf dem ehemaligen Militärgelände

(Foto: www.denheyberg.de)

heute: Als herausragendes Projekt gilt ein Traberpark mit Trainingszentrum, Rennbahn und Ställen sowie einem Kasino mit Wettbüro. Außerdem hat sich ein Logistikzentrum angesiedelt, Bunker werden als Lager genutzt, beispielsweise als Aktenlager der Staatsanwaltschaft. Eine holländische Firma nutzt das gleichbleibende Klima in den Bunkern zur Champignonzucht. Noch in Planung: Touristik-Ausbau, wie Ferienwohnungen in den Bunkern mit Reitsportmöglichkeiten. Bisher 350 neue Arbeitsplätze, viele weitere werden durch Touristikausbau noch entstehen.

Besonders dieses Konversionsgebiet steht für die kreative Umsetzung von innovativen Ideen und wird als besonders gelungenes Beispiel gerne von Gemeindevertretungen und Stadträten besichtigt, die Konversionsaufgaben noch vor sich haben.

Dazu dokumentieren wir einen Artikel aus dem Trierischen Volksfreund, Wochenendjournal, vom 11. 6. 2005:

Ferien im Nato-Bunker

Ziviler Wandel in Kevelaer

Der erste Blick über Den Heyberg bietet ein eher eintöniges Bild: Bunker neben Bunker, 325 Stück, jeder mit olivgrünem Panzertor, die Dächer mit Bewuchs getarnt. Hier in Twisteden nahe des berühmten niederrheinischen Wallfahrtsorts Kevelaer betrieben die Amerikaner bis 1992 ein riesiges Munitionslager der Nato. Jetzt kann man im Bunker Ferien machen. Wer einen zweiten Blick auf Den Heyberg riskiert, ist verblüfft: In zehn Jahren ist auf einer Fläche, viermal so groß wie Vatikanstadt, ein vielseitiger Park mit Ferienhäusern, Unternehmen und Pferdeställen entstanden. Die Wirtschaft boomt: Wo früher Bomben und Granaten aufbewahrt wurden, wachsen Champignons und reift Käse.

Peter Roosen (50), Geschäftsführer der Kommanditgesellschaft Den Heyberg, schließt stolz die Tür zu einem der fertig ausgebauten Domizile auf: „Willkommen im Ferienparadies Den Heyberg!“. Sonne flutet die freundlich eingerichteten Wohn- und

Schlafzimmer. Kein Gedanke an die dunkle Enge eines Bunker-Inneren. Dem Panzertor ist eine schicke Haustür gewichen, eine großzügige Terrasse öffnet sich zu einem 1200 Quadratmeter großen Garten. Als die Amerikaner vor 13 Jahren ihr 150 ha großes Munitionsdepot aufgaben, dachten viele nur an Sprengung und Abriss. Der Verlust der Arbeitsplätze schien ohne Ersatz.

Doch eine Hand voll tatkräftiger Bürger wollte keine Ruine vor den Toren des Ortes. Die findige Bürgergemeinschaft hatte originelle und lukrative Ideen. Für eine Million Euro kauften 30 Kevelaerer den früheren Bunkerpark und gestalteten ihn in ein Wirtschafts- und Freizeitzentrum um. Als erstes zogen 250 Traberpferde ein. Lichtkuppeln im 40 Zentimeter dicken Stahlbeton der Bunkergewölbe erhellen geräumige Boxen. Temperatur und Belüftung bieten den Pferden optimale Verhältnisse, das umliegende Waldareal ist ideal. Die Pferde haben eine 5,5 Kilometer lange Bahn durch Wald und Heide. Firmen, Krankenhäuser und Behörden, darunter das Bundeskriminalamt, nutzen die Bunker als verschlussssichere Lager, die Firma Heveco züchtet in 80 Bunkern Champignons. Vom Ferienbunker ist es nicht weit zu den nahen Badeseen, nach Schloss Moyland in Kleve oder zum Archäologischen Park in Xanten.

„*Schwerter zu Pflugscharen*“, die Umsetzung des alten Friedensslogans ist bei uns gelungen“, findet Peter Roosen. Zu Nato-Zeiten arbeiteten in und für das Munitionsdepot rund 100 Menschen. Heute sind in Den Heyberg weit über 400 Arbeitsplätze entstanden.

Eva Gerten (dpa)



Ferienhäuser in ehemaligen Bunkern

III IDEEN ZUR KONVERSION DER AIRBASE SPANGDAHLEM

Was sind echte ökologische Alternativen?

HEIDE WEIDEMANN LANDESVORSITZENDE DES BUND FÜR UMWELT- UND NATURSCHUTZ, RLP

Denkbare ökologische Konversionsprojekte für die Airbase Spangdahlem

Mich ärgert es immer sehr, wenn die Menschen unserer Region sich einreden lassen, sie sei „strukturschwach“. Für mich ist das Gegenteil der Fall. Deshalb sehe ich auch nicht einmal einen wirtschaftlichen (von einem gesellschaftlichen und Friedens erhaltenden mal ganz zu schweigen) Sinn darin, an der Airbase Spangdahlem festzuhalten und dafür sogar Opfer zu bringen.

(Foto Markus Pflüger)



Zerstörte Landschaft zurück gewinnen!

Was können wir tun – positiv?

Da sind erst mal die riesigen Flächen, die anders genutzt werden können. Als Umweltschützerin stößt es mir immer sauer auf, wenn beim Bau von Verkehrs- und Industrieanlagen mit Vorliebe landwirtschaftliche Flächen als „Ausgleich“ oder „Ersatz“ beansprucht werden. Für die neue B 50 sind es in der Wittlicher Senke so viele Flächen, dass

langfristig überlebensfähige Betriebe aufgeben müssten, wenn dieses Projekt wider aller Vernunft doch noch realisiert würde. Und da frage ich mich: „Machten sich solche Ausgleichs- und Ersatzflächen nicht wunderbar auf dem Gelände der Airbase?“

Für den Fall könnte ich mich sogar mit den – von mir sonst eher argwöhnisch betrachteten – Streuobstwiesen anfreunden, die bei der derzeitigen Praxis zwar angelegt, aber dann selten nachhaltig gepflegt werden und so die ihnen zugedachte Ersatz- oder Ausgleichsfunktion nicht einmal erfüllen. In der Obhut von Organisationen wie Bitz e. V. (Streuobst-Initiative Hunsrück e.V.) und Ökologo e.V. hier bei uns könnten wir dafür sorgen, dass eine richtig gute regionale Vermarktung für Saft, Viez und Co. entstünde, zum wirtschaftlichen Nutzen von uns allen. Denn Wertschöpfung bliebe in der Region.

Eine solche regionale Wertschöpfung könnte noch ganz andere Dimensionen erfahren, wenn wir konsequent in die Erschließung erneuerbarer Energien einstiegen. Unsere Region ist gesegnet mit Biomasse wie Holz, aber auch mit Abfällen aus der Landwirtschaft. Dazu könnten in weit größerem Ausmaß als bisher nachwachsende Rohstoffe kommen. Das von der Universität Trier unter Leitung von Prof. Bernd Hamm erstellte Energiekonzept weist nach, dass diese Region – notwendige und machbare Einsparungen vorausgesetzt – sich energetisch selbst versorgen kann. Das ist doch eine politische Herausforderung, die man mit Freude annehmen muss. Mit Holzhackschnitzelheizungen, Biogasanla-

gen, Kraft-Wärme Kopplung, usw. würden, statt weltweit agierende Konzerne, die Menschen hier vor Ort profitieren. Das bedeutet nachhaltige Arbeitsplätze und für die Landwirtschaft verlässliche Zusatzeinkommen. Und dann bräuchte es im Trierischen Volksfreund auch keine halbseitige Berichterstattung über die Geruchsbelästigung beim „Jauchzen“ mehr zu geben, denn Gülle, die ihren Gasanteil in der Biogasanlage nutzbringend abgegeben hat, ist nicht nur verträglicher und besser für die Pflanzen – sie stinkt auch nicht mehr.

Die verkehrsgünstige Lage der Airbase lässt auch daran denken, in unserer Region vermehrt Pflanzenöl als Treibstoff einzuset-

zen, eine weitere Perspektive für Landwirtschaft und Handwerker, die die Umrüstung der Dieselmotoren übernehmen könnten.

All das sind Beweise: friedlich und ökologisch sind wir wirtschaftlich gesund.



(Foto: Herbert Kronenberg)

Streuobstwiese

Risiken des zivilen Flughafens Hahn und das Gegenmodell Ökopolis

Und was bleibt sind der Krach, der Dreck und leere Versprechungen

HANS WERNER JUNG – ATTAC-REGIONALGRUPPE BERNKASTEL/WITTLICH UND BÜRGER-INITIATIVE GEGEN NACHTFLUG HAHN

Sicherlich wird unseren ideenlosen Politikern beim Thema Konversion der US-Airbase Spangdahlem nichts anderes einfallen, als die zivile Nutzung der Base als Frachtflughafen. Schließlich hat man schon Millionen investiert und bei dem boomenden Flug- und Frachtflugverkehr wäre es doch sicherlich auch ein wachstumsorientiertes Zukunftsprojekt mit Tausenden von Arbeitsplätzen! Doch wer dem Wachstumswahn verfallen und Knecht der Wirtschaftsbosse ist, verliert leider das Wichtigste aus dem Blick: die MENSCHEN, die UMWELT, ja die Erde, von der wir leben. Die zivile Nutzung der Airbase Spangdahlem als Flughafen, wäre für die Region Südeifel, den Raum Trier-Wittlich eine Katastrophe.

Der Krach

Wer möchte zukünftig gerne im Aufwachbereich (siehe: Beispielkarte Flughafen Ffm - Anlage) unter Flugrouten, die im 24-Stunden-Betrieb von Großraumfliegern mit über 80 db/a im Start- und Landanflug beschallt werden, wohnen?

Der Dreck

Zwar wird angeblich in der zivilen Luftfahrt der krebserregende Treibstoffzusatz JP 8 nicht verwendet. Doch wer glaubt, dass die Abgase von Jumbos u. ä., die beim Start ein vielfaches an Kerosin verbrauchen, weniger schädlich sind?

Leere Versprechungen

Ein boomender Flughafen schafft Tausende von Arbeitsplätzen! Wer daran glaubt, sollte sich den ehemaligen US-Fliegerhorst Hahn, jetzt Flughafen Frankfurt-Hahn einmal genauer ansehen. Auch hier wurde und wird von ehemaligen und jetzigen Landespolitikern – federführend die Herren Beck und Bauckhage regionale Wirtschaftsförderung und Schaffung von Tausenden von Arbeitsplätzen gesprochen.

Fakt ist jedoch:

in den letzten vier Jahren haben sich etwa 156 neue Firmen (z. T. jedoch nur mit einem Briefkasten) an und um den Hahn angesiedelt. In der gleichen Zeit sind allerdings auch 128 (z. T. nach Abschöpfung der Subventionen) wieder abgewandert. Von den, Anfang der 90er Jahre versprochenen über 10.000 Arbeitsplätzen, gibt es bis heute knapp 3000. Doch sind diese nicht alle neu geschaffen, sondern zum größten Teil von Frankfurt verlagert worden. Und der Rest sind Billig- und Niedriglohnjobs.

Noch geblieben ist der Billigflieger Ryanair. Die zahlt aber auf dem Hahn so geringe Start- und Landegeühren, das

Ryanair-Geschäftsführer O Leary, die Höhe der Gebühren nicht mal seiner Mutter verraten würde – so zu erfahren bei einer Anhörung vor dem irischen Parlament. Nicht umsonst ist der „Hahn“ ein Wirtschafts- und Jobmotor, der immer noch rote Zahlen schreibt. Geblieben ist allerdings auch der Krach, der Dreck und die leeren Versprechungen werden so schnell auch nicht enden. Wie anders würde es heute auf dem Hunsrück aussehen, hätte man dem Konversionsprojekt ÖKOPOLIS (s. u.) eine Chance gegeben.

Ökopolis

Es gibt Alternativen zum Militärischen, aber auch zur zivilen Flugnutzung von ehemaligen Kriegsflughäfen. Der Billig-Flughafen Hahn wird in den Medien immer wieder alternativlos als die Job-Maschinerie der angeblich strukturschwachen Hunsrück-Region dargestellt.

Tatsächlich gab es aber nach der Aufgabe der US-Airbase Hahn zahlreiche Ideen und Vorstellungen, wie diese militärischen Liegenschaften ökologisch und sozial sinnvoll genutzt werden könnten. In der nachfolgenden Studie Ökopolis wurde seinerzeit ein breiter und bunter Fächer von derartigen Alternativen entwickelt.

Die Alternative für die fliegerische Nutzung des Flugplatzes Hahn

EIN DISKUSSIONSPAPIER DER BÜRGERINITIATIVE GEGEN DEN NACHTFLUGHAFEN HAHN

Das Konzept „Ökopolis“ ist in den Jahren 1993-94 als Alternative für die fliegerische Nutzung des Flugplatzes Hahn entstanden. Damals wie heute behaupten die Politiker in Bund, Land, Kreis und den meisten Flughafen-Umlandgemeinden, es gäbe keine wirtschaftlichen Alternativen zum Flugbetrieb. Dem ist nachweislich nicht so!

Bis auf den Regionalrat-Wirtschaft des Rhein-Hunsrück-Kreises, Herrn Lazlo Guyani und die Landesgrünen, hat sich niemand bereit erklärt, sich mit der Alternative der

Bürgerinitiative gegen den Nachtflughafen Hahn zu beschäftigen.

Der Flughafen war auf aller höchster Ebene beschlossene Sache.

Zur Durchsetzung seiner Wahnsinnsidee vom Internationalen Fracht- und Charterflughafen mit uneingeschränktem Nachtflug auf dem Hahn war besonders dem damaligen Wirtschaftsminister Brüderle jedes Mittel recht. Auf Alternativen angesprochen machte er sich regelmäßig lustig; zum Beispiel meinte er zur touristischen Entwicklung des Huns-

rück, dass hier „die Sommer zu kalt und die Winter zu warm“ seien, als dass der Tourismus eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Region befördern könne.

Auch machte er drastisch und unmissverständlich deutlich, dass entweder der Flughafen in der Region akzeptiert würde, oder stattdessen Nichts käme. Der Hunsrück als Schafweide machte damals die Runde durch fast alle offiziellen Reden. Natürlich fanden sich etliche Bürger in den Umlandgemeinden, die entweder aus Angst um ihre Zukunft, durch ihre eigene Geschichte als Zivilangestellte auf der Airbase oder als Mitläufer, die Sonntagsreden der Offiziellen begierig aufnahmen, die zumeist platten Argumente zu ihren eigenen machten und Diskussionen über Alternativen erst gar nicht zuließen. Die Politik organisierte diese Mitmenschen in einem Verein für Zivilflughafen Hahn und missbraucht sie bis heute für ihre politischen Ränkespiele. Die einzige (Horror-)Vision dieser Megakoalition heißt weiter so und mehr! Mehr Flugverkehr, mehr Passagiere, mehr Fracht, mehr Nachtflug, mehr und breitere Straßen, mehr LKW- und PKW-Verkehr, natürlich ein Transrapid, das heißt mehr Geschwindigkeit, mehr Arbeitsplätze und damit mehr „Kohle“. Die Konsequenzen: Mehr Zersiedelung der Landschaft, mehr versiegelte Flächen, mehr Dreck, mehr Lärm, mehr Abgase, mehr Ballungszentrum, mehr Stress, mehr Frust wird billigend in Kauf genommen, ignoriert oder gar geleugnet.

Die Bürgerinitiative gegen den Nachtflughafen Hahn war angesichts dieser Megakoalition für eine nachhaltige Zerstörung dieser Region durch einen Nachtfracht- und Charterflughafen Hahn gefordert, eigene, konstruktive Vorschläge zur alternativen Nutzung der ehemaligen Airbase zu machen. Mitglieder der BI besuchten Messen, nahmen Kontakt zu Firmen auf, trafen sich mit Unternehmensvertretern und diskutierten Alternativen. Das Ergebnis der vielen Diskussionen in dieser Zeit ist „Ökopolis“. Natürlich erhebt dieses Konzept nicht den Anspruch, in der vorliegenden Form direkt umsetzbar zu sein. Es handelt sich um eine Vision, um einen Diskussionsvorschlag für die Öffentlichkeit! Auf Grundlage der vorliegenden Ideen sollte

die Auseinandersetzung um den richtigen Weg für eine zivile Nachnutzung der Airbase Hahn offensiv und als Gegengewicht zur Meinung des wirtschaftlich, politischen Komplexes in Rheinland-Pfalz geführt werden.

Übergeordnetes Ziel war/ist, die Hunsrück-Region und die umliegenden Flusstäler nach der glücklichen Entmilitarisierung zu einer Musterregion zu entwickeln. Der Hahn sollte/soll nur ein wichtiger Baustein sein, ein Kristallisationspunkt, nicht im Sinne der Flughafenbefürworter, sondern im Sinne einer sanften, von den Stärken der Region ausgehenden und profitierenden, nachhaltigen, ökologischen Wirtschaftsentwicklung.

Die Verfolgung dieses Zieles hat Bestand, denn die Konzepte der „Kopf runter und weiter so“ Strategen sind mittel- und langfristig zum Scheitern verurteilt. Die Frage ist nur, wie groß und nachhaltig die Schäden sein werden, die ihr „Krieg“ gegen das Leben auf diesem Planeten hinterlässt.

Auch das Wirtschaftsministerium hat Ideen aus der Bewegung gegen den Nachtflughafen Hahn übernommen und zum Beispiel in Birkenfeld oder in Baumholder realisiert. Wir waren damals darüber sehr erobert. Nicht wegen einer Kirchturnmentalität bei uns, sondern weil wir von Anfang an der Suche nach Alternativen und der Diskussion um die wirtschaftlichen Perspektiven unserer Region gleichen Stellenwert eingeräumt und damit Zeit, Kraft und Geld investiert haben, wie dem Kampf gegen den Nachtflughafen selbst.

Das werden wir den Politikern und sonstigen Verantwortlichen nicht vergessen.

Was „Ökopolis“ sicherlich an anderen Orten leisten kann ist, den Menschen dort Mut zu machen, sich mit ihrer Zukunft kreativ und offensiv zu beschäftigen. Die Entwicklung einer Vision für die Zukunft des eigenen Lebensraumes macht unglaublich viel Spaß und ist äußerst befriedigend, selbst wenn der Einsatz nicht sofort mit Erfolg gekrönt wird, wie in unserem Fall.

Weitere Informationen: www.fluglaerm.de
Modell Ökopolis: www.fluglaerm.de/hahn/oeffent/flugblaetter/oekopolis.pdf

Wir haben einen Traum

KONVERSIONSKONFERENZ AIRBASE SPANGDAHLEM AUF BURG DUDELDORF, 20 JUNI 2004

Ergebnisse der abschließenden Gesprächsrunde mit den Referenten und Gästen aus anderen Regionen

Moderation: Stefan Weinert (Journalist), Zusammenfassung: Maria Kronenberg, beide AG Frieden e.V. Trier

Eine erste Konferenz zur Konversion (zivilen Umgestaltung) der amerikanischen Airbase Spangdahlem fand mit ca. 40 Teilnehmern am 20. Juni 2004 auf der Burg Dudedorf in der Eifel statt. Veranstalter war das neu gegründete "Regionale Bündnis für die Konversion des Kriegsflughafens Spangdahlem".

Die Anwesenden waren sich darin einig, dass alle Überlegungen zur zukünftigen Konversion eingebettet sein sollten in einen Wertekanon im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit und weltweiter Gerechtigkeit.

Folgende zivile Nutzungsmöglichkeiten für die Airbase wurden genannt, wobei keiner dieser Vorschläge allein zu realisieren wäre. Auf dem großen Gelände müssten viele verschiedene Nutzungs- und Gewerbemöglichkeiten nebeneinander existieren und damit auch mögliche Synergieeffekte nutzen.

- Renaturierung, Produktion und Verkauf regionaler Produkte
- Gewinnung regenerativer Energien
- Tourismus und Freizeitangebote
- Betriebe zur Konversion von Militärgerät
- Einrichtungen zur Ausbildung von Hilfskräften (Katastrophenschutz u. a.)
- Zivile fliegerische Nutzung (umstritten!)

Renaturierung, Produktion und Verkauf regionaler Produkte

Es ist davon auszugehen, dass das militärisch genutzte Gelände in hohem Grade toxisch belastet ist. Hier wären als erste Maßnahmen zum Umwelt- und Landschaftsschutz der Abtrag belasteter Erdoberflächen und die Renaturierung großer Teile des Geländes zu planen. Denkbar sind Anpflanzungen von Wald zur Holzproduktion, von Biomasse zum Betreiben von Biogasanlagen oder von Raps zur Gewinnung von Pflanzöl statt Erdöl. Auf ökologisch unbedenklichen Flächen sollte die Anpflanzung von Streuobstwiesen oder die Erzeugung anderer regionaler Produkte betrieben werden.

Gewinnung regenerativer Energien

Auf den riesigen Freiflächen der Airbase ebenso wie auf den Dächern der Liegenschaften ließen sich Solaranlagen zur Stromgewinnung in großem Ausmaß installieren. Windmessungen haben ergeben, dass Windkraftanlagen auf dem Höhenzug wirtschaftlich betrieben werden könnten. Biogasanlagen könnten mit vor Ort erzeugter Biomasse das Gas für die Haushalte der Umgebung produzieren. Eine unabhängige regionale Energieversorgung könnte so erreicht werden.

Tourismus, Freizeit

Die Eifel ist ein reizvolles, abwechslungsreiches touristisch erschlossenes Mittelgebirge. Lediglich die Umgebung der Airbase

eignet sich nicht zur Anwerbung von Gästen, weil hier weder eine intakte Landschaft noch Ruhe und Erholung geboten werden können. Dies würde sich mit einer erfolgreichen Konversion ändern. Die ursprünglich für die Angehörigen der Army gebauten Einliegerwohnungen würden sich ohne größere Investitionen privat als Ferienwohnungen weiter vermarkten lassen. Gerade die Eifel mit ihren sanften Höhenzügen eignet sich vorzüglich für umweltfreundlichen Tourismus zu Fuß, mit dem Rad oder zu Pferd.

Betriebe zur Konversion von Militärgerät

Jede Armee hinterlässt bei ihrem Abzug Geräte und Altlasten, die in jahrelanger Arbeit entsorgt und unschädlich gemacht, eventuell auch umgewidmet werden müssen.

Diese Konversion des Militärgerätes und die Aufarbeitung des Geländes benötigen Fachwissen und Fertigkeiten, die vor Ort aufgebracht werden müssen und für lange Zeit Arbeitsplätze sichern.

Einrichtungen zur Ausbildung von Hilfskräften (Katastrophenschutz, u. a.)

Ein Schulungsgelände zur Ausbildung von Hilfskräften zum Beispiel im Katastrophenschutz und für Auslandseinsätze hätte die große Chance, ein Gegenbild zu militärischen Auslandseinsätzen aufzuzeigen. Hier könnten junge Menschen eine Ausbildung erfahren, die sich an Werten wie Gerechtigkeit, Friedensförderung und Hilfsbereitschaft orientiert, die sie für eine aufbauende, heilende und helfende Lebensaufgabe vorbereitet.

Zivile fliegerische Nutzung (umstritten!)

Die zur Zeit geschaffene Infrastruktur der Airbase und die finanziellen Beteiligungen von z. B. der Fraport AG, der Betreibergesellschaft des Flughafens Frankfurt, und von DHL, des Expressversands der Deutschen Post, lässt Planungen und Vorbereitungen für eine zukünftige Nutzung der Base als ziviler Transportflughafen vermuten. Wenn



(Foto: Herbert Kronenberg)

Abschlussrunde der Konversionskonferenz auf Burg Dudeldorf

auch VertreterInnen der Friedensbewegung betonen, dass ein ziviler Flughafen immer besser ist als ein Kriegsflughafen, so bestehen doch insgesamt große Widerstände gegen die weitere Belastung der Umgebung und der Menschen durch gesundheitsschädigenden Lärm und giftige Abgase bei jeglichem Flugbetrieb. Die in diesem Zusammenhang in Aussicht gestellten Arbeitsplätze erweisen sich beim näherem Hinsehen (vgl. entsprechende Entwicklung auf dem Flughafen Hahn im Hunsrück) in der Mehrzahl als ausbeuterische Minijobs und können kaum zur wirtschaftlichen Sicherung der BewohnerInnen der Umgebung beitragen.

Eine große und schwierige Aufgabe wird es sein, diese und andere Ideen und Argumente zur zivilen Umwandlung unter der ansässigen Bevölkerung zu verbreiten, zumal diese geprägt ist von der weit verbreiteten Vorstellung, dass ihre Arbeitsplätze nur vom Militär gesichert seien.

Als Methode der weiteren Ideenfindung und Planung wurde mehrfach eine Konferenz vorgeschlagen, z. B. die Methode der Zukunftskonferenz unter der Leitung eines/einer entsprechend ausgebildeten Moderators/Moderatorin. Diese Konferenz sollte auf alle Fälle auch Bürgermeister und andere politisch

Verantwortliche mit einbeziehen.

Als weitere Methoden der Ideenfindung wurden vorgeschlagen: öffentlicher Ideenwettbewerb, getrennt für Profis und Laien sowie Zusammenarbeit mit Studiengängen für Architekten und/oder Landschaftsplanern, die entsprechende Semesterarbeiten verfassen könnten.

Außerdem wurde angeregt, „institutionelle Kreativität“ spielen zu lassen, also zu überlegen, wie Konversion durch politische Institutionen abgestützt werden könnte. Hierzu wurden konkret genannt:

- Zweckverband der Kommunen
- Landtags(unter)ausschuss für regionale Konversion
- Landesamt, -beauftragter für Konversion
- Bundeskonversionsbeauftragter, -programm
- EU-Agentur für Abrüstung, Konversion und zivile Konfliktbearbeitung

Die Einrichtung dieser Institutionen muss gefordert, oder soweit sie schon vorhanden, müssen sie mit in die Pflicht genommen werden.

IV NACHLESE UND DOKUMENTATION

IM FOLGENDEN DOKUMENTIEREN WIR PRESSEREAKTIONEN, LESERBRIEFE UND TEXTE, DIE IM ANSCHLUSS AN DIE KONVERSIONSKONFERENZ ENTSTANDEN SIND.

Abschluss Erklärung: Konferenz zur Konversion der Airbase Spangdahlem, vom Regionalen Bündnis für die Konversion von Militäranlagen, 23. 6. 2004

Die über 40 auf der Konversionskonferenz Spangdahlem anwesenden Friedens- und UmweltaktivistInnen, Anwohner, Konversionsexperten und Lokalpolitiker waren sich einig darin, dass eine aktive und unverzügliche Konversion der US- Airbase Spangdahlem notwendig und möglich ist. Sie fühlen sich verpflichtet, hier vor Ort ihren Beitrag gegen Krieg und für zivile Konfliktbearbeitung zu leisten – dass Kriege und gewalttätige Konflikte mit vorbeugenden zivilen Mitteln verhindert, bzw. mit zivilen Konfliktbehandlungsmethoden friedlich bearbeitet und beigelegt werden.

Unstrittig für die TeilnehmerInnen der Dudeldorfer Konversionskonferenz ist, dass eine zukunftsfähige und ökologisch und sozial sinnvolle zivile Umwandlung der US-Airbase angestrebt wird. Nur dadurch können letztlich sichere Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden. Vorbildfunktion hat dabei z. B. das erfolgreiche Konversionsprojekt Energielandschaft Morbach. Der Konversionsbeauftragte des Wirtschaftsministeriums Brandenburg, Roland Vogt, zeigte mit zahlreichen erfolgreichen Konversionsbeispielen in strukturschwachen Regionen Brandenburgs, dass eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Umwandlung möglich ist. „Kurzum: Konversion ist machbar, wie auch die Durchführung der Landesgartenschau in Trier belegt.“ so Richard Pestemer von der Vereinigung Bürger für Bürger.

Neben nachhaltigen Konversionsprojekten für Tourismus, Freizeit und regenerative Energien wie Biogas und Pflanzenöl wurden auch erste Ideen von Renaturierung mit Streuobstwiesen über industrielle Rüstungverschrottung bis zum Übungsgelände für Technische Hilfswerke genannt, die es jetzt weiter zu entwickeln gilt. Für die zukunftsfähige Entwicklung einer militärfreien Region regen daher die TeilnehmerInnen der Dudeldorfer Konversionskonferenz einen großangelegten Ideenwettbewerb an, womit die zivile Umgestaltung der Airbase konstruktiv und aktiv vorangetrieben wird.

„Die Konversion des Kriegsflughafens Spangdahlem für die Schaffung ziviler Arbeitsplätze muss in den Köpfen beginnen. Wer trotz zunehmender Anzeichen für den (Teil-)Abzug des Militärs nicht rechtzeitig mit Konversionsplanungen beginnt, handelt fahrlässig!“ ergänzt Markus Pflüger von der Arbeitsgemeinschaft Frieden e. V. ein wichtiges Ergebnis.

Das regionale „Bündnis für Konversion von Militäranlagen“ bestehend aus Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier, ATTAC Bernkastel-Wittlich, BUND RLP, Bündnis gegen Krieg Trier, Friedensgruppe Bitburg, Kulturverein Burg Dudeldorf, Katholische Studierende Jugend, Pax Christi und Vereinigung Bürger für Bürger, plant nach diesem ersten Impuls weitere Aktivitäten, um die Konversion des Kriegsflughafens voran zu treiben.

Viez statt Flieger

Trierischer Volksfreund vom 21. 6. 2004

DUDELDORF (ako) Die Arbeitsgemeinschaft Frieden (AGF) aus Trier hatte auf die Burg eingeladen, doch fast kein Vertreter aus Wirtschaft oder Lokalpolitik kam: Bei der Konferenz über Alternativen zur militärischen Nutzung der Airbase blieb die Öko- und Friedensbewegung der Region unter sich.

Seit Monaten halten sich hartnäckige Gerüchte: Steht die Airbase Spangdahlem vor größeren Strukturveränderungen? Die Indizien dafür mehren sich, glaubt zumindest Hans-Günther Schneider von der Kreisgruppe Bitburg-Prüm des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Anwohner des Flughafens: „Geplante US-Investitionen wie Sportstätten und Schule werden nicht mehr getätigt, Wohngebäude für Familien werden abgerissen und durch Kasernen für Singles ersetzt.“ Zudem seien die in Spangdahlem stationierten Kampfflugzeuge mit ihrer Reichweite von 1500 Kilometern angesichts der veränderten Welt-sicherheitslage „hinfällig“. Unbekannt sind bislang auch die Auswirkungen auf die Wirtschaft der Südeifel. Viele Immobilienbesitzer, Händler und Firmen in den Kreisen Bitburg-Prüm und Berncastel-Wittlich sind direkt oder indirekt von der Airbase und der Kaufkraft der hier lebenden Amerikaner abhängig.

„Die Bedeutung der Airbase für die Region als Brötchengeber wird meist überschätzt“, meinte Kreistagsmitglied Rosi Biwer von den Grünen. Dennoch herrschte bei ihr

und bei Markus Pflüger von der AGF Enttäuschung darüber, dass nicht eines der eingeladenen Mitglieder der anderen Parteien oder ein Vertreter des Wirtschaftslebens - ein Touristiker etwa war als Referent vorgesehen - zur Konferenz kam. Dass andernorts bei ähnlicher Problematik Wirtschaft, Politik und Bürger sehr frühzeitig ökonomisch und ökologisch tragfähige Szenarien einer zivilen Umnutzung entwickelten, belegte in einem Referat Roland Vogt, Konversionsbeauftragter des brandenburgischen Wirtschaftsministeriums: „Damit konnten wir eine Fläche von der Größe des Saarlandes umwandeln.“

Was sich in Dudeldorf als gewünschte Alternativen für Spangdahlem herauskristallisierte, waren durchweg ökologisch ausgerichtete land- und forstwirtschaftliche Szenarien. Eine zivile fliegerische Nutzung wurde mit Hinweis auf negative Erfahrungen mit dem Flughafen Hahn, der nur dank hoher Subventionen funktionierte, als zu große Lärm- und Abgasbelastung abgelehnt. BUND-Landesvorsitzende Heide Weidemann betonte, man dürfe sich Strukturschwäche nicht einreden lassen: „Unsere Lokalpolitiker nehmen bisher die Herausforderung nicht an. Wir brauchen eine regionale Planungsgemeinschaft und Verbündete mit einem ökonomischen Interesse an der Konversion.“ Konkret schlug sie vor, die Umnutzung des betroffenen Militärareals mit heimischen Produkten wie Öko-Viez oder anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu bewerkstelligen. Zudem solle der Host Nation Council aufgekündigt werden und das Geld in eine „Denkfabrik“ für die eigenständige Entwicklung der Region gesteckt werden.



(Foto: Herbert Kronenberg)

Neu angelegte Streubstwiese im Konversionsgelände Bitburg

Konversion nicht zu planen ist fahrlässig

Leserbrief zu „Viez statt Flieger“ von Markus Pflüger, AG Frieden Trier vom 2. 7. 2004

Eine Berichtigung: Die AG Frieden war nicht - wie im Bericht dargestellt - alleiniger Veranstalter, sondern mit den im „Bündnis für Konversion von Militäranlagen“ zusammengeschlossenen Gruppen: Attac Bernkastel-Wittlich, BUND RLP, Bündnis gegen Krieg Trier, Friedensgruppe Bitburg, Kulturverein Burg Dudeldorf, Katholische Studierende Jugend, Pax Christi und Vereinigung Bürger für Bürger.

Wichtigstes Ergebnis: Die Konversion des Kriegsflughafens Spangdahlem für die Schaffung ziviler Arbeitsplätze muss in den Köpfen beginnen.

Wie Referentin Rieger von der IG Metall mit Zitaten von Struck belegte: Militär ist nicht dazu da, Arbeitsplätze und Wirtschaftsentwicklung zu schaffen - sondern zum Töten. Und militärische Arbeitsplätze kosten ein Vielfaches von dem, was zivile kosten.

Wer trotz zunehmender Anzeichen für den (Teil-) Abzug des Militärs nicht rechtzeitig mit Konversionsplanungen beginnt, handelt fahrlässig. Neben nachhaltigen Konversionsprojekten für Tourismus, Freizeit und regenerative Energien wie Biogas und Pflanzenöl wurde vom Konversionsbeauftragten Brandenburgs eine Zukunftskonferenz vorgeschlagen die alle an einen Tisch bringt.

Die Veranstalter werden die Idee jedenfalls weiter verfolgen.

Nicht bis zum Ernstfall warten

Leserbrief zu „Viez statt Flieger“ von Dieter Scholz, Üxheim, Seminarzentrum Landhaus Beuerhof im TV vom 2. 7. 2004

Die Abwesenheit der etablierten Politik und Wirtschaft bei der Konferenz in Dudeldorf ist ein Besorgnis erregendes Signal. Die Zeichen häufen sich, dass die Amerikaner ihre Präsenz in Europa neu ordnen - und dass damit auch Spangdahlem geräumt werden kann.

Noch ist nichts offiziell, aber darf man mit der Entwicklung von Umnutzungs-Szenarien warten, bis der Ernstfall für die Region eintritt? Um Konversion richtig zu betreiben, muss man frühzeitig ansetzen - und dafür müssen alle Seiten, alle Parteien, alle Betroffenen an einen Tisch - und ihre ideologischen Einseitigkeiten überwinden. Die Eifel kann es sich nicht leisten, ihre eigene Zukunft nur zögerlich in die Hand zu nehmen. Die soziale und ökonomische Situation zu vieler Menschen hängt davon ab, als dass eine Vogel-Strauß-Haltung zu verantworten wäre.

Der dringende Appell an die Lokalpolitiker aller Parteien, an die Unternehmer und Wirtschaftsförderer, an die Bürger: Es ist höchste Zeit, endlich konkrete Szenarien zu entwickeln, die den Wegfall von so viel Wirtschaftskraft mindestens kompensieren. Wir brauchen Zukunftswerkstätten als Ideenschmieden, jede Menge offener Diskussionen und den Mut, einander zuzuhören und auch Unorthodoxes zu denken. Wegschauen und sich nicht verantwortlich fühlen hilft der Eifel nicht weiter. Vermutlich auch keine Romantik mit blühenden Apfelbäumen für Viez, wie sie die Grünen anscheinend präferieren. Aber wenigstens haben sie den Startschuss gegeben für eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

Mehr als Bio-Viez

Leserbrief zu „Viez statt Flieger“ von Maria Kronenberg im TV vom 2. 7. 2004

So trinkfreudig sind die Organisatoren der Konversionskonferenz Spangdahlem nicht, dass sie nur von zukünftigen blühenden Viezwiesen auf dem riesigen Areal der Spangdahlemer Airbase träumen könnten. Auch wenn das Wort von den Streuobstwiesen und dem regional zu vermarktenden Bio-Viez und Apfelsaft während der Konferenz gefallen ist, so war das Anliegen und Thema dieser Konferenz nicht, zum Ende der Tagung bereits Einzelkomponenten eines Konversionskonzeptes vorzustellen.

Vielmehr ging es darum, zunächst einmal deutlich zu machen, dass es möglich und nötig ist, bereits heute über die Konversion

des Spangdahlemer Militärflughafens nachzudenken und in der Folge die gegebene Zeit zu nutzen, um unschädliche und sinnvolle, dem Menschen und der Natur dienende, nachhaltige Konzepte zu entwickeln.

Dass am Rande der Konferenz schon mehrere konkrete Ideen besonders in Richtung „Tourismus“ und „Regenerative Energien“ benannt und diskutiert wurden, zeigt das Engagement der Teilnehmenden und die Zukunftsfähigkeit des eingeschlagenen Wegs.

Viez oder Flieger

Leserbrief von Hans-Werner Jung, attac vom 26. 7. 2004

Streuobstwiesen oder industrielle Fliegerverschrottung - oder vielleicht doch zivile fliegerische Nutzung als Frachtflughafen? Auch noch drei Wochen nach der „Konversionskonferenz Airbase Spangdahlem“ drehen sich alle meine Gedanken um die Möglichkeiten und Wege zur zivilen Rückrüstung der Airbase in meinem Kopf in wirren Kreisen. Also, zurück zum Anfang

Erstes Ziel der Initiatoren (friedensbewegte Gruppen und Menschen der Region) der Konversionskonferenz ist die Entmilitarisierung der Region. Vorausgesetzt diese Vorhaben gelingt, ist es wichtig sich rechtzeitig Gedanken um eine sinnvolle Rückführung der Airbase zur ausschließlich zivilen und friedlichen Nutzung zu machen - Ziel der Konversionskonferenz. In dem vom Moderator Stefan Weinert zusammengefassten Wertekanon war das Ergebnis Nachhaltigkeit, weltweite Gerechtigkeit

Unter rein ökonomischer Betrachtungsweise wird sich jedoch unseren Politikern wieder nur eine Alternative anbieten und die heißt: „Ziviler Frachtflughafen“ - da ja alle Bausubstanzen und Strukturen dafür bereits vorhanden sind. Doch dies wäre aus meiner Sicht die zweite ökologische Katastrophe nach der militärischen Nutzung für die Region. Durch Fluglärm und Schadstoffemissionen wären nicht nur die bisherigen Anliegergemeinden, sondern darüber hinaus die gesamte Region in einem Umkreis bis zu

40 km, betroffen. (siehe hierzu den Bericht v. Report Mainz v. 05.07.04) Auch würden hierbei, wie bereits beim Flughafen Hahn nachweislich zu erkennen, keine nachhaltigen und vollwertigen Arbeitsplätze geschaffen. Dabei ist bestenfalls mit Arbeitsplätzen im untersten Lohnsektor zu rechnen und von Ausbildungsplätzen kann kaum die Rede sein. Eine solche Entwicklung bedeutet aber das AUS für die Region für etliche Jahrzehnte.

Ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist also nur eine zivile Umwandlung, die sowohl die vorhandenen Bausubstanzen weitestgehend weinternutzt, als auch nachhaltige und innovative Arbeitsplätze schafft. Hier könnte ich mir als Beispiel eine Art Agrar- und Umweltcampus unter Einbezug der regionalen landwirtschaftlichen Strukturen sowie Forschung und Weiterentwicklung regenerativer Energien vorstellen. In einer ähnlichen Form wie bereits beim Modell „Ökopolis“ (siehe Kapitel III, die Redaktion) angedacht.

Airbase ist ein Albtraum.

Leserbrief von Richard Pestemer zu Damian Schwickeraths Kommentar zum Truppenabzug im TV vom 17. 8. 2004

In seinem Kommentar beklagt Damian Schwickerath „eine hochmoderne militärische Infrastruktur, in der kaum noch Menschen arbeiten und von der kaum noch wirtschaftliche Impulse für den Eifel- und Moselraum aus gehen. Ein Albtraum?“

Allerdings ein Albtraum für die Iraker, die Serben und andere Völker, die z. B. von Spangdahlem aus unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus mit den Segnungen solcher hochgezüchteten Militäranlagen in der Vergangenheit mittels der US-Luftwaffe in die Demokratie hineingebombt werden sollten. Vergeblich, wie wir wissen. Aber unser Glück soll am Tropf solcher „militärischen Infrastrukturen“ hängen? Die kürzliche wirtschaftliche Entwicklung von Bitburg beweist das Gegenteil. Da trauert kaum noch jemand den abgezogenen GIs hinterher. Da wurde Konversion als große Chance begriffen. Und hätte die regionale und die Landespolitik nicht in den letzten Jahren passiv wie

ein Kaninchen auf die Schlange, sprich auf das Orakel des Pentagon gestarrt und stattdessen aktiv und zukunftsorientiert die Konversion der US-Kriegsbasen gefordert und betrieben, dann stünden wir heute nicht vor dem Dilemma, welches so wortreich beklagt wird.

Richtig ist, wir brauchen Denkmodelle, aber die bitte einschließlich "grüner Streuobstwiesen-Romantik". Die vor wenigen Wochen abgehaltene Dudeldorfer Konversionskonferenz hat umfangreiche Vorstellungen zu einer ökologisch und sozial nachhaltigen Konversion einschließlich Rückgewinnung landwirtschaftlicher Nutzung eingefordert. Wir sollten nicht vergessen, dass unter den Spangdahlemer Betonpisten bester hochwertiger Ackerboden versiegelt wurde. Ackerboden, der anstatt für die Kriegsführung um die letzten verbliebenen Erdölreserven zum Wohle der Region genutzt werden sollte!

Nicht alle zittern vor der Schließung der Airbase Spangdahlem

Schließung, nicht Ausbau des Kriegsflughafens Spangdahlem!

Mittel für zivile Konfliktbearbeitung statt Kriegsunterstützung!

Die AG Frieden begrüßte am 17.8.2004 grundsätzlich Abzüge und Auflösungen von militärischen Kriegseinheiten. „Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass der Kriegsflughafen Spangdahlem geschlossen wird. Daher sind jetzt Konversionsprojekte und Alternativen zur Monostruktur der Region zu beginnen. Die Regierung handelt fahrlässig, wenn sie trotz klarer Anzeichen für den (Teil-) Abzug des Militärs nicht endlich mit konkreten Konversionsprojekten beginnt!“ so Markus Pflüger von der AG Frieden Trier, die zusammen mit anderen Friedens- und Umweltgruppen der Region am 20. Juni 2004 mit der Konversionskonferenz zur zivilen Umwandlung der Airbase Spangdahlem einen ersten Impuls gesetzt haben. Tourismus, Freizeit, nachhaltiges Wirtschaften und erneuerbare Energien sind Konversionsvorschläge, letzteres würde die Region

unabhängiger machen von endlichen Energie-ressourcen, um die zur Zeit und in Zukunft vermehrt Kriege geführt werden.

„Die Menschen der Region, besonders direkte Anwohner leiden durch den Kriegsflughafen: Lärm und Abgase, z. B. das hochgiftige und krebserregende Nato-Treibstoffgemisch JP-8, erhöhtes Verkehrsaufkommen und Tiefflüge vermindern die Lebensqualität, dies lässt sich weder durch Geld noch durch Arbeitsplätze ausgleichen.“ so Markus Pflüger. „Wir wissen von vielen Menschen der Region, dass sie nicht nur die Belastungen der Airbase kritisieren, sondern v.a. die Funktion als Kriegsflughafen ablehnen, dass hier von ihrer unmittelbaren Nachbarschaft aus Kriege geführt und unterstützt werden „

Statt die einseitige Militärausrichtung der Region weiter zu fördern gelte es hier vor Ort, einen Beitrag gegen Krieg und für zivile Konfliktbearbeitung zu leisten. Kriege und gewalttätige Konflikte könnten mit vorbeugenden zivilen Mitteln verhindert bzw. mit zivilen Konfliktbehandlungsmethoden friedlich bearbeitet und beigelegt werden.

„Die aktuelle Umstrukturierung des US-Militärs bedeutet leider nicht Abrüstung, sondern eine qualitative Aufrüstung hin zu flexibleren Strukturen für weitere weltweite Kriegseinsätze - wir kritisieren diesen Kurs und fordern von der Landes- und Bundesregierung sich für zivile Konfliktbearbeitung statt Militarisierung einzusetzen.“

Statt die US-Militärs mit Milliarden zu subventionieren müssten Mittel für nachhaltige zivile Projekte in der Region zur Verfügung gestellt werden. Ebenso müsste - besonders angesichts des aktuellen Sozialabbaus - der Umbau der Bundeswehr zur kriegsführungsfähigen Interventionsmacht im Rahmen der ausgebauten Militärmacht Europa und der NATO gestoppt werden, so die AG Frieden.

Anmerkung:

Bei Berichten und Kommentaren des TV u. a. Medien zu Konversion werden die Vorschläge gerne der Partei Bündnis 90 / Die Grünen zugeordnet (TV 17. 8. 2004,

S. 2: „Für den Tag X braucht man Denkmö-
delle – jenseits von grüner Streuobstwiesen-
Romantik“, Die Grünen waren aber weder
Veranstalter noch Unterstützer oder Referent/
Podiumsteilnehmer bei der Konversionskon-
ferenz, auf die Bezug genommen wird. Alle
Veranstalter äußerten eine klare Kritik an
der Kriegspolitik der rot-grünen Bundesregie-
rung.

Konversionsvorschläge gab es zahlreiche,
Streuobstwiesen („Viez statt Flieger“) war
dabei einer von vielen! Die Kombination meh-
rerer Konversionsideen von Tourismus und
Freizeit über erneuerbare Energien und nach-
haltige Wirtschaftsweisen bis zu Renaturie-
rung und Landwirtschaft ist dabei notwendig.
Nie verschwiegen wurde, was die Veran-
stalter grundsätzlich fordern: Der Kriegs-
flughafen soll schließen, dabei soll aber
verantwortungsvoll mit Arbeitsplätzen umge-
gangen werden: D. h. Es gilt jetzt damit
zu beginnen die einseitige Abhängigkeit vom
Kriegshandwerk zu durchbrechen. Je früher
Konversion beginnt desto, erfolgreicher kann
sie sein. Das regionale ‚Bündnis für Konver-
sion von Militäranlagen‘ besteht aus AG Frie-
den Trier, Attac, Bernkastel-Wittlich, BUND
RLP, Bündnis gegen Krieg Trier, Friedens-
gruppe Bitburg, Kulturverein Burg Dudel-
dorf, Katholische Studierende Jugend, Pax
Christi und Vereinigung Bürger für Bürger.

Auf dem Pulverfass

Kommentar von Rolf Seydewitz vom 16. 2. 2005

Aller Konversion der letzten Jahre zum
Trotz: Wir leben immer noch auf einem Pul-
verfass. Sollte es im Ernstfall einmal explodie-
ren, wird von dieser Region nichts mehr übrig
bleiben. Die in Büchel und Ramstein gelager-
ten US-Atomwaffen sind laut der amerikani-
schen Studie für Ziele in Russland, im Iran
und in Syrien bestimmt. Umgekehrt werden
in dem ein oder anderen (Ziel-)Land längst
die beiden einzigen nuklear bestückten deut-
schen Regionen Eifel und Pfalz anvisiert
sein. Keine schönen Aussichten. Und auch
ein anderer Punkt stimmt nachdenklich. Mit
den in Büchel und Ramstein lagernden 150
Atomwaffen werden im Ernstfall nicht nur

F16-Kampffjets aus Spangdahlem bestückt,
sondern auch Bundeswehr-Tornados. Kein
anderes Land außer den USA lagert übrigens
Atomwaffen auf fremdem Territorium. Es
wäre zumindest ein wenig beruhigend, wenn
sich das US-Militär dem anschliesse und das
Pulverfass so entschärfe.

Die Welt bleibt ein Stück unsicherer! Konversion statt Kriegsflughafen fördern!

*Leserbrief von Markus Pflüger zu „Ein Stück
sicherer“, TV 16. 3. 2005*

„Ein guter Tag für die Region“ kommen-
tiert der TV, dabei weiß inzwischen jeder,
dass das für viele Anwohner, die unter Lärm
und Abgasen leiden und enteignet wurden,
die Nachricht dass die Todesmaschinen blei-
ben sollen, ein schlechter Tag ist. Aber er hat
Recht: die Kampffjets sind gut für ein Gleich-
gewicht - ein Gleichgewicht des Schreckens
von Krieg und Ausbeutung - Warum spricht
niemand, wofür diese Airbase da ist: Soldaten
töten im Auftrag der Reichen für Öl, Märkte
und weltweiten Machterhalt - entsprechend
der US-Präventivkriegsstrategie, der auch
Europa mit der EU-Verfassung inklusive Auf-
rüstungsverpflichtung nacheifert.

Dieser todbringende Kriegsflughafens
bringt eine gefährlich einseitige Abhängigkeit
für einige Menschen der Region. Er verbaut
vor allem andere zivile Arbeitsplätze und Ein-
nahmemöglichkeiten wie erneuerbare Ener-
gien und Tourismus. Jetzt müssen zivile
Alternativen für die Menschen, die sich in
die Anhängigkeit vom Militär begeben haben,
entwickelt werden. Denn ein Abzug kommt
vielleicht eines Tages doch noch, weil die USA
sparen muss oder andere Kriegsstrategien die
Verlegung zwingend machen und weil neue
Weltraumwaffen geplant sind, die solche Air-
bases unnötig machen. Gott sei dank? Schein-
bar dankt Damian Schwickerat dem gleichen
Gott wie Mr. Bush, der oberste Chef auch der
Airbase Spangdahlem - bekannt für Atom-
waffen, Kriegslügen und Folter.

Mit Wasserver- und -entsorgung in Entwicklungsländern Konflikte lösen

Beitrag für ein Konzept der „ globalen menschlichen Sicherheit, verbunden mit Chancen zu nachhaltigen Perspektiven für eine Region“ von Rudi Kemmer, Pax-Christi-Gruppe Wittlich

Von der Pax-Christi-Gruppe Wittlich haben wir mit 2 Vertretern an der Konferenz teilgenommen und werden uns an den weiteren Schritten des Bündnisses beteiligen.

Die Auflösung der Airbase Spangdahlem ist nicht unsere Sache, ist aber Folge und Teil der von uns als Gruppe der Internationalen Friedensbewegung geforderten Politik der Vertrauensbildung, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung mit den Mitteln des Dialoges, der Solidarität bzw. des Widerstandes ohne Gewalt.

Mit den Teilnehmern der Konferenz sehen wir für die regionale Entwicklung eine dringende Aufgabe darin, dass ein Bündnis von Bürgern, NGOs, Fachleuten, politischen Vertretern und Instanzen für alternative Nutzungen schon frühzeitig auf den Weg kommt und im Falle des Abzugs der Amerikaner die Chancen solcher Nutzungen aufgezeigt werden können, statt dass man den wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang der Region als einzig denkbare Folge gelten lässt.

Nicht das „Udenkbare“ zu denken und frühzeitig zu entwickeln, ist ein Fehler und zu verwerfen, sondern ein alternativloses Festhalten am Vorhandenen, obwohl es zahlreiche Indizien dafür gibt, dass der Militärflugplatz Spangdahlem in seiner jetzigen Struktur nicht auf Dauer bleiben wird. Vielmehr werden Verantwortung und Weitblick gezeigt durch die Vermeidung von weiteren Investitionen in ein System ohne Zukunft und durch die Bildung von Rücklagen und Planungen für eine alternative nachhaltige Zukunft. Erfahrungen aus anderen Konversionen verweisen auf die Wichtigkeit frühzeitigen Umdenkens, um nicht zuviel wertvolle Zeit und Ressourcen zu verschleudern.

Die Wittlicher Pax-Christi-Gruppe erörtert z. Zt. in Verbindung mit dem Bundesmi-

nisterium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Aspekte der Problematik und Möglichkeiten der Wasserver- und Entsorgung in Entwicklungsländern, denn soziale, ökologische und ökonomische Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung sind gemeinsam für die Zukunft entscheidend. Die drei Dimensionen haben sich auch als Bestandteile des „Konzeptes der globalen menschlichen Sicherheit“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) durchgesetzt, das eine Erweiterung des Konzeptes der militärischen Sicherheit darstellt. Wasser spielt in diesem Konzept eine zentrale Rolle.

In der Broschüre „Wasser – Konflikte lösen, Zukunft gestalten“ heißt es auf S. 113:

„Das 20. Jahrhundert hat den Menschen auf den Mond gebracht - nachhaltige technische Lösungen für das elementare Bedürfnis nach gesundem Wasser zu finden und den Kreislauf von Ernährung und Düngung wieder zu schließen, bleibt dem 21. überlassen. Zeit ist dabei nicht zu verlieren: Was für die westliche Welt mit ihren altherwürdigen Kanalsystemen Visionen für das nächste Jahrtausend sein mögen, muss für die Megametropolen der neuen Welt, wenn sie nicht beim Aufbau ihrer Infrastrukturen scheitern sollen, bereits in den nächsten Jahren Alltag werden. Wie gesagt: Es ginge um einen Milliardenmarkt, um spannendste Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, um Innovation in einem Zentralbereich der Daseinsvorsorge. Manchmal ist es erstaunlich ruhig im Technikland Deutschland.“

Was wäre die bessere Alternative für Bewohner von Spangdahlem, Binsfeld, der Eifel – und für die menschliche Sicherheit der Weltgemeinschaft – verzweifelter Festhalten am Militärflughafen Spangdahlem, der den Bewohnern von Spangdahlem, Binsfeld und der Eifel Beeinträchtigung von Gesundheit und Lebensqualität bringt, aber auch erhöhte Risiken von Sicherheit und zu alledem immer mehr an Bestandssicherheit und Perspektive verliert oder ein Forschungs- und Entwicklungszentrum mit Produktion neuer Techniken der Wasserver- und Abwasserentsorgung (einschließlich Biogasanlagen und Kompostierung). Ziel ist ein weltweiter Kreislauf: Nahrung -> Düngung -> Biogas -> Landwirtschaftliche Produktion -> Nahrung

Host Nation Council Spangdahlem:

Beispiel für Airbase-Unterstützung statt Konversions-Bestrebungen

Auch in dem verwendeten Logo des HNC wird die Haltung dieser Pro-Ausbau-Lobby des US-Kriegsflughafens unzweideutig zum Ausdruck gebracht

(Abb.: www.host-nation-council.de)



Logo des Host Nation Council (HNC)

Buttons, Büro und Folklore, TV 2. 2. 2005

BITBURG/SPANGDAHLEM. Der deutsch-amerikanische Freundschaftsverein „Host Nation Council Spangdahlem“ hat zwar wenig Mitglieder, dafür aber wieder einen kompletten Vorstand. Der Bitburger Anwalt Günther Grün tritt die Nachfolge von Beate Läsch-Weber, Landrätin des Kreises Bernkastel-Wittlich, an.

Zugegeben. Dieser Abschnitt in der Verfassung des Host Nation Council (HNC) Spangdahlem kann schon zu Verwirrungen führen. In Paragraph zwei, in dem es um die Ziele des Vereins geht, heißt es unter anderem: Unterstützung der amerikanischen Flugplatzleitung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. „Das bezieht sich natürlich nicht auf militärische Aktionen“, erklärt der Vorsitzende Michael Dietzsch, „damit das nochmal klar ist.“

Jetzt ist es klar. Zumindest denen, die zur jüngsten Mitgliederversammlung des HNC in Bitburg erschienen sind - allerdings sind das nicht viele. Von den 3000 Mitgliedern, die Vorstandsmitglied und CDU-Landtagsabgeordneter Michael Billen einst für Ende 2004

prognostiziert hatte, und den 252, die es derzeit tatsächlich sind, haben sich an diesem Abend nur einige Dutzend zusammengefunden. Informativ ist es dennoch, erfahren die Beitragszahler doch, was mit dem jährlichen Einkommen von rund 60 000 Euro 2004 alles finanziert oder unterstützt werden konnte. Zum Beispiel ein Golfturnier, ein Konzert, ein Bustransfer zum Folklorefestival, T-Shirts, Aufkleber, Anstecknadeln, „die Amerikaner bei allen Veranstaltungen gerne tragen“ (Dietzsch), eine Geschäftsstelle und - fast vergessen - eine Homepage. Die findet der Internetnutzer nur mit etwas Mühe. Schafft er es, dann ahnt er vielleicht, weshalb weder auf den bunten Aufklebern, noch auf der für den HNC werbenden Homepage der Bitburg-Prümer Kreisverwaltung ein Hinweis oder Link zu www.host-nation-council.de zu finden ist.

Und was ist mit Bush?

Doch aus den Wirren des virtuellen Datenraums zurück in die Realität und zu dem, was der Host Nation Council für das laufende Jahr plant: So soll auf der Airbase Spangdahlem ein Bürgerbüro errichtet werden, das Anlaufstelle für Amerikaner bei allgemeinen Fragen oder Behördengängen sein soll. „Für uns eines der wichtigsten Ziele“, sagt Dietzsch, „und wir sind dabei in erfolgversprechenden Verhandlungen.“ Lobbyarbeit stehe nicht im Mittelpunkt des Vereins, erklärt der Vorsitzende, und auf die Entscheidung über die Zukunft der Airbase Spangdahlem habe der Host Nation Council sowieso keinen Einfluss.

Dafür aber auf die Zusammensetzung des Vorstandes. Landrätin Beate Läsch-Weber und ihr Landkreis Bernkastel-Wittlich waren aus Vorstand und Verein ausgetreten, weil der Beitrag der Kreise von 1000 auf 5000 Euro pro Jahr angehoben wurde. Das war Ende 2003. Anfang 2005 präsentiert der Vorstand den Nachfolger, den Bitburger Rechtsanwalt Günther Grün. Der Verein stimmt zu, wenn gleich sich Egon Birresborn, Ortsbürgermeister in Landscheid, für die Nachfolge von Läsch-Weber doch jemanden aus der VG Wittlich-Land gewünscht hätte. In der Tat: Im zwölfköpfigen Vorstand des Vereins sind Menschen aus dem Wittlicher Raum (2) eine

Randgruppe. Noch weniger vertreten - nämlich gar nicht - sind dort nur die Amerikaner.

Womit wir wieder bei denen wären, um die es geht, und bei ihrem Präsidenten George W. Bush, der in einigen Wochen zu Besuch nach Mainz kommt. Da ist doch die Frage erlaubt, ob die Counciler auch etwas planen. „Nein“, sagt Vereinschef Michael Dietzsch. „Es wäre natürlich schon toll, wenn Bush käme“, fügt er hinzu, „doch das ist eher unwahrscheinlich.“ Und wenn, dann bliebe es bis zum Schluss geheim

Das macht sprachlos

Kommentar von L. Ross im TV vom 02.02.2005

Der Host Nation Council gibt pro Jahr 60 000 Euro aus, die zu etwa 60 Prozent aus Steuergeld von bankrotten Kommunen finanziert werden, vor allem für ein Golfturnier, Aufkleber, Bustransfers zum Folklore-Festival und T-Shirts für den New York Marathon. Was soll man dazu noch mehr sagen!

Gratulation

Hans Werner Jung, Sprecher der Attac-Gruppe Bernkastel/Wittlich

Wir gratulieren dem Vorstand des „Host Nation Council Spangdahlem“ zu seiner genialen Idee der Wirtschaftsförderung aus der Kreiskasse!

Endlich kommen unsere Kommunalpolitiker ihrer Sorgfaltspflicht gegenüber der Region nach. Statt ständig über leere Gemeindegeldsäcke zu jammern und nicht vorhandene Mittel in unsinnige Objekte, wie den Erhalt von Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen zu investieren, werden hier endlich unsere Steuergelder sinnvoll und mit vollen Händen verbraten.

Verbraten für gesundheitsschädigende Investitionen von der die ganze Region und insbesondere die Menschen rund um Spangdahlem betroffen sind. Und nicht zuletzt auch zur Förderung der todbringenden Kriegsmaschinerie der Amerikaner.

Wir werden Ihnen Ihre Sorgfalt gegenüber der Bevölkerung bei der anstehenden

Kommunalwahl im nächsten Jahr zu danken wissen.

Dem Vorstand des „Host Nation Council Spangdahlem“ gehören an:

Vorsitzender: Michael Dietzsch (Chef Bitburger Getränke Holding); Stellvertreter: Elke Leonhard (SPD-Bundestagsabgeordnete), Roger Graef (CDU, Landrat Bitburg-Prüm), Beate Läscher-Weber (CDU, Landrätin Bernkastel-Wittlich) und Michael Billen (CDU-Landtagsabgeordneter); Geschäftsführer und Schriftführer: Helmut Berscheid (CDU, Geschäftsführer Flugplatz Bitburg GmbH); Schatzmeister: Ingolf Bermes (CDU, Vorstandsvorsitzender Kreissparkasse Bitburg-Prüm); Beisitzer: Monika Fink (SPD-Landtagsabgeordnete), Christoph Holkenbrinck (CDU, Bürgermeister Wittlich-Land), Rudolf Becker (CDU, Bürgermeister VG Speicher), Klaus Rodens (CDU, Bürgermeister Spangdahlem) und Lothar Herres (CDU, Bürgermeister Binsfeld).

Ohne Geld-zurück-Garantie

Trierischer Volksfreund Bitburg-Prüm vom 27.05.2005

BITBURG. So wie andere Kommunen auch, wird die Stadt Bitburg zukünftig nur noch 1000 Euro jährlich für den Verein Host Nation Council Spangdahlem zahlen. Auf 4000 zu viel gezahlte Euro verzichtet die Stadt.

Es sind manchmal erfreuliche Nachrichten, die für Verdruss sorgen. Davon überzeugen konnten sich Zuschauer bei der jüngsten Stadtratssitzung. Dort ging es um die Mitgliedschaft im Verein Host Nation Council Spangdahlem. Ziel des im Jahr 2003 gegründeten Vereins ist nach eigenem Bekunden, sich für den Fortbestand des Flugplatzes als bedeutender Arbeitgeber in der Region stark zu machen. Dazu soll durch Öffentlichkeitsarbeit die Bedeutung der Air-Base unterstrichen und ihr Stellenwert als Wirtschaftsfaktor, Heimat für amerikanische Bürger und deutsch-amerikanische Begegnungsstätte deutlich gemacht werden.

Verein hat 65 000 Euro auf der hohen Kante. Mitglied im Verein sind vor allem Kommu-

nen, die bis zu 25 000 Euro jährlich an Mitgliedsbeitrag entrichteten. Die Stadt Bitburg und andere Verbandsgemeinden waren mit 5000 Euro jährlich mit von der Partie. Inzwischen hat der Verein ein Guthaben von rund 65 000 Euro. Angesichts dieser Entwicklung beschloss der Verein, die Beiträge zu senken.

Für Bitburg hätte dies bedeutet, dass die Stadt in Zukunft nur noch den Mindestbeitrag für Verbandsgemeinden von 1000 Euro zahlen muss. Das aber wollte die CDU im Stadtrat nicht. Ihr Fraktionschef Peter Wagner stellte den Antrag, auch weiterhin 5000 Euro jährlich zu zahlen. „Die Stadt Bitburg ist Hauptnutznießer der amerikanischen Streitkräfte“, sagte Wagner. Deshalb sei es die Pflicht der Stadt, sich auch besonders zu engagieren. Man dürfe diese Frage nicht vor dem Hintergrund des Budgets diskutieren.

Die entgegengesetzte Position vertraten die Grünen. Ihr Sprecher Hubert Klein stellte den Antrag, aus dem Verein auszutreten. „Die deutsch-amerikanische Freundschaft wird nicht durch den Verein, sondern durch die Menschen täglich gelebt“, argumentierte er.

Neben der grundsätzlichen Frage der Vereinsmitgliedschaft hatte der Stadtrat ebenfalls zu klären, was mit der für dieses Jahr zu viel gezahlten Differenz zwischen altem und neuem Beitrag geschehen soll. Die Meinungen schwankten zwischen „Normalerweise müsste der Verein von sich aus zurückzahlen“ (Manfred Kürten, fraktionslos) und „Eine Rückerstattung wäre krämerhaft“ (Marie-Luise Niewodniczanska, FDP).

Am Ende des Tagesordnungspunkts hatten sich dann weder CDU noch Grüne durchgesetzt. Ihre Anträge fanden keine Mehrheit. Und es bedurfte einer Abstimmungswiederholung bis feststand, dass die Stadt ab 2006 1000 Euro jährlich zahlt und die in diesem Jahr zu viel gezahlten 4000 Euro nicht zurückfordert. Zwölf Mitglieder des Rats waren für diesen Antrag, elf votierten dagegen.

Etwas zu großherzig

Kommentar von H. Jansen im TV Bitburg-Prüm vom 27. 5. 2005

Der Verein Host Nation Council Spangdahlem hat genug Geld. Er hat so viel Geld, dass er seine Mitgliedsbeiträge senken muss. Die Stadt Bitburg hat in jüngster Zeit hingegen viel zu wenig Geld. Und da sind 4000 Euro schon eine Summe, die man nicht in den Wind schlagen sollte.

Wäre der Verein auf den zu viel gezahlten Beitrag angewiesen, wäre die wohl etwas zu großherzige Geste des Stadtrats zu verstehen gewesen. Ist er aber nicht. Das Bitburger Geschenk wandert aufs Sparbuch. Auf der anderen Seite gibt es in der Stadt viele Stellen, wo man den zurückgezahlten Zuviel-Beitrag hätte einsetzen können. Sei es zur teilweisen Finanzierung eines neuen Straßenbelags im Ostring oder als ersten kleinen Beitrag für einen unbedingt schon heute zu erstellenden Housing-Masterplan. Denn der wird nötig, auch wenn die Air-Base weiter besteht.

Das Aus für die Wohnblocks ist schließlich beschlossen, egal wie sehr sich die Stadt auch finanziell um die Beziehungen zwischen Deutschen und Amerikanern bemüht.

V KRIK AN DER WELTWEITEN KRIEGSPOLITIK

Im folgenden Kapitel werden die Zusammenhänge der weltweiten Kriegspolitik aufgezeigt. Die Militarisierung beginnt hier vor Ort mit der Umstrukturierung der Bundeswehr für weltweite Kriegseinsätze, geht weiter mit der Einbettung der Bundeswehr in die EU-Militärpolitik und zeigt schließlich wie sich EU-Militarisierung und US-Kriegspolitik ähneln.

Ziviler Frieden ist möglich

FRIEDENSPOLITISCHES GESPRÄCH MAINZ VON MICHAEL HENKE, 27. 3. 2003

„Unkraut vergeht nicht“, meinte ein Teilnehmer des Friedenspolitischen Fachgesprächs am 15. März in Mainz. Er meinte damit die Friedensbewegung, die gerade einen ungeheuren Zulauf hat. Der drohende Krieg gegen den Irak machte das Thema: „Zivile Konfliktbewältigung, Krisenprävention und US-amerikanische Militärpräsenz in Rheinland-Pfalz“ ganz aktuell. Das meinten auch die VertreterInnen von Bürgerinitiativen gegen die amerikanische Militärpräsenz aus Binsfeld (Spangdahlem), Kaiserslautern (Ramstein) und Grafenwöhr (Bayern).

Sie waren auf Einladung der GRÜNEN Landtagsfraktion gekommen und mit ihnen zahlreiche Friedensbewegte. In der Begrüßung sprach die GRÜNE Landtagsabgeordnete Friedel Grützmaker von drängenden Fragen, die heute angesprochen werden müssen: „Wie kann und muss sich die Bundesregierung angesichts eines Angriffskrieges gegen den Irak verhalten? Was bedeutet so eine Intervention für die beiden großen Militärbasen in Rheinland-Pfalz für Ramstein, für Spangdahlem?“

Gerhard Piper vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) legte überzeugend dar, dass die Luftstützpunkte Ramstein und Spangdahlem für die USA zunehmend an Bedeutung gewinnen. Innerhalb der aggressiven Weltherrschaftspläne der Neokonservativen, die zur Zeit mit G. Bush den Präsidenten der USA stellen, spielt die militärische Macht eine herausragende Rolle. Die absolute Luftüberlegenheit ist die notwendige Voraussetzung für diese „Pax Americana“. So werden zur Zeit die beiden Stützpunkte stark vergrößert und Spangdahlem zur Ersatzbasis von Ramstein ausgebaut. Ramstein ist bereits heute der größte militärische Frachttumschlagplatz in Übersee. Die Großraumtransportflugzeuge werden nach dem Schließen des militärischen Teils des Flughafens Frankfurt die Zahl ihrer Flüge in Ramstein verdoppeln. Ein Verbot von Überflugrechten würde die amerikanischen Transport- und damit die Kriegsplanungen sehr stark beeinträchtigen.

Bernd Häusler vom republikanischen Anwaltsverein Berlin referierte über den präventiven Krieg und die UN-Charta. Grund-

sätzlich wird Recht aus Vernunft befolgt, weniger durch gewaltsame Durchsetzung. Das Völkerrecht als Vertragsrecht gilt nur für Staaten, die zugestimmt haben, wie etwa die USA. Eines ist klar: Jeder Angriffskrieg, der nicht durch die UN-Charta gerechtfertigt ist, ist nach dem Völkerrecht illegal und muss mit allen rechtlichen Möglichkeiten gestoppt werden. Was ein Staat, auch wenn es die Hegemonialmacht ist, gegen das Völkerrecht unternimmt, kann nicht die Praxis anderer Staaten werden.

Nach dem zwingenden Gewohnheitsrecht, das für alle gilt, sind Völkermord und Angriffskrieg grundsätzlich verboten. Als Beispiel für eine „perverse Entwicklung einer völkerrechtlichen Position“ nannte er die Umkehr der Beweislast im Falle des Irak. Er solle nachweisen, dass er keine Massenvernichtungswaffen mehr habe. Der Gedanke der Staatssouveränität verbiete die Einteilung der Welt in „zivilisierte“ und „Schurkenstaaten“. Die Kriegsführung wird auch durch das Völkerrecht geregelt. Verboten sind. Ersttagsbombardierung, Gebrauch geächteter Waffen (z. B. Urangeschosse, neue Flächenbomben), die Zerstörung der Infrastruktur (Elektrizität, Wasser, Brücken, etc...) Gegen viele dieser Verbote verstoßen die USA in einem zukünftigen Krieg (Anm. des Verfassers: „Wie wir es ja gerade im Irakkrieg sehen!“). Das Ziel eines Krieges darf nur die Entwaffnung des Gegners sein und nicht die Einführung einer Demokratie oder das Töten eines Diktators.

Die Politik der Kriegsprävention und der zivilen Konfliktbewältigung der Bundesregierung stellte der GRÜNE Bundestagsabgeordnete Winni Nachtwei dar. Für ihn ist „jede Militärpräsenz eine Machtdemonstration“. Den Irakkrieg, so seine Einschätzung, können die USA zwar gewinnen, aber den Frieden nicht. Die Sicherheitspolitik der meisten Staaten beruht primär auf dem Einsatz militärischer Mittel. Diese Politik will die Rot - GRÜNE Bundesregierung im Ansatz umkehren. Seit 5 Jahren beginnt das zarte Pflänzchen ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten zu blühen. Dies bedeutet den Aufbau einer Infrastruktur für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung.

Strukturelle Krisenprävention ist eine langfristige Politik. Beispiele sind die europäische Integration und ihre Erweiterung, der Internationale Strafgerichtshof und entwicklungspolitische Impulse. So orientiert sich etwa die Entwicklungszusammenarbeit vermehrt auf Friedensentwicklung. Insgesamt gehe es dabei um eine Internationale Verrechtlichung zur Sicherung des Friedens. Eine deutsche Stiftung für Friedensforschung wurde 2001 gegründet und soll die unabhängige Friedens- und Konfliktforschung wieder aufnehmen.

Instrumente einer kurzfristigen Krisenprävention sind die Ausbildung von Beobachtern für internationale Krisenherde wie Menschenrechtsbeobachter oder Polizisten für internationale Polizeiaktionen. Im Augenblick sitzen viele Experten aus verschiedenen Bundesministerien zusammen, um über den Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ zu beraten. Ein solcher Plan ist einmalig und er soll eine Übersicht über alle zivilen Möglichkeiten einer Gewaltverhinderung aufzeigen und eine Planungsgrundlage für die nächsten Jahre liefern.

Dabei geht es um Projekte der Entwaffnung und Demobilisierung von Kindersoldaten ebenso wie um den Aufbau eines zivilen Friedensdienstes, um Einsätze unter einem UN-Mandat wie Rüstungskontrolle und Abrüstungszusammenarbeit mit anderen Staaten. Der Pool von zivilen Experten für internationale Friedensmissionen etwa beträgt zur Zeit mehr als 700 Personen. Diese neue Komponente der gegenwärtigen Sicherheitspolitik wird entschieden gestärkt und erweitert werden. „Natürlich besteht immer die Gefahr, dass diese zarten Pflänzchen ziviler Gewaltvermeidung durch Elefanten zertrampelt werden, aber wir werden beharrlich auf diesem Kurs bleiben“, so sein Schlusswort.

(Anmerkung der Redaktion: Gegenüber 1 Euro für zivile Konfliktbearbeitung werden aktuell von der Bundesrepublik tausend Euro fürs Militär ausgegeben.)

In den folgenden Diskussionen wurden einige Lehren gezogen:

- Nur das Recht ist ein Weg zum Frieden, nicht die Macht des Stärkeren.
- Der Lernweg der zivilen Konfliktprävention und Konfliktlösung ist endlich von der Theorie zur Praxis geworden und wird noch lange dauern.
- Die Verpflichtung der „Unwilligen“ besteht darin, massiven, gewaltfreien Widerstand gegen jeden Angriffskrieg zu leisten.

Gegen Militär und für zivile Arbeitsplätze

Leserbrief von Markus Pflüger, AG Frieden e.V. im TV vom 9. 9. 2004 zum Kommentar „Genickschlag für die Region“ über die drohende Schließung der Hochwaldkaserne in Hermeskeil (TV vom 2. 9. 2004):

Herr Munsteiner jammert über den Bundeswehrrabzug in Hermeskeil, als wären die Hauptaufgaben der Bundeswehr, Wirtschaftsförderung und Arbeitsplätze. Selbst unser Verteidigungsminister ist da ehrlicher, indem er dies verneint und die „Sicherheit“ als Ziel angibt, indem Deutschland „am Hindukusch verteidigt“ würde. Milliarden werden für Kampfeinsätze und Aufrüstung benötigt, die woanders dringend fehlen, wie der aktuelle Sozialabbau, z. B. durch Hartz IV, zeigt.

Die einseitige Ausrichtung von Regionen aufs Militär wird sich noch bitter rächen. Neben den direkten Nachteilen wie Lärm, Abgase, Umweltzerstörung, Tourismus- und Freizeitwertverlust sollte die eigentliche Aufgabe des Militärs, nämlich weltweit Krieg zu führen, nicht verschwiegen werden. Statt dies zu unterstützen, könnte die Region sich um nachhaltige und ökologische Alternativen bemühen. Um Arbeitsplätze zu erhalten, gilt es jetzt Konversionsprojekte zu starten, statt sich an der militärischen Monostruktur festzuklammern. Und statt Stellvertreterpolitik einzufordern („Herr Diller, übernehmen Sie“) fordere ich alle auf, sich gegen Militär und für zivile Arbeitsplätze einzusetzen.

- Dieser Widerstand soll das „andere“ Amerika stärken bis zur nächsten Wahl.
- Die Bundeswehr ist als Bewacher der amerikanischen Basen abzuziehen.

Zum Abschluss wurden in großer Übereinstimmung einige politische Forderungen formuliert:

Keine Beteiligung in irgendeiner Weise an einem Angriffskrieg, Stärkung der Friedensforschung und der Friedensausbildung. Verkleinerung der amerikanischen Basen bis zu ihrem Abbau. Unterstützung der Konversion durch die Bundesregierung.

AG Frieden kritisiert Bundeswehr-Standortschließung

Die Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier kritisierte am 5. 11. 2004 die aktuellen Schließungen der Bundeswehrstandorte wie Hermeskeil: „Die Bundeswehr wird mit diesen Einsparungen tatsächlich aufgerüstet. Sie wird damit endgültig von einer Armee zur Landesverteidigung zu einer grundgesetzwidrigen Angriffsarmee umgebaut!“, kritisiert Markus Pflüger von der AGF die umstrittene Standortschließung. „Für die weltweiten Einsätze der Bundeswehr muss Hermeskeil geschlossen werden. Das dort eingesparte Geld ist zwar eine quantitative Abrüstung, dient aber einer qualitativen Aufrüstung!“

Die Bundeswehr ist kein Wirtschaftsförderprogramm, sie dient alleine dazu weltweit Kriege zu führen. Kriegsziel ist der Zugang zu endlichen und klimaschädlichen Ressourcen sowie der Erhalt von Macht und Märkten – mal mit den USA und der NATO, mal ohne sie, mal über die militarisierte EU!“, so Pflüger

Sinnvoller als die Bundeswehr zur Interventionsarmee aufzurüsten, wäre es, sie beispielsweise für Katastrophenschutz und technische Hilfe umzubauen. „Die Bundeswehr hat einen tödlichen Auftrag - was sie ansonsten im Katastrophenschutz und Aufbauhilfe praktiziert, hat sie nicht gelernt. Für viel weniger Geld ließe sich viel Mehr und

Positiveres bewegen inklusive Arbeitsplatzverlust. Dafür müsste die Bundeswehr allerdings zu einem internationalen zivilen Hilfswerk umgewandelt werden - die so genannten Eingreiftruppen und Interventionskräfte wie Kommando-Spezialkräfte müssten dabei endlich aufgelöst werden!“, so die AG Frieden.

„So halten wir die Vorschläge des Hermeskeiler Verbandsbürgermeisters Hülpes für Tourismus, Biomassenutzung statt Militär für sinnvoll. In diese Richtung muss es gehen: Freizeit und Tourismus, Umweltschutz und Erneuerbare Energien, darin liegt die Zukunft unserer Region“, ergänzt Richard Pestemer, Mitorganisator der Konversionskonferenz vom Juni 2004 und Koordinator des 4. Regionalen Klimagipfels von Reinsfeld im Oktober 2004.

Die AG Frieden arbeitet mit anderen Initiativen für die Konversion von Militärstandorten und fordert „Abrüstung statt Sozialbau, Konversion statt das schädliche Festhalten am Kriegshandwerk“

Hermeskeil ohne Bundeswehr? Unvorstellbar!

Unvorstellbar? Vorstellbar!

Richard Pestemer

Konversion ist machbar, Herr Nachbar. Diesen Rat geben Kommunalpolitiker aus Morbach und Thalfang den Hermeskeiler KollegInnen, die vergeblich versucht hatten Solidarität für eine schneidige Militärverherrlichende Resolution zu erlangen. Gescheitert ist dieser Vorstoß vor allem an dem "illusionären Pazifismus", so die Bundeswehr-Standort-Befürworter, des SPD-Altpazifisten und langjährigen Kommunalpolitikers, Dietmar Jäger.

Wie aus dem Unvorstellbaren das Vorstellbare wurde?

Wer kennt ihn nicht den Spruch: „Stell Dir vor es ist Krieg und keiner geht hin!“ Paradox! Unvorstellbar?

Nein, es ist vorstellbar! Und dies Unvorstellbare hat sich in den jüngsten Tagen vor unse-

rem geistigen Auge abgespielt, als gedankliche Möglichkeit, noch nicht als Realität.

Aber immer schön der Reihe nach. Es begann so: „Hermeskeil ohne Bundeswehr. Das ist unvorstellbar!“, erklärten unisono vor wenigen Wochen alle im Stadtrat und im Verbandsgemeinderat Hermeskeil vertretenden Parteien und Wählergruppierungen. „In diesem Sinne formulierten sie eine schneidige Resolution, welche die Vorzüge der Hochwaldkaserne im markig militaristischen Jargon anpries (Auszüge wie folgt):

„Die Hochwaldkaserne ist unter militärisch-logistischen Gesichtspunkten sehr gut, schnell und hindernisfrei zu erreichen. Die günstige Lage zum Flughafen Hahn, der nach der Verlängerung der Startbahn in einem Krisenfall als Stützpunkt in einem internationalen militärischen Flugplatz wichtig werden könnte, spricht für den Standort Hermeskeil.

Auch im Schnittpunkt der US-Flugplätze Ramstein, der sogenannten "Perle der US-Armee", und der strategisch wichtigen Air Base Spangdahlem liegt die Hochwald-Kaserne sehr günstig.

Zwischen der Stadt Hermeskeil und vielen Ortsgemeinden der Hochwaldregion (...) und den in der Hochwaldkaserne stationierten Einheiten bestanden und bestehen seit über 40 Jahren gute, enge und freundschaftliche Beziehungen beziehungsweise offizielle Partnerschaften.

Davon geben die öffentlichen Gelöbnisse in der Stadt und in den umliegenden Gemeinden (...) ein beredtes Zeugnis (...)

Deshalb appellieren wir als kommunale Vertretungsorgane (...) an die Verantwortlichen in Bundesregierung und Bundestag, bei den weiteren Planungen im Rahmen der Bundeswehrstrukturreform den Bundeswehrstandort Hermeskeil zu erhalten.“

Starker militärischer Tobak wurde da den Ratskollegen der Einheitsgemeinde Morbach zugemutet, als Ihnen zur solidarischen Unterstützung diese Resolution unterbreitet wurde. Es wurde indes nur verhaltene Solidarität mit Hermeskeil geübt. Die schneidige Resolution wurde erheblich entschärft. Nicht von den Vorzügen der Militarisierung der Region war

nunmehr die Rede, sondern davon, dass "der Hunsrück (...) seit mehreren Jahrzehnten die Lasten als militärisches Aufmarschgebiet zu tragen" hatte. Und es wurde betont, dass durch die großangelegten Konversionen der letzten Jahre erhebliche Kaufkraftverluste zu beklagen gewesen seien. Deshalb gönnte die Mehrheit der Morbacher Gemeinderäte den Hermeskeilern noch eine weitere Zeitlang die Bundeswehr-Hochwaldkaserne. Uwe Andretta, Sprecher der Morbacher Ratsfraktion "GRÜNE/Lebendige Demokratie" äußerte hingegen grundsätzliche Bedenken und mahnte an, in Hermeskeil rechtzeitig an Konversion zu denken. Insgeheim waren die Morbacher Ratsmitgliedern fraktionsübergreifend wohl insgeheim froh, dass heute dank der Windkraftträder auf dem ehemaligen US-Munitionsdepot der Gemeinde Morbach reichlich Euros in die Gemeindeklasse hineinrotieren.

Völlig zersaust wurde die Hermeskeiler Bundeswehr-Jubel-Resolution im Verbandsgemeinderat Thalfang. Obwohl im vorbereitenden Hauptausschuss CDU, SPD, F.D.P. und FWG der Ursprungsfassung der Hermeskeiler Resolution ihren empfehlenden Segen gaben, scheiterte sie an dem Einspruch von Dietmar Jäger, Ortsbürgermeister von Heidenburg und altgedienter SPD-Kommunalpolitiker, der mit dem Button "Schwerter zu Pflugscharen" an seinem Revers in Erinnerung an alte friedensbewegte Zeiten Tacheles redete:

"Einer Resolution zuzustimmen, die es in Kauf nimmt, in diesem Planspiel eines möglichen Krieges die Menschen in unserer Verbandsgemeinde als Kanonenfutter preiszugeben, dürfte kein Ratsmitglied mit seinem Gewissen vereinbaren können."

Und er setzte noch eins drauf: "Alle Konversionsprojekte im westlichen Rheinland-Pfalz sind wirtschaftliche Erfolge geworden." Richard Pestemer, frischgebackener Ortsbürgermeister von Neunkirchen, wollte Dietmar Jäger sekundieren, kam aber nicht dazu, da ihm Verbandsbürgermeister Dellwo kein Rederecht gewährte. Trotzdem half nichts mehr, die Resolution zu retten. Die Freie Wählergemeinschaft besann sich auf ihr

Gewissen und schloss sich der SPD-Ablehnungsfront an, die F.D.P. erschien unschlüssig. Also zog die CDU-Fraktion im Thalfanger Verbandsgemeinderat die Notbremse und beantragte die Rückverweisung in den zuständigen Ausschuss zur erneuten Beratung.

Kurzum, in wenigen Wochen ereignete sich das Unvorstellbare, aber anders als es sich die Hermeskeiler Kommunalpolitiker erhofft hatten: Es gibt Menschen - und nicht mehr nur wenige -, die können sich unsere Region sehr wohl ohne jegliches Militär vorstellen!

Die Kriegsvorbereitungen der EU

EUROPA EIFERT DEM WELTWEITEN US-KRIEGSKURS NACH

Markus Pflüger

Friedensunion Europa, das Verschwinden der Grenzen, Menschenrechte und Demokratie – schöne Szenarien für eine anderes ziviles Europa wären dies. Leider konterkarieren die aktuelle EU-Politik und die im EU-Verfassungsvertrag festgeklopften Artikel all dies, denn Europa bereitet stattdessen Kriege vor. So beinhaltet die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), die am 12. Dezember 2003 in Rom definiert wurde, 3 Ziele für mögliche Kriege:

1. Kampf gegen den Terrorismus,
2. Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen
3. Hilfe für gescheiterte Staaten.

Die neuen Aufgaben der europäischen Militärpolitik, die den strategischen Vorgaben der Bush-Administration ähneln, werden folgendermaßen begründet: „Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen.“ Zu den



(Postkarte: Informationsstelle Militarisierung, IMI)

Kriegszielen wird zudem „der Stabilitätsexport zur Verhinderung massiver Flüchtlingsströme“ gezählt.

In diesem Strategiekonzept sind so genannte „friedenserhaltende Einsätze“, „humanitäre Missionen“, „die präventive Verhinderung eines Angriffs mit Massenvernichtungsmitteln“ sowie „Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen“ vorgesehen. Diese sind dann in Gefahr, wenn „europäische Interessen, z. B. durch Unterbrechung der Ölversorgung, eine massive Erhöhung der Energiekosten oder die Störung der Handels und Warenströme.“ tangiert werden (European Defence Paper, S. 81 – 83). Die strategischen Konzepte enthalten sogar Szenarien, bei denen „die nationalen Nuklearstreitkräfte explizit oder implizit mit einbezogen werden.“

Im März 2004 wurde der Fahrplan dazu festgelegt, der die globale Kriegsführungsfähigkeit der EU herstellen soll. Es handelt sich um eine europäische Eingreiftruppe mit 60.000 Mann, die längere Zeit in einer Krisenregion stationiert werden soll, und um „Battle Groups“, mit 7 – 8 Kampfgruppen von 1500 Elitesoldaten, die innerhalb von 10 Tagen in einem Radius von 6000 km eingesetzt werden können, um der Eingreiftruppe den Weg freizukämpfen. Die EU hat außerdem beschlossen, ihre Kapazitäten im Bereich der Transportflugzeuge, der Flugzeugträger und der Aufklärung aufzustocken, was rund 40 Milliarden Euro zusätzlich kostet.

Mit den in der EU-Verfassung verankerten neuen Militärstrukturen verabschiedet sich die EU dabei endgültig vom Konzept einer Zivilmacht. Sie wird zu einem „global player“ mit imperialen Großmachtbestrebungen in Kooperation und Konkurrenz mit den

USA. Dies geschieht durch Sozialabbau auf Kosten der Armen und der Steuerzahler in Europa.

Mit Hilfe der EU-Verfassung sollte die Militarisierung festgeklopft werden. Durch die ablehnenden Referenden in Frankreich und den Niederlanden kann Militarisierung und Neoliberalismus jetzt aber nicht wie vorgesehen direkt als Gesamtpaket in Verfassungsrang gehoben werden. Die dadurch entstandene Krise und Denkpause der EU, muss nun von den sozialen Bewegungen genutzt werden, damit die Fortsetzung dieser neoliberalen Politik nicht anders gesucht wird und der Willen der Nein-stimmenden Bevölkerung nicht missachtet und fehlgedeutet wird. Durch den verzögerten Ratifizierungsprozess wurde Zeit für eine Debatte gewonnen, die es friedens- umwelt- und sozialpolitisch zu nutzen gilt, damit Änderungen für ein anderes ziviles, solidarisches, demokratisches und ökologisches Europa von unten möglich werden.

Aktivitäten gegen die weltweite Militarisierung fangen also in der Europäischen Union an, in der Deutschland eine führende Rolle im Militarisierungsprozess einnimmt. Es gilt, gegen die EU-Militärmacht und den damit einhergehenden Sozialabbau zu kämpfen und sich für ein Europa, das den Krieg verweigert, einzusetzen, also konkret Abrüstung und Konversion voranzubringen.

Die Militarisierung Europas durch die neoliberale EU-Verfassung

Aufrüstung

In Artikel I-41 heißt es wörtlich: „Die EU-Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Damit wird eine Aufrüstungspflicht in Verfassungsrang erhoben. Ein eigenes Rüstungsamt soll diese Aufrüstungspflicht kontrollieren und die „industriellen und technologischen Grundlagen“ der Kriegswaffenindustrie fördern, dafür hat es Regierungsbefugnis, d. h. es kann die Aufrüstungsvorhaben „gegebenenfalls auch selbst umsetzen“ (Art. I-41, 1).

Militarisierung

Eine militärische Beistandsverpflichtung in Artikel I-40,7, ist schärfer als die der NATO, welche die Wahl zwischen zivilem oder militärischem Beistand lässt. In der Europäischen Sicherheitsstrategie hat die EU bereits so genannte „Präventivkriege“ – also Krieg auf Verdacht – ins Auge gefasst, ähnlich der momentanen US-Präventivkriegsstrategie inklusive Nuklearoption. Die Bildung eines militärischen Führungszirkels in der EU rundet die Militarisierungspolitik ab: Es soll eine „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ jener „Mitgliedsstaaten, die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf militärische Fähigkeiten erfüllen“ (Art. I-41, 6; III-312) institutionalisiert werden. Ein ausführliches Verfassungsprotokoll regelt die Kriterien, um in diesen inneren Führungszirkel der EU vorstoßen zu können: u. a. die Fähigkeit, die eigenen Soldaten innerhalb von 5 Tagen rund um die Welt zum Einsatz in sog. „Schlachtgruppen“ bringen zu können. Mit Großbritannien und Frankreich will Deutschland dieses militärische „Kerneuropa“ anführen.

Weltweite Kriege

Der EU-Ministerrat bekommt die Möglichkeit für weltweite Militäreinsätze (Art. I-41,1 + 5) – ohne Bindung an ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates. Die Einsatzbedingungen für die EU-Interventionen sind vage definiert: die sog. „Abrüstung“ von GegnerInnen, „Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung“, „Bekämpfung des Terrorismus (...)“ u. a. auch durch die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“ (Art. III-309,1). Die EU-Verfassung verpflichtet alle Mitgliedsstaaten dazu, dem EU-Ministerrat militärische Kapazitäten zur Verfügung zu stellen (Art. I-41, 3). Zudem fehlt dabei die demokratischen Kontrolle durch das Parlament. Es fehlen dagegen Förderung und Festschreibung von Kriegsprävention und ziviler Konfliktbearbeitung.

Neoliberalismus in Verfassungsrang

Die EU-Verfassung stellt AnhängerInnen einer solidarischen Wirtschaftsweise außerhalb des Verfassungsbogens, denn die EU-Verfassung verpflichtet die Mitgliedstaaten zur „Einführung einer Wirtschaftspolitik, die (...) dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist“ (Art. III-177). Die Europäische Zentralbank wird auf strikte Hartwährungspolitik – also auf Interessen der großen Vermögensbesitzer – verpflichtet. In Art. III-193 und 216 werden der Freihandel und die unbeschränkte globale Kapitalmobilität als Ziele der EU-Außenwirtschaftspolitik festgeschrieben.

Privatisierung öffentlicher Dienste

Die EU bekommt die Kompetenz, „Grundsätze und Bedingungen, insbesondere jene wirtschaftlicher und finanzieller Art“ für „Dienste von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse“ (EU-Jargon für öffentliche „Dienste“) festzulegen (Art. III-122). Die EU-Kommission begrüßt diesen Artikel in einem „Weißbuch“ als Chance zur flächendeckenden Liberalisierung der öffentlichen Güter. Es besteht also die reale Gefahr, dass die EU-Kommission nach vielen Sektorliberalisierungen (Strom, Gas, Telefon, Post, Verkehr) nun mit dem Rasenmäher über alles fährt, von Sozialdiensten bis Bildung.

Hintergrundinformationen:

www.eu-verfassung.com

www.attac.de

Die neue „BUSH-Interventionsdoktrin“ und der Ausbau der US-Kriegsbasis Spangdahlem

Richard Pestemer, Mai 2003

Die Anwohner der US-Airbase Spangdahlem entdeckten im Frühjahr 2003, zu dem Zeitpunkt als der Irakkrieg tobte, in ihren Briefkästen eine unerwartete Frühlingspost. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hatte eine achtseitige Hochglanzbroschüre mit dem Titel „Die US – Militärstützpunkte Ramstein und Spangdahlem – Ein Wirtschaftsfaktor in Rheinland – Pfalz“ verteilen lassen. Ausführlich wird in dieser Broschüre belegt, dass den „Militärstandpunkten Kaiserslautern/Ramstein und Spangdahlem eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung“ zu verdanken ist. Damit dies so bleibt, soll für den Ausbau dieser Luftwaffenbasen über 373 Millionen Euro investiert werden: allerdings ohne jegliche Bestandsgarantie.

Die Landesregierung nimmt an, so belegen es angeblich Untersuchungen der Universitäten Kaiserslautern und Trier, dass zum einen die bestehenden 6470 Arbeitsplätze (5850 im Raume Kaiserslautern/Ramstein, 620 Raum Spangdahlem) gesichert werden können und darüber hinaus positive Auswirkungen für den Arbeitsmarkt während des Baus der Basen zu erwarten sind. Allerdings sind diese Darstellungen schon Makulatur, da bis Herbst 2004 durch die Schließung der Finanzbuchhaltung in der Kleber-Kaserne, zugehörig zum Ramstein-Komplex, 240 zivile deutsche Arbeitsplätze verloren gehen werden.

Ferner wird die Schließung der Housing Bitburg (1200 Wohnungen für 5000 US-Amerikaner, das dortige US-Krankenhaus, zwei Schulen und diverse Verwaltungsgebäude) mittelfristig ebenfalls zu einem Arbeits-

platzverlust in noch unbekannter Höhe führen. Ungeachtet dessen rechtfertigt Landesministerpräsident Kurt Beck den Ausbau in seinem Grußwort innerhalb dieser Hochglanzbroschüre, obwohl ihm bewusst ist, dass „den positiven wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Effekten zweier Flugplätze naturgemäß belastende Effekte z.B. durch Fluglärm gegenüberstehen.“ Diese „belastenden Effekte“ haben für die Anwohner der Airbase erhebliche Einschränkungen ihrer Lebensqualität zur Folge. Den Kindern der Grundschule Binsfeld und des Kindergartens wird eine Dauerberieselung von ca. 70 Dezibel zugemutet. Laut anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnissen gilt ein Höchstwert von 57 Dezibel schon als sehr gravierend.

Interessant ist hingegen, was nicht in dieser Hochglanzbroschüre steht. Es steht nicht in dieser Broschüre, wie viel Fläche für den geplanten Ausbau dieser beiden Flugplätze zubetoniert werden soll. Es steht nicht in dieser Broschüre, dass in Spangdahlem zukünftig 13 Supertransporter C5 – Galaxy (aber es können auch stattdessen B 52 – Bomber oder Boeing-707-Tanker oder anderes kriegsfähiges Fluggerät), stationiert werden sollen, und dass zwei Benzindepots von je 10 000 000 Litern gebaut werden sollen. Den dort gelagerten insgesamt 20 000 000 Litern Treibstoff werden diverse hochgiftige Zusätze beigemischt.

Außerdem wird ein großdimensioniertes HOT CARGO RAMP (Munitions- und Gefahrgutverladerampe für ABC-Waffen) sowie ein Teststand für Großraumflugzeuge in die Landschaft gesetzt werden. Der neugeplante Teststand und alle Parkflächen für die Großraumflugzeuge, die nur 400 Meter von Wohngebieten entfernt sein werden, sind planerisch ausgerichtet auf den Ort Binsfeld. Mit der Folge, dass die Abgasemissionen zu einer erhöhten Belastung der Anwohner führen werden. Das alles steht nicht in dieser Hochglanzbroschüre! Und ebenso wenig, welche Absichten mit dem massiven Ausbau von Ramstein und Spangdahlem verbunden sind. Und die Gefährdungen durch den vermutlich krebserregenden Treibstoffgemisch JP-8 (siehe Artikel zu JP-8 in Kapitel 1) finden ebenfalls keinerlei Erwähnung.

Die Absichten, die mit dem massiven Ausbau von Spangdahlem verbundenen sind, liegen indes klar auf der Hand. Die Supertransporter C5 Galaxy mit ihrer maximalen Reichweite von 2150 nautische Meilen (ca. 4000 km) können problemlos in jeden Winkel des Mittleren Ostens schwerstes Kampfmateriale zum Einsatz bringen. Durch den Bau der großdimensionierten Benzindepots wird Spangdahlem zur europäischen „Zentral-tankstelle“ der US-Luftwaffenstreitkräfte in Europa. Der geplante Bau des neuen Teststandes für Großraumflugzeuge unterstreicht zudem die erhöhte Bedeutung von Spangdahlem als Kampfeinsatzbasis für die Einsatzregion des mittleren Ostens. Es sollen mit diesen Maßnahmen die bestehende Interventionsfähigkeit, die die Spangdahlemer Airbase in der Vergangenheit während des Kosovokriegs schon unter Beweis gestellt hat, erheblich erhöht werden.

General Gregory S. Martin, Befehlshaber der US-Luftstreitkräfte in Europa; begründet in seinem Grußwort, welches samt Foto ebenfalls auf Seite 2 zusammen mit dem vom Ministerpräsidenten Kurt Beck in dieser Hochglanzbroschüre abgedruckt wurde, warum der Ausbau der US-Basen Ramstein und Spangdahlem angeblich zwingend notwendig ist: „Das Ende des kalten Krieges erweckte Hoffnungen auf eine friedlichere Welt. Militärausgaben wurden drastisch reduziert. Allein in Rheinland Pfalz schlossen die US – Luftstreitkräfte vier von sechs Flugplätzen (...).

Zur Zeit des kalten Krieges sorgte ein 'Gleichgewicht des Schreckens für berechenbare politische und militärische Verhältnisse. Regionale Konflikte, ethnische und religiöse Auseinandersetzungen, Terroranschläge und humanitäre Krisen haben diese relative Stabilität abgelöst. Eine neue, sehr unbeständige Lage veränderte unsere Militärstrategie grundlegend. US – und alliierte Streitkräfte müssen jederzeit und schnellstmöglich weltweit einsatzbereit sein. Die Flugplätze Ramstein und Spangdahlem sind tragende Säulen dieser neuen Strategie – sie garantieren den Luftstreitkräften die Mobilität, die notwendig ist, um unsere Aufgaben,

die der Bundesrepublik und unserer Alliierten wahrzunehmen und damit gemeinsame Werte und Ziele zu erhalten.“

Landesvater Kurt Beck teilt voll und ganz diese Einschätzung. „Für die rheinland – pfälzische Landesregierung steht außer Frage, dass funktionierende militärische Einrichtungen auch in absehbarer Zukunft ein wichtiger Bestandteil der Freiheits- und Friedenssicherung in der Welt sein werden.“

Von welcher neuen grundlegenden Militärstrategie, die allgemein als „Bush-Doktrin“ blutig-schaurige Berühmtheit erlangt, ist hier die Rede? Welche konkrete Bedeutung hat innerhalb solch einer grundlegend neuen Militärstrategie die Erweiterung der US-Airbase Spangdahlem?

Eindeutige Antworten auf diese Fragen hat am 15. März in einem Vortrag beim „Friedens-politischen Fachgespräch“ der rheinland-pfälzischen Landtagsfraktion von Bündnis '90/Grüne der Militärexperte Gerhard Piper vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Studien (BITS): „Alle vier Jahre nimmt das Pentagon eine grundlegende Untersuchung seiner Streitkräfte vor. Mit der Verabschiedung des Quadriennel Defense Review am 30. September 2001 erließ US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld eine erste Militärstrategie der neuen Bush-Regierung. Deren Konzeption rankt sich um vier Stichworte: Assure, Dissuade, Deter, Defeat. Unterstützen, Vereiteln, Abschrecken, Besiegen! Hinter dieser Parole verbirgt sich eine gravierende Änderung in der amerikanischen Interventionspolitik. Bis dahin galt die 1993 vom damaligen US-Verteidigungsminister Les Aspin erlassene „4-2-1 Standard“: Demgemäss sollen die US-Streitkräfte stark genug sein, um gleichzeitig drohende Konflikte an vier Schauplätzen durch Abschreckung einzudämmen, bei zwei kleineren Konflikten den Gegner durch mäßige Waffengewalt zu überwältigen und in einem größeren Krieg ein Land zu besetzen (...).“

Wie aber wird dieses angeblich notwendige „Mehr an Interventionismus“ ideologisch begründet und gerechtfertigt? Nach Gerhard Piper, beruht die „gegenwärtige

Sicherheitspolitik der US – Regierung im wesentlichen auf Strategien und Planspielen eines einflussreichen Netzwerkes neokonservativer Ideologien und Militärpolitiker, deren Aufstieg in den 80er Jahren unter Ronald Reagan begann.“ Am brutalsten und unverblümtesten hat der frühere CIA-Direktor, Admiral James Wooley, die Notwendigkeit des vermehrten Interventionismus in seiner Dominotheorie entwickelt: „Wir müssen dem Nahen Osten die Ölwanne wegnehmen. (...) Unglücklicherweise verfügen nicht Demokratien wie Israel über Öl, sondern autoritäre Regierungen. (...) man kann nicht alle Probleme auf einmal lösen. Man braucht eine langfristige Strategie. (...) wir fangen jetzt mit dem Irak an, weil Saddam am tückischsten und am gefährlichsten ist. Wir können ihn nicht an der Regierung belassen und stattdessen die Region von ihren Rändern her demokratisieren. Man muss im Zentrum des Problems beginnen.“

Aktuell erleben wir, wie die US – Bush – Administration auch gegen den erklärten Willen der Mehrheit des UN-Sicherheitsrates und der Weltöffentlichkeit diese Domino-Theorie Schritt für Schritt in die Praxis umsetzt. Nachdem der Irak zwangsbefreit worden ist, ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann die nächste US-geführte Intervention erfolgen wird.

Ein wesentliches Mittel für diese sind unter den weltweit 752 verstreuten US-Kriegsbasen die US-Luftwaffenbasen Ramstein und Spangdahlem, die ja General Gregory S.Martin, Befehlshaber der US-Luftstreitkräfte in Europa, offen als „tragende Säulen dieser neuen (Interventions-)Strategie“ bezeichnet

Dazu passt auch der militante Leitspruch „Seek, Attack, Destroy: Aufspüren, Attackieren, Zerstören!“, der auf einem hässlich-betongrauen überdimensionierten „Betonflügel“ vor dem Haupttor der Airbase Spangdahlem prangt. Mit hoher Effizienz wurden im Irakkrieg von 30 F16-Kampfbjets und über 1000 GIs dieser Leitspruch mit tödlicher Präzision umgesetzt. „Aufspüren, Attackieren, Zerstören!“ damit im Irak, im Mittleren Osten mittels der stählernen Faust des Stärkeren

„Frieden, Freiheit, Wohlstand und Demokratie westlicher Prägung“ verbreitet werden. Der Krieg gegen den Irak, gegen das Saddam Hussein-Regime, ist aber nur ein Probelauf, um auszutesten, wie man zukünftig weitere Schurkenstaaten wie Syrien, Iran, Nordkorea usw. militärisch wirksam bekämpfen kann. Die geplante Erweiterung der US-Airbase Spangdahlem, schon seit Ende des Kalten Krieges anvisiert, dient daher eindeutig dazu, die globale Interventionsfähigkeit der US-Luftwaffe zu erhöhen.

Worin aber begründet sich der zwanghafte Drang der US-Bushregierung zum „vermehrten Interventionismus?“ Für diese bedrohliche Entwicklung liefert Emmanuel Todd, Autor des Bestsellers „Weltmacht USA Ein Nachruf“ (Piper-Verlag, deutsche Ausgabe 2003) eine einleuchtende Begründung: „Zwischen 1990 und 2000 erhöhte sich das amerikanische Handelsdefizit von 100 auf 450 Milliarden Dollar. Um die Zahlungsbilanz auszugleichen braucht Amerika Kapitalzuflüsse in entsprechender Höhe.

Zu Beginn des dritten Jahrtausends kann Amerika nicht mehr allein von seiner Produktion leben (...). Vor dem Hintergrund dieser schwerwiegenden Veränderungen ist nachzuvollziehen, warum manche Handlungen Amerikas so unverständlich erscheinen. Den Vereinigten Staaten ist nicht mehr daran gelegen, die liberaldemokratische Ordnung zu verteidigen, denn in Amerika verliert sie immer mehr von ihrer Substanz.

Vorrangiges Anliegen ist nun die Versorgung mit verschiedenen Gütern und mit Kapital: Das fundamentale strategische Ziel der vereinigten Staaten ist die weltweite Kontrolle über die Ressourcen des Planeten (...) Amerika hat zwar eine starke Einbuße seiner relativen Wirtschaftskraft hinnehmen müssen, es schöpft aber immer mehr von der Weltwirtschaft ab: Amerika ist objektiv gesehen ein räuberischer Staat geworden. Muss man das als Zeichen von Macht oder von Schwäche deuten? Fest steht jedenfalls, dass Amerika politisch und militärisch um die Hegemonie (Welt-Vorherrschaft) kämpfen muss, die unverzichtbar ist, wenn es den Lebensstandard seiner Bürger erhalten will.“

Der Leser dieser Zeilen wird sich vielleicht an den berühmten Ausspruch von US – Präsident Bush jr. auf dem Trümmern des World Trade Centers von New York erinnern, wo dieser vehement und entschlossen erklärte, dass die USA nicht gewillt seien ihren Lebensstil – den energiefressenden „american way of live“ zu ändern. Dieser auf unendliches Wachstum und Konsum fixierter „american way of live“ stellt für den Weltfrieden und das globale ökologische Gleichgewicht eine große Gefährdung, wie in dem Greenpeace Magazin von März – April 2003 festgestellt wird: „Ein Viertel des weltweiten Kohlendioxidausstoßes geht auf das Konto der USA. Mit seiner Kyoto-Absage (Kyoto-Klimaschutzabkommen) brüskiert Bush die Welt, aber auch Amerikaner spüren schon heute die Folgen des Klimawandels – etwa durch auftauende Permafrostböden in Alaska oder durch mehr Extremstürme in Florida. Für die Regierung der ehemaligen Ölmanager Bush und Cheney stehen der „american way of live“ und Sprit schluckende Geländewagen eher unter Artenschutz als durch den Klimawandel gefährdete Tiere und Pflanzen.“

Der Irakkrieg, den die Kriegsallianz gegenüber einem durch langjährige Wirtschafts-Sanktionen ausgelaugten Land militärisch gewonnen hat, kann sich, wie es die sprunghaft gewachsenen Spannungen in der Region des mittleren Ostens zeigen, in einem weltweiten Flächenbrand münden. Warum? Damit die Verbrennung des eroberten Öls in Kraftwerken, Flugzeugen und Autos endgültig und schneller als je zuvor die Klimakatastrophe herbeiführen? Was wiederum zu Not und Flüchtlingsströmen und Krieg führen wird!

Nein, den anmaßenden Leitspruch „SEEK, ATTACK, DESTROY: Aufspüren, Angreifen, Zerstören“, der vor dem Haupttor der US – Interventionsbasis Spangdahlem jedem Besucher ins Auge springt, können und wollen wir uns nicht zu eigen machen. Im Gegenteil: wir sollten uns von dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“(siehe dazu: Morbach. Das gelungene Beispiel einer Konversion: Vom US-Munitionslager zur Energielandschaft) leiten lassen. In einem breit angelegten Aufklärungsprozess mit hartnäk-

kiger demokratischer Überzeugungsarbeit auf dem Hintergrund der enthüllten Geheimnisse der strategischen Absichten der aufgeblähten US-Militärmacht können wir vor Ort deren friedlichen Abrüstung betreiben, indem wir die Ausbaupläne stoppen. Gemeinsam mit Soldaten der US-Airbase-Spangdahlem, den Zivilbeschäftigten und der Bevölkerung kann schrittweise ein Dialog entwickelt werden, wie die verhängnisvolle Abhängigkeit der Region von dieser Kriegsbasis überwunden werden kann. In diesem Sinne können wir auch ein klein wenig dazu beitragen friedlich und demokratisch die einzig noch bestehenden Supermacht zu mäßigen und den Pfad der irrwitzigen und letztendlich selbstmörderischen Interventionen zu verlassen. Gelder sind vorhanden, wie die Bereitstellung der 372 Mio Euro durch die Landesregierung für den verfehlten Ausbau der US-Kriegsbasen Spangdahlem und Ramstein beweist.

Anhang

Auf folgenden Homepages sind weiterführende Informationen zu den Themen Militär, Konversion, Frieden oder Umwelt zu finden:

- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden: agdf@friedensdienst.de
- Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier: www.AGF-Trier.de
- ATTAC: www.attac.de
- BI „FREIE HEIDE“: www.freieheide.de
- BI gegen Nachtflug Hahn: www.fluglaerm.de/hahn
- BI Landstuhl gegen Fluglärm, Bodenlärm und Umweltverschmutzung e.V.: www.westpfalz-journal.de
- BI Erweiterungsgegner Airbase Spangdahlem: www.biegas.de
- Bundesausschuss Friedensratschlag Kassel: www.friedensratschlag.de
- Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland: www.bund.net
- Regionalzeitung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung: www.tacheles-regional.de
- Friedensinitiative Westpfalz: www.friedensinitiative-westpfalz.de
- Informationsstelle Militarisierung Tübingen: www.imi-online.de
- Internationales Bonner Konversionszentrum: www.bicc.de
- Katholische Friedensbewegung Pax Christi: www.paxchristi.de
- Katholische Studierende Jugend: www.ksj-trier.de
- Kulturverein Burg Dudeldorf: www.burg-dudeldorf.de
- Konversion in Brandenburg: www.conver.net
- Netzwerk Friedenskooperative Bonn: www.friedenskooperative.de
- Vereinigung Bürger für Bürger: www.vbbev.de
- Zusammenschluss Umweltbewusster Bürger (Grafenwöhr): people.freenet.de/zub-usarmy/zub.htm

Erklärung zu allen Links dieses Readers

Mit Urteil vom 12. Mai 1998 – 312 O 85/98 – „Haftung für Links“ hat das Landgericht Hamburg entschieden, dass man durch die Anbringung eines Links die Inhalte der gelinkten Seiten ggf. mit zu verantworten hat. Dies kann nur dadurch verhindert werden, dass man sich ausdrücklich von diesen Inhalten distanziert.

Wir haben im vorliegenden Reader verschiedentlich und in unserer Linkliste besonders auf Seiten im Internet hingewiesen. Für alle diese Links gilt: Wir, die Herausgeber erklären ausdrücklich, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der gelinkten Seiten haben. Deshalb distanzieren wir uns hiermit ausdrücklich von allen Inhalten aller gelinkten Seiten, auf die wir verwiesen haben und von allen Inhalten der Seiten, zu denen von diesen Banner und Links führen und machen uns diese Inhalte nicht zu Eigen. Diese Erklärung gilt für alle Links, auf die in diesem Reader hingewiesen wird!